



JAHRESBERICHT

des Deutschen Exekutivdirektors
bei der Weltbank

Geschäftsjahr 2006
www.worldbank.org/eds05

Vorwort

Dieser Jahresbericht informiert über die aus der Sicht des Büros des deutschen Exekutivdirektors wichtigsten Entwicklungen in der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2006¹ sowie über Schwerpunkte, bei denen das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das deutsche Büro Akzente setzen konnten. Angesichts der Fülle an Aufgaben und der inhaltlichen Komplexität von Vorgängen, mit denen sich die Weltbank beschäftigt, können nicht alle Weltbankthemen berücksichtigt werden, doch sind die wesentlichen Entwicklungen in diesem Geschäftsjahr berücksichtigt.

Waren im vergangenen Geschäftsjahr mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Paul D. Wolfowitz noch Befürchtungen geäußert worden, die Weltbank würde nun einen gänzlich anderen Kurs steuern, so hat sich nach fast eineinhalb Jahren gezeigt, dass **inhaltliche Kontinuität** bislang das Handeln des neuen Präsidenten prägt. Die Weltbank leistet weiterhin ihre Beiträge zur Erreichung der Millennium Entwicklungsziele, der Kampf gegen die Armut steht im Mittelpunkt ihrer Arbeit, und die großen Themen wie z.B. Entwicklungsfinanzierung, Umweltschutz, Energie- und Infrastrukturfragen, Privatsektorförderung oder Handelsfragen stehen weiterhin auf ihrer Tagesordnung.

Dies bedeutet freilich nicht, dass der neue Weltbankpräsident nicht eigene Akzente setzen würde. Den **Kampf gegen Korruption** und Fragen der „**Guten Regierungsführung**“ hat er zu einem seiner zentralen Anliegen gemacht, denn Korruption verhindert effiziente Politiken, zersetzt ohnehin schon schwache staatliche Institutionen, und dement-

¹ Das Geschäftsjahr 2006 umfasste den Zeitraum 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006

sprechend schwache Politiken geben keine Entwicklungsimpulse. Die Weltbank will – was nicht unumstritten ist – künftig noch mehr Anstrengungen in den Partnerländern unternehmen, etwa um Reformen im öffentlichen Dienst und im Justizbereich zu fördern, aber auch der Informations- und Meinungsfreiheit einen höheren Stellenwert umzugeben. Für diesen Anti-Korruptionskurs strebt die Weltbank eine engere Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken und bilateralen Entwicklungsorganisationen an. Aber auch die eigenen institutionellen Rahmenbedingungen sind im Fokus: Die Weltbank hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die interne Abteilung, die in Fällen möglicher Korruption und Fehlverwendung von Finanzmitteln ermittelt, personell erheblich vergrößert. Neben verstärkter Kontrolle, Ermittlung in konkreten Verdachtsfällen und konsequenter Sanktionierung wird insbesondere die Korruptions-Prävention ausgebaut.

Das vergangene Jahr kann als ein gutes Jahr für die internationale Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden. Dabei standen die Vereinbarungen des G8-Gipfels in Gleneagles (Großbritannien) im Juni 2005 im Mittelpunkt. Hier wurde beschlossen, die HIPC-Entschuldungen der vergangenen Jahre mit einem **weiteren Entschuldungsprogramm** (MDRI) zu ergänzen, durch das den HIPC Ländern die verbliebenen Schulden gegenüber den multilateralen Institutionen IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank erlassen werden. Um eine erneute Überschuldung der ärmsten Länder zu vermeiden, wurde auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank zudem ein Rahmenwerk zur Schuldentragfähigkeit vereinbart.

Gleichzeitig wurde eine Verdoppelung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika angeregt, mit weit reichenden Konsequenzen sowohl für die Geber-, als auch für die Empfängerländer. Ein „deal for a deal“, also „**gegenseitige Rechenschaft**“, ist mit diesen Vorschlägen verbunden. Die reichen Geberländer haben sich verpflichtet, die zugesagten Mittel auch tatsächlich bereit zu stellen, damit die internationalen Entwicklungsziele tatsächlich erreicht werden. Die Entwicklungsländer hingegen verpflichten sich, konsequenter als in der Vergangenheit „Gute Regierungsführung“ um zu setzen und „Gute Regierungsführung“ über entsprechende Kriterien mess- und kontrollierbar in die internationalen Zusammenarbeit einzubringen.

Das Thema **Energie** spielte im Berichtszeitraum in der Weltbank weiterhin eine wichtige Rolle, nachdem der G8-Gipfel die Weltbank aufforderte, eine Führungsrolle bei der Erarbeitung eines neuen Rahmenwerks zu „Clean Energy and Development“ zu übernehmen. Damit wurde die Bedeutung und Relevanz nicht zuletzt der **Erneuerbaren Energien** für die Arbeit der Weltbank unterstrichen. Auf der Frühjahrstagung 2006 legten die Gouverneure der Weltbank Eckpunkte fest, in denen sich inhaltliche Konzeptionen und finanzielle Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien bewegen sollen. Für die Jahrestagung im September 2006 in Singapur wird ein erweitertes Konzept zur Diskussion vorgelegt werden.

Die hohe Liquidität auf den internationalen Kapitalmärkten brachte den **Schwellenländern** (*Middle Income Countries*) in den letzten Jahren einen deutlich verbesserten Zugang zu günstigen Krediten. Dies hat dazu geführt, dass sowohl die Weltbank, als auch der Internationale Währungsfonds (IWF), heute vor Herausforderungen stehen, die mit grundlegenden Reformen beantwortet werden müssen. So stellt sich die Frage, inwieweit beide Institutionen für Schwellenländer noch attraktiv sind, haben doch vor allem asiatische Länder nach der Finanzkrise von 1997 Devisenreserven in geschätzter Höhe von 2500 Mrd. US-\$ akkumuliert und damit Liquiditätsreserven aufgebaut, die eine Unabhängigkeit von den kreditgebenden Institutionen in Washington ermöglichen. Indonesien, aber auch lateinamerikanische Schuldnerländer wie Brasilien, Argentinien und Mexiko haben bereits Milliarden-Verbindlichkeiten an den IWF zurückgezahlt oder angekündigt, dies in nächster Zeit zu tun.

Neben dem IWF ist auch die Weltbank einem nachlassendem Interesse wichtiger Schwellenländer konfrontiert und auf der Suche nach einer **neuen Rolle** und einem neuen „**Geschäftsmodell**“ in der **internationalen Finanz- und Entwicklungsarchitektur**. Sie hat bereits in ihren Verfahren reagiert und sowohl Vereinfachungen als auch Beschleunigungen vorgenommen sowie Zinsen und Gebühren teilweise gesenkt. Dennoch bleibt die Frage: Welche Anreize kann sie setzen und wodurch und unter welchen Bedingungen bleibt sie auch für „Mittleinkommensländer“ als Kreditgeber und als Partner der Entwicklungszusammenarbeit attraktiv?

Ein weiteres Problem wird die Reformdebatten in nächster Zukunft bestimmen. Die bestehenden **Anteilsstrukturen** beider Institutionen entsprechen nicht mehr den ökonomischen Realitäten (China ist z.B. mit 2.9 % der Stimmanteile vertreten, Italien z.B. mit 2.8 %). Politisch liegt es durchaus im Interesse der internationalen Gemeinschaft (und insbesondere der reichen Industrieländer), die globale Finanzarchitektur so zu reformieren, dass die Schwellenländer mittelfristig mehr Verantwortung übernehmen. Die sog. G20 (G8 plus Schwellenländer) haben hierzu bereits einige Vorschläge gemacht. Bei der Jahrestagung 2006 in Singapur werden des IWF-Chefs Rodrigo de Rato für die Reform des Währungsfonds diskutiert werden. In diesem Zusammenhang hat auch der Beschluss der Monterrey-Konferenz von 2003 erneute Relevanz: Mehr **Mitsprache und Partizipation der Entwicklungsländer** („Voice“) an den Entscheidungsprozessen von Weltbank und IWF sicherzustellen. Hierfür haben sich das BMZ und das deutsche Büro der Weltbank in den letzten Jahren intensiv eingesetzt.

Die Kontinuität der Weltbankpolitiken zeigt sich auch im Bereich der **Umwelt- und Sozialstandards** (*Safeguard Policies*). Diese dienen dem Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor schädlichen Projektauswirkungen. Die Weltbanktochter IFC hat im Geschäftsjahr 2006 die Umwelt- und Sozialstandards für ihre Investitionen weiterentwickelt. Die wesentliche Neuerung der überarbeiteten Standards besteht darin, dass sie die Unternehmen deutlich stärker in die Pflicht nehmen, selbständig mögliche Schäden für Mensch und Umwelt zu ermitteln, Strategien zur Schadensbegrenzung zu entwerfen und dafür zu sorgen, dass diese Strategien auch befolgt werden. Die Standards wurden nicht aufgeweicht, sondern mit flexiblen, transparenten und realistischerweise umsetzbaren Mechanismen unterlegt, die Privatunternehmen nicht davon zurückhalten sollen, Investitionen in Entwicklungsländern auch vorzunehmen. Im Übrigen werden mit den neuen IFC „*Performance Standards*“ zum ersten Mal in Weltbankprojekten die **ILO-Kernarbeitsnormen** anerkannt, wofür sich Deutschland seit vielen Jahren einsetzt.

Im Zuge des UN-Millenniumsgipfel und der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (Monterrey) ist das Thema **Geberharmonisierung** („*Donor Harmonization*“) auf die internationale Agenda gesetzt

worden. Das Problem liegt in der großen Zahl der beteiligten Akteure in Empfänger- und Geberstaaten mit entsprechend vielen, aufwändigen und unterschiedlichen Planungs- und Koordinierungsaufgaben. Beispielsweise sind in Nicaragua 39 internationale Entwicklungsorganisationen tätig, die Regierung setzt sich mit über 1000 Einzelprojekten auseinander. Zahlreiche Missionen absorbieren die Kapazitäten der Regierung und verursachen hohen administrativen Aufwand. Die Politik der Weltbank unterstützt konzeptionell und praktisch die vereinbarte Harmonisierungsagenda, da sie als größter multilateraler Geber die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsbanken, der Europäischen Union und bilateralen Entwicklungsorganisationen vorantreiben kann. Auch die Arbeitsteilung und die Kooperation innerhalb der Weltbankgruppe zwischen IBRD, IFC, IDA und MIGA sollen noch effizienter werden.

Auch in diesem Berichtszeitraum hat der deutsche Exekutivdirektor den Vorsitz des *Committee on Governance and Administrative Matters* (COGAM) – eines Ausschusses des Exekutivdirektoriums – wahrgenommen. COGAM konnte entscheidende Erfolge bei der Verbesserung der Arbeitsabläufe des Exekutivdirektoriums („*Board Effectiveness*“) erzielen. So wurden Maßnahmen gebilligt, die der **strategischen Ausrichtung** und Optimierung der Sitzungsvorbereitung und des Sitzungsablaufes des Exekutivdirektoriums dienen. Weiterhin konnte eine Initiative auf den Weg gebracht werden, um den Exekutivrat im Rahmen eines jeweiligen Finanzjahres einer Evaluierung zu unterziehen. Ergebnisse hierfür stehen noch aus, da es zum Teil erhebliche Widerstände bei Anteilseignern gibt. Hier werden weitere Arbeiten im Geschäftsjahr 2007 erforderlich sein, um einerseits teilweise erhebliche Mängel im Management zu beheben und andererseits das nicht immer ungetrübte Verhältnis zwischen Exekutivdirektorium und Management zu verbessern.

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich auch als Anlauf- und Beratungsstelle für die **deutsche Wirtschaft**. Zahlreiche Entscheidungen, die in der Weltbank getroffen werden, beeinflussen die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft. Daher sind frühzeitige Informationen über neue Entwicklungen für deutsche Unternehmen wichtig. Um einen besseren und systematischen Austausch

mit Wirtschaftsvertretern zu erreichen, besteht seit Anfang des Jahres 2003 ein Wirtschaftsarbeitskreis in Washington. Hierbei handelt es sich um einen informellen Kreis von in Washington vertretenen Verbands-, Consulting- und Industrievertretern. Ziel ist es, den Informationsfluss **in beide Richtungen** zu verbessern. Zum einen informiert das deutsche Büro über aktuelle Entwicklungen in der Weltbank, zum anderen ergibt sich die Möglichkeit, Erfahrungen von Wirtschaftsvertretern mit der Weltbank zu erhalten. Ein wichtiges Thema im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Diskussion über die Anwendung „ländereigener Systeme“ bei den Ausschreibungsverfahren und die Konsequenzen, die sich daraus für die Unternehmen ergeben. Das Thema bleibt auch im laufenden Geschäftsjahr 2007 auf der Agenda der Weltbank und des deutschen Büros.

Washington, im September 2006

Dr. Eckhard Deutscher
Exekutivdirektor

Inhaltsverzeichnis

Für eilige Leserinnen und Leser	xiii
Kurzüberblick: Geschichte und Organisation der Weltbankgruppe	xix
1 Die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2006	1
1.1 Geschäftstätigkeit der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)	1
1.2 Geschäftstätigkeit der International Development Agency (IDA)	2
1.3 Treuhandfonds und weitere Aktivitätsfelder der Weltbank	3
1.4 IFC Geschäftstätigkeit und Strategie	5
1.5 MIGA Geschäftstätigkeit und Strategie	8
1.6 Aufgaben und Geschäftstätigkeit des ICSID	11
2 Schwerpunktthemen aus deutscher Sicht	13
2.1 Die Zusammenarbeit der Weltbank mit den Mitteleinkommensländern: Anpassung von Strategien und Instrumenten	13
2.2 Verschuldung, Entschuldung, das HIPC-Entschuldungsprogramm, die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) und ihre Auswirkungen auf IDA	17
2.3 Erneuerbare Energien	23
2.4 "Good Governance" und Korruptionsbekämpfung	25

3	Grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2006	29
3.1	Africa Action Plan	29
3.2	Weltentwicklungsbericht 2007	32
3.3	Weiterentwicklung der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2006	33
3.4	IDA 14 Wiederauffüllungsverhandlungen	43
3.5	Krisen- und Konfliktländer, Post-Konflikt-Länder und LICUS Strategie	46
3.6	Jahrestagung 2005 und Frühjahrstagung 2006 von IWF und Weltbank	51
3.7	Development Gateway Foundation	57
3.8	Deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbankgruppe	58
3.9	Arbeitsbeziehungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Weltbank	64
3.10	„Corporate Governance“ der Weltbank	67
3.11	Deutsches Weltbank-Forum 2006 in Hamburg	70
4	Aussenbeziehungen des deutschen Weltbankbüros	73
4.1	Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft	73
4.2	Austausch mit den Vereinten Nationen	76
4.3	Zusammenarbeit des deutschen Büros mit und innerhalb der EU	80
	Abkürzungsverzeichnis	85

Die Weltbankgruppe auf einen Blick

Die Weltbankgruppe ist eine multilaterale Entwicklungsbank mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Sie stellt finanzielle Mittel sowie Know How für Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer bereit. Sie besteht aus fünf Organisationen:

- **International Bank for Reconstruction and Development (IBRD).** Die IBRD vergibt zinsgünstige, aber unsubventionierte Darlehen mit einer Laufzeit von 15–20 Jahren. Die Mittel für diese Darlehen nimmt die Weltbank am Kapitalmarkt auf. Kreditnehmer sind Länder mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 875 US-\$ bis 5225 US-\$ p.a. IBRD hat aktuell 184 Mitgliedsländer. Der deutsche Kapitalanteil beträgt rund 4,6%.
- **International Development Association (IDA).** Die Internationale Entwicklungsorganisation vergibt *zinslose* Kredite und in begrenztem Umfang nicht rückzahlbare Zuschüsse. Die IDA-Mittel werden ganz überwiegend von den Industrieländern aufgebracht. Empfänger sind die ärmsten Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen bis zu 875 US-\$ p.a. Die Laufzeit der Kredite beträgt 35 bis 40 Jahre, wobei die ersten 10 Jahre tilgungsfrei sind. IDA hat derzeit 165 Mitgliedsländer. Der deutsche Finanzierungsanteil betrug bei der letzten Wiederauffüllungsrunde rund 8,2%.

Weltbank und IDA vergeben im Wesentlichen zwei Varianten von Krediten an Regierungen von Entwicklungsländern: **Investitionskredite** zur Finanzierung bestimmter Projekte und Programme sowie Finanzierungen im Rahmen des sog. „**Development Policy Lending**“. Hierbei handelt es sich um eine Fortentwicklung der früheren „Strukturanpassungsdarlehen“, also um Finanzhilfen zur Unterstützung der Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformen. Die Mittel des Development Policy Lending sind nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden, sondern erfolgen als Budgethilfe.

- **International Finance Corporation (IFC).** Die IFC fördert private Investitionen in Entwicklungsländern durch Gewährung langfristiger Darlehen zu kommerziellen Bedingungen sowie durch Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien. Die Finanzierungsbedingungen sind abhängig vom Risiko des Projektes (Länderrisiko und kommerzielles Risiko). Auf Eigenkapitalbeteiligungen erhält IFC gewinnabhängige Dividenden. Die Kapitalbeteiligungen werden nach einigen Jahren veräußert. IFC gehören derzeit 178 Mitgliedsländer an.
- **Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA).** Die erst 1988 als jüngstes Mitglied der Weltbankgruppe gegründete Multilaterale Investitionsagentur fördert ausländische Direktinvestitionen durch Absicherung vor nichtkommerziellen Risiken, also Enteignung, Kriegen und Bürgerkriegen, Devisentransferrestriktionen und Vertragsbruch. MIGA gehören derzeit 167 Mitgliedsländer an.
- **International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID).** Aufgabe des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten ist die Beilegung von Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und deren Gastländern. ICSID hat derzeit 143 Mitgliedsländer.

Für eilige Leserinnen und Leser

Das Geschäftsjahr 2006 (Juli 2005 bis Juni 2006) ist für die Weltbankgruppe, ihre Anteilseigner und Kunden insgesamt recht erfolgreich verlaufen.

Bei **IBRD**, die Kredite zu (annähernd) kommerziellen Konditionen an Schwellenländer vergibt, sind die Kreditzusagen gegenüber dem Vorjahr auf **14 Mrd. US-\$** angestiegen, die Auszahlungen beliefen sich auf **12 Mrd. US-\$**. Allerdings übersteigen die Rückzahlungen der Kunden seit fünf Jahren die Neuauszahlungen, es ergibt sich also ein „negativer Nettotransfer“ oder **Kapitalabfluss** aus den Schwellenländern. IBRD ist daher auf der Suche nach ihrer **zukünftigen Rolle in der internationalen Finanz- und Entwicklungsarchitektur**. (siehe hierzu auch den entsprechenden Abschnitt in Kapitel 2).

Die Weltbanktochter **IDA** vergibt zinslose Kredite und Zuschüsse an rund 80 Länder mit durchschnittlichen Jahreseinkommen unter 1000 US-\$. Ihre Zusagen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr auf **9,5 Mrd. US-\$** angestiegen, die Auszahlungen stagnierten bei **8,9 Mrd. US-\$**. 50% der Zusagen entfielen auf afrikanische Länder.

Neben dem „Kerngeschäft“ der Kredit- und Zuschussvergabe verwaltet die Weltbankgruppe in zahlreichen **Treuhandfonds** zweckgebundene Zuschüsse bilateraler Geber mit einem Gesamtvolumen von rd. 10 Mrd. US-\$. Die größten und bekanntesten dieser Fonds sind der Global Fund To Fight Aids, Tuberculosis and Malaria (GFATM), der Global Environmental Fund (GEF), der HIPC-Treuhandfonds und länderbezogene Treuhandfonds etwa für Irak, Afghanistan, Palästina und Ost-Timor. Daneben leistet die Weltbank in erheblichem Umfang Entwicklungsländerforschung, technische Hilfe,

Beratung, bietet ein breites Fortbildungsangebot und veranstaltet zahlreiche Konferenzen.

IFC wurde 1965 als eigenständige Tochter der Weltbank gegründet und fördert **private Investitionen** in Entwicklungsländern. IFC hat sich in den vergangenen 5 Jahren ausgesprochen **dynamisch entwickelt**. Die Finanzierungszusagen stiegen auf **6,7 Mrd. US-\$**, die Auszahlungen auf **4,4 Mrd. US-\$**. IFC erzielte einen Gewinn von 1,4 Mrd US-\$, der etwas geringer als im Vorjahr ausfiel, aber dennoch beachtlich ist. IFC plant eine **weitere Expansion** sowie eine **Verbesserung der entwicklungspolitischen Ausrichtung** ihres Engagements.

Die erst 1988 gegründete Weltbanktochter MIGA fördert ausländische Direktinvestitionen durch Absicherung **politischer Risiken**, also Enteignung, Krieg und Bürgerkrieg, Devisentransferrestriktionen und Vertragsbruch. Das **Garantievolumen** von MIGA **stagniert** allerdings seit Jahren in einer Größenordnung von **lediglich 1,2–1,4 Mrd. US-\$** pro Jahr. Im Vergleich zu privaten Nettokapitalflüssen in Entwicklungsländer von 400–500 Mrd. US-\$ pro Jahr erscheint dies eher marginal.

Schwerpunktthemen aus deutscher Sicht im Geschäftsjahr 2006 waren:

- die Diskussion um die Rolle der IBRD in Schwellenländern,
- der „MDRI“ – Schuldenerlass
- Energie und Klimawandel sowie
- Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.

Aufgrund der hohen Liquidität der internationalen Kapitalmärkte, niedriger Zinsen und verbesserter Kreditwürdigkeit haben viele Schwellenländer inzwischen – erfreulicherweise – Zugang zum internationalen Kapitalmarkt. Die Nachfrage nach Krediten der Weltbank (und des Weltwährungsfonds) sinkt. Wie eben erwähnt, übersteigen bei IBRD seit Jahren die Rückzahlungen die Neuausleihungen. IBRD sucht daher – siehe Kapitel 2.1 dieses Berichtes – nach einer **neuen Rolle und einem neuen Geschäftsmodell in der internationalen Finanz- und Entwicklungsarchitektur**. Die Rolle der Weltbank in Mitteleinkommensländern wird eines der beiden zentralen Themen der Jahrestagung in Singapur im September 2006 sein.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde das HIPC Programm zur **Entschuldung** der ärmeren hoch verschuldeten Länder durch die **Multilaterale Entschuldungsinitiative** (MDRI) erweitert. Im Rahmen von MDRI werden die multilateralen Schulden der HIPC-Länder zu 100% erlassen. Die Geberländer haben sich verpflichtet, IDA die durch den Erlass ausfallenden Rückflüsse in einer Größenordnung von 40 Mrd. US-\$ in vollem Umfang zu erstatten. HIPC und MDRI haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Tätigkeit von IDA. In Kapitel 2.2 werden der Schuldenerlass und zwei Mechanismen von IDA, die umfassende Länderbewertung (CPIA) und die Schuldentragfähigkeitsanalyse (DSA) ausführlich dargestellt.

Zur Jahrestagung in Singapur wird die Weltbank ein neues Rahmenprogramm zur Förderung des Zugangs zu Energie und zur **Förderung erneuerbarer Energien** vorlegen. Kapitel 2.3 stellt das bisherige Engagement der Weltbank in diesem Bereich dar, für den Deutschland sich seit Jahren besonders einsetzt.

Der neue Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz hat den **Kampf gegen Korruption und die Stärkung von guter Regierungsführung** (Kapitel 2.4) zu einem seiner zentralen Anliegen gemacht. Die Weltbank hat im vergangenen Jahr in einer ganzen Reihe von Fällen Projekte unter anderem in Kenia, im Tschad, in Indien und Kambodscha wegen Korruption oder Mittel Fehlverwendung unterbrochen oder abgebrochen. Die Häufung derartiger Probleme hat die Grundsatzfrage aufgeworfen, ob und ggf. wie die Weltbank in Ländern mit endemischer Korruption und **schlechter Regierungsführung** weiter tätig bleiben soll und wer gemäß welcher Kriterien über Fortsetzung, Reduzierung oder Abbruch der Zusammenarbeit entscheiden soll. Ein entsprechender konzeptioneller Rahmen soll während der Jahrestagung im September 2006 in Singapur verabschiedet werden.

Weitere Themen des Jahresberichtes:

Abschnitt 3.1. erläutert die fünf Handlungsbereiche des ***Africa Action Plan*** sowie den **Africa Catalytic Growth Fund als neues Finanzierungsinstrument**.

Der in Abschnitt 3.2 kurz dargestellte **Weltentwicklungsbericht 2007** „*Development and the Next Generation*“ beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle den 1,2 Milliarden jungen Menschen zwischen

12 und 24 Jahren im weltweiten Entwicklungsprozess zukommt. Der Bericht geht von der Erkenntnis aus, dass gegenwärtig in vielen Entwicklungsländern ein demographisches „window of opportunity“ existiert, da der etwa aus den Ländern Europas bekannte demographische Alterungsprozess in diesen Ländern noch nicht begonnen hat. Der Bericht stellt Herausforderungen und Chancen dieser Situation dar.

Die Weltbank-Gruppe hat für ihre Investitionsvorhaben **Umwelt – und Sozialstandards**, die so genannten „*Safeguards*“ entwickelt, die dem Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor negativen Auswirkungen durch Vorhaben der Weltbank-Gruppe dienen. Abschnitt 3.3 stellt diese Safeguards dar und erläutert insbesondere den Ersatz der bisherigen Safeguards der IFC durch neuartige „*Performance Standards*“.

Die Mittel der IDA werden regelmäßig im Abstand von drei Jahren durch die Geberländer aufgestockt. Bei der in Kapitel 3.4 näher dargestellten **14. IDA – Wiederauffüllungsrunde** im Jahr 2005 leistete Deutschland einen Beitrag in Höhe von rd. 8,2% der Gesamtmittel. Im Jahr 2007 stehen Verhandlungen für die 15. Wiederauffüllung an.

Abschnitt 3.5 stellt strategische Ansätze und Handlungsmöglichkeiten der Weltbank in der Gruppe der **Krisen- und Konfliktländer**, der „*low-income countries under stress*“ (LICUS), der Post-Konflikt-Länder und der „*fragile states*“ dar.

Schwerpunkte der gemeinsamen **Jahrestagung** von IWF und Weltbank im September 2005 waren die Themen Entschuldung und der Afrika Aktionsplan. Im Fokus der **Frühjahrstagung 2006** standen die Themen *Clean Energy* und der *Global Monitoring Report*, der über Fortschritte bei der Erreichung der internationalen Entwicklungsziele berichtet. Einzelheiten zu beiden Tagungen stellt Abschnitt 3.6. dar.

Abschnitt 3.7 erläutert **Aufgaben und Tätigkeit der Development Gateway Foundation**, einer 2001 gegründeten unabhängigen, gemeinnützigen Organisation, deren Ziel es ist, durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien die weltweite Armut zu verringern und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Die Weltbank beschäftigt derzeit rund 11000 fest oder längerfristig angestellte Mitarbeiter sowie weitere rund 5000 Mitarbeiter mit kürzer befristeten Arbeitsverträgen. Der **Anteil der deutschen Mitarbeiter** in der Weltbank, ist im Geschäftsjahr 2006 gegenüber den Vorjahren

deutlich **auf 3,1 % angestiegen**. Damit konnte der bisher höchste deutsche Personalanteil in der Bank erreicht werden. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf verschiedene deutsche Personalförderprogramme, die in Kapitel 3.8 näher dargestellt sind sowie Aktivitäten des Auswärtigen Amtes und des deutschen Exekutivbüros in der Weltbank zurückzuführen.

Abschnitt 3.9 stellt die **Zusammenarbeit zwischen der Weltbank** und den vier großen Durchführungsorganisationen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit: **DED, InWEnt, GTZ und KfW** dar.

Unter deutschem Vorsitz konnten im „**Committee on Governance and Administrative Matters**“ (COGAM) des Boards der Weltbank entscheidende Schritte bei der **Verbesserung der Arbeitsabläufe des Exekutivdirektoriums** erzielt werden, die in Abschnitt 3.10 dargestellt sind. So wurden Maßnahmen beschlossen, die der strategischen Ausrichtung des Exekutivdirektoriums dienen. Weiter vorangetrieben wurde auch die sog. „**Voice Agenda**“ zur Verbesserung der Partizipation von Entwicklungs- und Transformationsländern an der Entscheidungsfindung der Weltbank.

Kurzüberblick: Geschichte und Organisation der Weltbankgruppe

Die **Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD), also die “Weltbank im engeren Sinne” wurde gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1944 in Bretton Woods (US-Bundesstaat New Hampshire) gegründet.

Ursprüngliche Aufgabe der IBRD war der Wiederaufbau Europas nach dem zweiten Weltkrieg. Erster Kreditnehmer der Weltbank im Jahr 1947 war Frankreich, das ein Darlehen über 250 Mio US-\$ erhielt. Auch der Bau des japanischen Hochgeschwindigkeitszuges Shinkansen wurde Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre durch ein Weltbankdarlehen mitfinanziert.

Heutige Kunden der IBRD sind Schwellenländer bzw. Mittlereinkommensländer („Middle Income Countries“) mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen rd. 1000 und rd. 5300 US-\$/Jahr.

Art und Umfang der Kreditvergabe durch IBRD sind deutlichen Schwankungen unterworfen. Einen Höhepunkt erreichte die Kreditvergabe zuletzt während der Asienkrise Ende der 90er Jahre. Seitdem ist die Nachfrage nach IBRD-Krediten, bedingt durch die hohe Liquidität der internationalen Kapitalmärkte und einen Anstieg der privaten Kapitalflüsse in die „emerging markets“, stark gesunken. Seit 5 Jahren übersteigen die Rückzahlungen der Entwicklungsländer die Neuausleihungen erheblich. Die IBRD ist daher derzeit auf der Suche nach ihrer zukünftigen Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. (vgl. hierzu: „Die Rolle von IBRD in Mitteleinkommensländern“ in Kapitel 2 des vorliegenden Berichtes)

1960 wurde die IBRD durch die Gründung der **International Development Association** (IDA) ergänzt. Formal ist IDA – anders als IBRD – keine Institution mit eigenem Personal, sondern ein Fonds. Die IDA-Mittel werden von den gleichen Weltbank-Organisationseinheiten verwaltet, die auch für die IBRD-Operationen verantwortlich sind.

Im Unterschied zur IBRD, die sich im Wesentlichen am Kapitalmarkt refinanziert und Darlehen zu mehr oder minder kommerziellen Konditionen anbietet (derzeit in der Größenordnung von 4,5–5% Zinsen p.a., Stand: August 2006), gewährt IDA langfristige, **zinslose Darlehen** (sog. „konzessionäre Darlehen“) und nicht rückzahlbare **Zuschüsse** („grants“). Im Unterschied zu IBRD-Darlehen („loans“) werden IDA-Darlehen als „credits“ bezeichnet.

Derzeit haben 81 Länder Zugang zu IDA-Darlehen. Die drei Kriterien für Zugang zu IDA Mitteln sind: Eine auf Armutsminderung ausgerichtete Regierungspolitik, fehlender Zugang zum Kapitalmarkt sowie ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von derzeit weniger als 1025 US-\$/Jahr. Aufgrund von Ausnahmeregelungen haben außerdem Albanien und einige karibische Staaten mit höheren Pro-Kopf-Einkommen Zugang zu IDA-Mitteln.

Neben „reinen“ IDA-Empfängerländern und „reinen“ IBRD-Empfängerländern gibt es zusätzlich eine kleine Gruppe von rd. 15 Ländern, die sowohl IBRD- als auch IDA-Mittel in Anspruch nehmen können (sog. „**blend countries**“). Hierzu zählen derzeit u.a. Indonesien, Indien und Pakistan.

Finanziert wird IDA primär durch Beiträge der entwickelten Länder, die im Rahmen sog. Wiederauffüllungen mobilisiert werden (vgl. hierzu den Abschnitt „IDA 14 Wiederauffüllungsverhandlungen“ in Kapitel 2 dieses Berichtes), daneben durch Tilgungszahlungen, Kapitalerträge sowie in geringem Umfang durch Gewinne der IBRD.

Bis dato sind 32 Länder aus der Gruppe der IDA-Länder in diejenige der IBRD-Länder aufgestiegen, sie haben „graduiert“, darunter etwa Korea, die Türkei, Ägypten und zuletzt im Jahr 1999 China. Es gibt es auch Länder, die aufgrund eines wirtschaftlichen Niedergangs aus der Gruppe der IBRD-Kreditnehmer in diejenige der IDA-Kunden zurückfallen, so etwa Zimbabwe.

Zur Weltbankgruppe gehören drei weitere Institutionen, die **privatwirtschaftliche Entwicklung** fördern: Die International Finance Corporation (IFC), gegründet im Jahr 1956, das International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID), gegründet 1966 und die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), gegründet 1988.

Die IFC fördert private Investitionen in Entwicklungsländern – in der Praxis sind dies überwiegend größere ausländische Investitionen – durch Gewährung langfristiger Darlehen zu kommerziellen Bedingungen sowie durch Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien.

Die Aufgabe Multilateraler Investitions-garantie-Agentur – **MIGA** – besteht in der Förderung ausländischer Direktinvestitionen durch Absicherung politischer Risiken, also Enteignung, Krieg und Bürgerkrieg, Devisentransferrestriktionen und Vertragsbruch.

Aufgabe des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (**ICSID**) ist es bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und deren Gastländern zu vermitteln.

Einzelheiten zu Aufgaben und Tätigkeit der drei für die privatwirtschaftliche Entwicklung zuständigen Tochterorganisationen der Weltbankgruppe enthalten die Abschnitte 1.3 bis 1.5 dieses Berichtes.

Organisation der Weltbank

Gouverneure und Exekutivdirektorium

Seit ihrer Gründung ist die Weltbank als **Kreditgenossenschaft** organisiert, d.h. die Darlehensnehmer sind zugleich Anteilseigner der Bank. (Analog zu einer deutschen Genossenschaftsbank muss nicht umgekehrt jeder Anteilseigner ein Darlehen aufnehmen.) Derzeit sind 184 Länder Anteilseigner (shareholder) von IBRD.² Die Anteilseigner werden durch die **Gouverneure** repräsentiert. Dies sind in der Regel die Finanz- oder Entwicklungsminister der Mitgliedsländer, die zweimal jährlich zu den gemeinsamen Frühjahrs- und Herbsttagungen von Weltbank und Weltwährungsfonds zusammentreffen. Zwischen den Jahrestagungen werden die Anteilseigner durch **24 Exekutivdirektoren** vertreten. Die acht größten Anteilseigner der Weltbank (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, China, Saudi-Arabien und Russland) werden jeweils durch einen eigenen Exekutivdirektor vertreten. Die übrigen 16 Exekutivdirektoren vertreten sog. **Stimmrechtsgruppen** („constituencies“). Das Stimmrecht der einzelnen Anteilseigner bestimmt sich in wesentlichen aus ihrem **Kapitalanteil** an der jeweiligen Institution. Beispielsweise entfallen bei IBRD aktuell 16,4% der Stimmen auf die USA, 7,9% auf Japan, 4,6% auf Deutschland und jeweils 4,3% auf Großbritannien und Frankreich.

² Die übrigen Institutionen der Weltbankgruppe haben geringere Mitgliedszahlen als IBRD: IDA 165 Mitglieder, IFC 178, MIGA 167, ICSID 143 Mitglieder

Präsident und Vizepräsidenten, interne Organisation

Während die Gouverneure und die Exekutivdirektoren als Vertreter der Anteilseigner unter anderem die verschiedenen Strategien der Bank festlegen, über das Budget entscheiden und zusätzlich jedes einzelne Darlehen oder Projekt genehmigen, ist für die praktische Umsetzung der Beschlüsse der **Präsident** der Bank verantwortlich. Dieser wird vom Exekutivdirektorium für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Er wird traditionell von den USA als größtem Anteilseigner der Bank vorgeschlagen. Zweite Ebene des Weltbankmanagements sind derzeit zwei **Managing Directors** (Geschäftsführer). Dritte Führungsebene sind rund 25 **Vizepräsidenten**. Ein Teil dieser Vizepräsidenten ist für die sechs Weltregionen zuständig³, in denen die Bank tätig ist, einige weitere Vizepräsidenten haben thematische Zuständigkeiten (z.B. Infrastruktur, Privatsektorentwicklung . . .), die restlichen Vizepräsidenten haben administrative Funktionen (z.B. Leiter der Personalabteilung, der Rechtsabteilung, der Controllingabteilung . . .)

Ebenso wie andere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit steht auch die Weltbank vor der Herausforderung, länderspezifisches Wissen und fachlich-sektorales *Know How* zu organisieren und zusammen zu führen. Verstärkt wird diese Herausforderung durch die Größe der Institution (ca. 11000 fest oder längerfristig angestellte Mitarbeiter sowie zusätzlich rund 5000 Mitarbeiter mit kürzer befristeten Verträgen), die weltweite Tätigkeit in rund 140 Ländern sowie die thematische Breite der Tätigkeit. Die Weltbank hat sich auf Vorschlag der Beratungsfirmen McKinsey und Arthur Anderson in der zweiten Hälfte der 90er Jahre für eine **Matrix-Organisation** entschieden. D.h. die Mehrzahl der Mitarbeiter ist in oder für eine Regionalabteilung tätig, gehört fachlich aber einem abteilungsübergreifenden „Netzwerk“ an.

³ Die Regionen sind: Subsahara-Afrika, Ostasien und Pazifik, Europa und Zentralasien, Lateinamerika und Karibik, Naher Osten und Nordafrika, Südasien

1

Die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2006

1.1 Geschäftstätigkeit der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)

Im **Geschäftsjahr 2006** sind die **Kreditzusagen** (*commitments*) der IBRD gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen auf **14,1 Mrd. US-\$**. Im Vorjahr hatten die Zusagen 13,6 Mrd. US-\$ betragen. **Regional** lag, wie im Vorjahr, Lateinamerika mit 40% der Zusagen an der Spitze, gefolgt von Europa (Ost- und Südosteuropa) mit 25% und Ostasien mit 17%. Es folgten Nahost mit 9%, Südasien mit 9% und Afrika mit 0,3% der Mittel.

Sektoral an der Spitze der Zusagen lagen Energie und Transport, gefolgt vom Finanzsektor und öffentlicher Verwaltung. Die sektorale Verteilung der Zusagen schwankt von Jahr zu Jahr stark, so dass nur im langfristigen Vergleich Trends erkennbar sind. Ein derartiger Trend ist der langsame (Wieder-) Anstieg der Infrastrukturfinanzierungen. Nachdem deren Anteil von früher rund 40% der Zusagen auf nur noch 20% gefallen war, steigt er nun gemäß *Infrastructure Action Plan* der Weltbank schrittweise und planmäßig wieder auf ein Niveau von 30–40 % der Zusagen. Auf „*development policy lending*“, also Budgethilfe bzw. die Weiterentwicklung der früheren Strukturanpassungsprogramme, entfielen 34% der IBRD-Zusagen.

Die **Auszahlungen** von IBRD-Mitteln stiegen von 9,7 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2005 auf **11,8 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2006** an. Trotz dieses Anstiegs liegen die Auszahlungen im fünften Jahr in Folge **unter den Rückzahlungen der Darlehensnehmer**. Berücksichtigt man weiterhin die Gebühren- und Zinszahlungen der Kreditnehmer, so ergibt sich

für IBRD ein erheblicher „**negativer Nettotransfer**“ und eine fortgesetzte Schrumpfung des Portfolios. Vermutlich wird sich diese Entwicklung auch im Geschäftsjahr 2007 fortsetzen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes (Aug. 2006) hat Mexiko bereits angekündigt, seine Außenstände gegenüber IBRD vorzeitig tilgen zu wollen. Mexiko folgt damit dem Vorbild Brasiliens, Argentiniens und anderer Länder, die ihre Außenstände gegenüber Weltwährungsfonds und Weltbank durch Sondertilgungen abgebaut haben.

Die Weltbank bemüht sich seit einigen Jahren intensiv darum, ihre Darlehen für den Kundenkreis der Schwellenländer **attraktiver zu gestalten**. Dies geschieht insbesondere auf drei Wegen: Durch Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren, durch die Senkung von Zinssätzen und Gebühren sowie durch weitgehenden Verzicht auf Konditionalitäten.

Im Geschäftsjahr 2006 erzielte IBRD einen Überschuss in Höhe von rd. 1,4 Mrd. US-\$. Hierbei handelt es sich nicht um einen Gewinn aus dem Kreditgeschäft von IBRD. Zinsen und Gebühreneinnahmen reichen i.d.R. nicht aus, um die Refinanzierungskosten, Kreditausfälle und den hohen Verwaltungsaufwand von rd. 1 Mrd. US-\$ p.a. abzudecken. Der Jahresüberschuss ergibt sich vielmehr primär aus der Verzinsung des Eigenkapitals von IBRD in Höhe von rund 33 Mrd US-\$.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Gouverneure soll der Überschuss von IBRD wie in früheren Jahren überwiegend zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals sowie für einen Transfer an IDA eingesetzt werden.

1.2 Geschäftstätigkeit der International Development Agency (IDA)

Im Geschäftsjahr 2006 sind die **Zusagen** von IDA (konzessionäre Darlehen und Zuschüsse) gegenüber dem Vorjahr von 8,7 auf **9,5 Mrd US-\$** angestiegen. Hingegen sanken die IDA-**Auszahlungen** leicht von 8,95 auf **8,91 Mrd. US-\$**.

Regional entfielen – bei unveränderter Rangfolge gegenüber dem Vorjahr – 49,9% der IDA Zusagen auf Afrika, 27% auf Südasien, 11% auf Ostasien, 5% auf Europa und Zentralasien, 4% auf die Länder Nordafrikas und des Nahens Ostens sowie knapp 3% auf Lateinamerika/Karibik.

Bei den Zusagen lag „Ländliche Entwicklung“ mit 15% der Mittel an erster Stelle, gefolgt von Transport und Wirtschaftsreformen, auf die jeweils rd. 10% der Zusagen entfielen. Im Vergleich zu IBRD ergibt sich für IDA ein etwas höheres Gewicht des Bildungs- und des Gesundheitssektors (jeweils rd. 8%). 26% der IDA-Mittelzusagen entfielen auf das Instrument „*Development Policy Lending*“, das die früheren Strukturanpassungsdarlehen abgelöst hat.

1.3 Treuhandfonds und weitere Aktivitätsfelder der Weltbank

Neben IBRD- und IDA-Finanzierungen hat die Weltbank-Gruppe in den letzten Jahren mit den sog. **Treuhandfonds (Trust Funds)** ein weiteres Geschäftsfeld erschlossen. In diesen Treuhandfonds verwaltet die Weltbank zweckgebundene Zuschüsse bilateraler Geber.

Die größten und bekanntesten dieser Fonds sind der Global Fund to fight Aids, Tuberculosis and Malaria (GFATM), der Global Environmental Fund (GEF), der HIPC-Treuhandfonds und länderbezogene Treuhandfonds für Irak, Afghanistan, Palästina und Ost-Timor.

Derzeit verwaltet die Weltbank **fast 1000 Treuhandfonds mit einem Gesamtvolumen von rd. 10 Mrd. US-\$**. Die Auszahlungen aus derartigen Fonds sind von 1,8 Mrd US-\$ im Geschäftsjahr 2001 auf rd. 4,5 Mrd. US-\$ im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 angestiegen.

Positiv ist in diesem Kontext zu bewerten, dass durch Treuhandmittel die Arbeitskapazitäten und Expertise einer etablierten Institution genutzt und der Aufbau weiterer zusätzlicher Entwicklungsinstitutionen und Implementierungsvehikel vermieden wird. Treuhandfonds ermöglichen es, Gebermittel für bestimmte Zwecke zu mobilisieren und zu „*poolen*“ und damit Transaktionskosten zu reduzieren. Gerade für kleinere Geberländer ohne eigene Durchführungsinstitutionen können Treuhandfonds ein effizienter und effektiver Weg sein, Mittel für Entwicklungszwecke bereit zu stellen.

Auf der anderen Seite gibt es auch **Kritik** an der Zunahme der Anzahl und des Volumens von Treuhandfonds. Die Kritik konzentriert sich auf drei Punkte:

1. Durch die hohen Volumina (inzwischen rd. 50% der IBRD- oder IDA-Auszahlungen) werden Arbeitskapazitäten gebunden, die für das „Kerngeschäft“ der Weltbank nicht mehr zur Verfügung stehen.
2. Durch die thematische Zweckbestimmung der Treuhandmittel bestimmen die jeweiligen bilateralen Geber an den zuständigen Gremien (Gouverneursrat und Exekutivdirektorium) vorbei in zunehmendem Maß die „Agenda“ der Weltbank.
3. Die einzelnen Treuhandfonds haben z.T. sehr enge Zweckbestimmungen und individuelle Durchführungsmodalitäten. Die Verwaltung der Mittel erfordert somit einen hohen Verwaltungsaufwand. Zudem haben Analysen der Innenrevision der Weltbank (*internal audit department*) und des Wirtschaftsprüfers bei Treuhandmitteln einen weitaus höheren Anteil von Beanstandungen ergeben, als dies für die „regulären“ IDA- und IBRD-Mittel der Fall ist.

Aus den genannten Gründen gibt es seit Jahren Bestrebungen, die Anzahl von Treuhandfonds deutlich zu reduzieren, Mobilisierung und Einsatz von Treuhandmitteln stärker am Kernmandat der Weltbank zu orientieren sowie Verwaltung und Einsatz der Mittel zu standardisieren. Aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen erfolgen notwendige Reformen in diesem Bereich allerdings nur schleppend.

Weitere Aktivitätsfelder der Weltbank

Neben dem Kernbereich der Investitionsfinanzierung ist die Weltbank in einem breiten Spektrum weiterer Aktivitäten engagiert. Hierzu zählen insbesondere die **Entwicklungsländerforschung** (im Internet unter www.worldbank.org → Rubrik Data & Research), das breite **Fortbildungsangebot** des World Bank Institute (im Internet: www.worldbank.org/wbi), **zahlreiche Publikationen** (im Internet: www.worldbank.org/reference) sowie **Konferenzen**.

Im Bereich des sog. **“Economic and Sector Work”** (ESW) wurden im vergangenen Jahr insgesamt rund 1000 „Produkte“ (Studien, Untersuchungen, Gutachten) erstellt. Einen besonderen Stellenwert hierbei haben die **Länderstrategien** (*Country Assistance Strategies* oder

Country Partnership Strategies). Ausgehend von der Entwicklungsstrategie des jeweiligen Landes legen diese für einen Zeitraum von 3–4 Jahren Ausrichtung und Umfang der Unterstützung seitens der Weltbank fest. Das Exekutivdirektorium der Weltbank diskutiert jährlich rund 30–40 derartige Länderstrategien.

In zunehmendem Maß wird neben IBRD oder IDA auch IFC in die Erstellung **gemeinsamer Strategien** der gesamten Weltbankgruppe eingebunden, um Synergien zu nutzen. Zudem wird verstärkt versucht, die Länderstrategien **ergebnisorientiert** zu gestalten (*results-based CAS*), um die Wirksamkeit der Strategien überprüfen zu können und diese zu verbessern. Mit Hilfe einer Matrix wird versucht, Verbindungen zwischen Zielen des Landes, Interventionen der Weltbank und Ergebnisindikatoren (z.B. Reduzierung der Müttersterblichkeit, Erhöhung des Versorgungsgrades mit Elektrizität etc.) zu erfassen und zu quantifizieren.

1.4 IFC Geschäftstätigkeit im Jahr 2006 und Strategie

Die International Finance Corporation (IFC) wurde 1965 als eigenständige Tochter der Weltbank gegründet mit dem Mandat, private Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Darlehensvergabe und Eigenkapitalbeteiligungen zu fördern. In den vergangenen 50 Jahren seit Gründung hat die IFC 55 Mrd. US-\$ aus eigenen Mitteln investiert und zusätzlich weitere rund 25 Mrd. US-\$ private Mittel durch Syndizierungen⁴ mobilisiert.

Ergänzend zu den Finanzierungen leistet IFC seit einigen Jahren verstärkt technische Hilfe (technical assistance) im Rahmen von Beratungsprogrammen. Diese wurden zunächst primär aus freiwilligen Beiträgen bilateraler Geber finanziert, inzwischen aber zunehmend auch aus Gewinnen der IFC. Von rund 3000 IFC Mitarbeitern

⁴ Syndizierung ist die gemeinschaftliche Kreditvergabe durch mehrere Kreditgeber, insbesondere bei großen Investitionsprojekten.

zum Ende des Geschäftsjahres 2006 waren rund 900 Mitarbeiter als Berater tätig.

IFC Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2006

Die international Finance Corporation (IFC) hat in den letzten Jahren einerseits ihre Geschäftstätigkeit quantitativ stark ausgeweitet und andererseits ihr Engagement qualitativ weiter verbessert.

Auch im Geschäftsjahr 2006 (1.7.2005–30.6.2006) hat sich die positive Entwicklung fortgesetzt. Das Exekutivdirektorium der IFC genehmigte Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 7,1 Mrd. US-\$ (*approvals*) gegenüber einem Volumen von 6,6 Mio. US-\$ im Geschäftsjahr 2005. Die **Zusagen** (*commitments*) stiegen von 5,4 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2005 auf 6,7 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2006 und die **Auszahlungen** (*disbursements*) von 3,5 Mrd. US-\$ auf 4,4 Mrd. US-\$.

Das **Betriebsergebnis** (*operating income*) betrug im Geschäftsjahr 2006 1,4 Mrd. US-\$. Es fiel damit etwas geringer aus als das historische Rekordergebnis von 1,9 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2005. Zu dem guten Ergebnis trugen sowohl die Erträge aus Beteiligungen („*equity*“), als auch aus dem Darlehensgeschäft („*loans*“) sowie der Anlage des Eigenkapitals von IFC (*treasury operations*) bei. Aus dem Betriebsergebnis von IFC sollen 230 Mio. US-\$ für Beratungsprogramme aufgewendet werden, erstmals 150 Mio. US-\$ an IDA übertragen werden und rd. 1,1 Mrd. US-\$ zur Stärkung des Eigenkapitals von IFC verwendet werden.

Schwerpunkt der **regionalen Verteilung** war wie in den Vorjahren Europa / Zentralasien mit 28 % der neu genehmigten Finanzierungen (Vorjahr 25%), gefolgt von Lateinamerika und Asien mit 26% bzw. 23%. Die Zusagen für Subsahara Afrika stiegen von 7,8 auf 10,8%. Ihr absolutes Volumen stieg von 520 auf 770 Mio. US-\$. Die Zusagen für den Mittleren Osten und Nordafrika beliefen sich auf 11,8%.

Sektoral bildet auch im Geschäftsjahr 2006 der **Finanzsektor** den **Investitionsschwerpunkt**. Der Anteil des Finanzsektors an den Neuzusagen belief sich ähnlich wie im Vorjahr auf 43% der Neuinvestitionen. Die IFC hat in diesem Bereich komparative Vorteile. Dennoch ist diese starke Konzentration des Engagements auf einen einzelnen

Sektor unter Risikoaspekten nicht völlig unbedenklich. In der Bedeutung der anderen sektoralen Bereiche (Industrie, Bergbau, Versorgungswirtschaft, Dienstleistungen) ergaben sich keine größeren Verschiebungen. Alle Branchen expandierten in ähnlicher Weise.

IFC Strategie

Auf Basis einer soliden wirtschaftlichen Situation der IFC sowie in Erwartung weiterhin relativ günstiger Rahmenbedingungen in Schwellen- und Entwicklungsländern setzt die IFC die in ihrer Strategie und im Geschäftsplan niedergelegte aggressive Wachstumsstrategie fort. Dabei wird eine weitere Erhöhung der Zusagen für die Jahre 2007–2009 angestrebt.

Parallel zur Ausweitung des IFC Geschäftsvolumens sind die **entwicklungspolitischen Erwartungen** der Anteilseigner an IFC gewachsen.

Drei zentrale Erwartungen der Anteilseigner an IFC sind:

- **Verstärkte entwicklungspolitische Ausrichtung** der Tätigkeit („development effectiveness“) und Orientierung an konkreten messbaren Ergebnissen. In diesem Sinne führt IFC derzeit ein neu entwickeltes „Development Outcome Tracking System“ (DOTS) ein, in dem für jedes einzelne Vorhaben neben den klassischen betriebswirtschaftlichen Erfolgskennzahlen entwicklungspolitische Ziele vorgegeben und deren Erreichung kontinuierlich überprüft wird,
- **Verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Weltbankgruppe** mit IBRD, IDA und MIGA zur Nutzung möglicher Synergieeffekte,
- Umsetzung einer mit dem Exekutivdirektorium vereinbarten **mittelfristigen Geschäftsstrategie**, die fünf Säulen umfasst.

Diese fünf „Säulen“ sind:

- ein verstärktes Engagement in **Risikoländern** („frontier countries“) und wirtschaftlich schwachen **Risikoregionen** („frontier regions“) größerer Entwicklungsländer,

- verstärkte Förderung von Unternehmen aus Entwicklungsländern, die in anderen Entwicklungsländern investieren („**South-South Investments**“),
- Orientierung am Grundsatz **ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit**,
- Unterstützung des Privatsektors in **entwicklungspolitischen Schlüsselbereichen**, insbesondere Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen,
- Unterstützung der **Entwicklung lokaler Finanzmärkte** in Entwicklungsländern.

In allen fünf Bereichen der Strategie bemüht sich IFC intensiv um die Umsetzung der Zielvorgaben. So wird IFC im Bereich der **Infrastrukturfinanzierung** mit fachlicher Unterstützung von IBRD ihr Engagement im Bereich von Kommunalfinanzierungen (sog. *sub-national lending*“ oder „*sub-sovereign lending*“), das seit 2003 im Rahmen einer Pilotmaßnahme erprobt wurde, ausweiten. Im Bereich **Nachhaltigkeit** wurden die sog. „Safeguards“, die ökologische und soziale Mindestanforderungen an IFC-finanzierte Projekte beinhalten, durch modernere und breiter gefasste „Performance Standards“ ersetzt (siehe den entsprechenden Abschnitt „Umwelt- und Sozialstandards“ in Kapitel 3 dieses Berichtes).

Das aggressive Wachstum sowie die parallele Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit lassen sich nur durch erhöhten Verwaltungs- und Personalaufwand erreichen. Die Mitarbeiterzahl von IFC wird im Geschäftsjahr 2007 auf über 3000 steigen, das Verwaltungsbudget um rund 14% auf rund 530 Mio. US- $\text{\$}$.

Nachdem der frühere geschäftsführende Vorsitzende („*Executive Vice President*“) der IFC, **Peter Woicke**, im Februar 2005 in Ruhestand versetzt wurde, wurde IFC vorübergehend von seinem Stellvertreter Assaad Jabre geleitet. Im Januar 2006 übernahm **Lars Thunell**, zuvor Vorstandsvorsitzender der schwedischen SEB-Bank, die Position des IFC Chefs.

1.5 MIGA Geschäftstätigkeit 2006 und Strategie

MIGA, die Multilateral Investment Guarantee Agency, wurde 1988 als jüngste Tochter der Weltbankgruppe gegründet. Ihr gehören heute 167 Mitgliedsländer an. Aufgabe von MIGA ist die Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern durch Absicherung **politischer Risiken**, also Enteignung, Krieg und Bürgerkrieg, Devisentransferrestriktionen sowie Vertragsbruch seitens der Regierung des Investitionsstandorts.

MIGA hat im Geschäftsjahr **2006** Garantien zur Deckung politischer Risiken im Wert von **1,3 Mrd. US-\$** für **41** Projekte vergeben. Damit ist die Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr (1,2 Mrd. US-\$ für ebenfalls 41 Projekte) leicht angestiegen.

Brutto beträgt das Garantievolumen derzeit 5,4 Mrd. US-\$. Allerdings trägt MIGA die Risiken nie allein, sondern beteiligt immer kommerzielle Mitversicherer (*co-insurance*) und Rückversicherer (*re-insurance*) an den gedeckten Risiken. Unter Berücksichtigung dieser Mit- und Rückversicherung beträgt das **Netto-Garantieportfolio** („*net exposure*“) 3,3 Mrd US-\$.

Trotz boomender Auslandsinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern **stagniert** das Geschäftsvolumen von MIGA seit dem Jahr 2000 in einer Größenordnung von jährlich 1,2–1,4 Mrd. US-\$ für jeweils rund 30–40 Projekte. In Relation zu privaten Nettokapitalflüssen aus Industrie- in Schwellen- und Entwicklungsländer in einer Größenordnung von rd. 480 Mrd. US-\$ im Kalenderjahr 2005 erscheint die **Relevanz und Signifikanz** von MIGA bescheiden.

Die **große Mehrzahl aller Auslandsinvestoren** schätzt offenbar die politischen Risiken der Investitionsländer als tragbar ein und **verzichtet auf eine Absicherung**. Investoren aus Industrieländern bevorzugen anscheinend nationale Investitions Garantien auf Basis bilateraler Vereinbarungen gegenüber MIGA-Deckungen. In Deutschland bietet beispielsweise die Pricewaterhouse-Coopers AG (PwC) in Zusammenarbeit mit der Euler-Hermes-Kreditversicherungs AG im Auftrag der Bundesregierung vergleichbare Absicherungen gegen politische Risiken bei Auslandsinvestitionen an. Unter den im Geschäftsjahr 2006 durch MIGA versicherten Projekten war keines mit deutscher Beteiligung.

Trotz stagnierenden Geschäftsvolumens waren im Geschäftsjahr 2006 **begrenzte qualitative Fortschritte** erkennbar. In den Vorjahren hatte sich die Geschäftstätigkeit von MIGA in einem bedenklichen Maß auf eine Region (Osteuropa), auf einen Sektor (den Finanzsektor) und einen einzelnen Kunden, die Raiffeisen Zentralbank Österreich (RZB), konzentriert. Diese sicherte über MIGA Gesellschafterdarlehen an ihre zahlreichen Tochterbanken in Ost- und Südosteuropa ab. MIGA hat sich aus dieser einseitigen Abhängigkeit gelöst und ihr Engagement im Geschäftsjahr 2006 **erfolgreich diversifiziert**.

Der Anteil der Region **Europa und Zentralasien** sank von 58 auf 46%, der Anteil aller anderen Regionen (Asien, Lateinamerika, Nahost) stieg, mit der bedauerlichen Ausnahme Afrikas, dessen Anteil von 25 auf 14% sank.

Sektoral überholte im Geschäftsjahr 2006 die Garantievergabe im **Infrastrukturbereich** erstmals seit Jahren den **Finanzsektor**. Deutlich ausgebaut wurde das Engagement im Bergbau, bedingt insbesondere durch eine Großinvestition in Russland.

Neben dem Kerngeschäft der Garantievergabe leistete MIGA im Geschäftsjahr 2006 **technische Hilfe** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in rund 30 Ländern. Hierzu zählt u.a. die Unterstützung bei der Entwicklung von Investitionsförderungsstrategien und beim Aufbau von Investitionsförderungsagenturen. Daneben ist MIGA fallweise bei der **Schlichtung von Konflikten** zwischen Investoren und Regierungen des Gastlandes im Rahmen eines „*dispute mediation program*“ behilflich.

Ein deutlicher Unterschied zu privatwirtschaftlichen Versicherungen besteht darin, dass MIGA nur sehr **wenige Schadensfälle** zu regulieren hat. Dies war auch 2006 der Fall. Im GJ 2006 standen Prämien- und Gebühreneinnahmen i.H. von 74 Mio. US-\$ keine nennenswerten Zahlungen für Schadensfälle gegenüber. MIGA profitiert davon, dass Konfliktfälle, die MIGA besicherte Investitionen betreffen, im Regelfall einvernehmlich gelöst werden, wobei die Zugehörigkeit von MIGA zur Weltbankgruppe offenkundig eine enorme Rolle spielt.

Die aktuelle **Geschäftsstrategie** von MIGA ähnelt derjenigen von IFC: Förderung von Infrastruktur, Engagement in *frontier countries* (Hochrisikoländer, Konfliktländer, Niedrigeinkommensländer) sowie Förderung von Süd–Süd–Investitionen.

Die seit Mai 2004 im Amt befindliche geschäftsführende Vorsitzende („*Executive Vice President*“) von MIGA, Frau **Yukiko Omura**, hat seit ihrem Amtsantritt umfangreiche Reformen vorgenommen, wie etwa die Schließung von Außenbüros, den Abbau von Hierarchiestufen innerhalb von MIGA und eine Reorganisation der operativen Einheiten.

Abgesehen von der oben erwähnten – sehr begrüßenswerten – Diversifizierung des MIGA-Engagements im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein nachhaltiger Erfolg der Reorganisation und der neuen Geschäftsstrategie bislang noch nicht erkennbar. MIGA wird sich daran messen lassen müssen, ob eine nennenswerte Ausweitung der Geschäftstätigkeit in Verbindung mit einer Steigerung der entwicklungspolitischen Relevanz und Signifikanz gelingt.

1.6 Aufgaben und Geschäftstätigkeit des ICSID im Geschäftsjahr 2006

Das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes, ICSID) ist ein Forum zur Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Regierungen und ausländischen Investoren.

Das ICSID ist selbst keine Schlichtungsstelle, sondern stellt einen formalen Rahmen für freiwillige Schlichtungen dar. ICSID wurde 1966 gegründet und hat derzeit 143 Mitgliedsländer. Aktuell sind rund 85 Anrufungen zur Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten anhängig.

Das ICSID ist bemüht, stärkere Zuflüsse internationaler Investoren zu fördern, indem es bei Streitigkeiten zwischen Regierungen und ausländischen Investoren die Voraussetzungen für einen Vergleich oder eine Schlichtung schafft. Außerdem übernimmt ICSID auch eine Reihe von Beratungsdiensten, Forschungs- und Publikationsaufgaben.

Organe von ICSID sind der Verwaltungsrat, der aus Vertretern aller Länder besteht, die die ICSID-Konvention ratifiziert haben, sowie ein Sekretariat. Der Verwaltungsaufwand von ICSID wird aus dem Budget der Weltbank finanziert. Der Präsident der Weltbank ist *ex-officio* Vorsitzender des ICSID-Verwaltungsrates. Trotz dieser Nähe zur Weltbankgruppe handelt es sich bei dem ICSID um eine eigenständige internationale Organisation.

2

Schwerpunkthemen aus deutscher Sicht

2.1 Die Zusammenarbeit der Weltbank mit den Mitteleinkommensländern: Anpassung von Strategien und Instrumenten

In den vergangenen zehn Jahren ist das **Ausleihvolumen** der Weltbank (aber auch das der regionalen Entwicklungsbanken) an die Länder mit mittleren Einkommen (*Middle Income Countries*, **MIC**) **deutlich gesunken**. Die Gründe dafür sind vielfältig, lassen sich im Kern aber auf die hohe Liquidität der internationalen Kapitalmärkte, das niedrige Zinsniveau und die allgemein verbesserten Refinanzierungsmöglichkeiten der MIC eingrenzen. Aus dieser Situation heraus waren MIC weniger bereit, Kredite der Weltbank zu nutzen und sich damit deren Konditionalitäten und Bearbeitungsdauer (die sog. „Cost of Doing Business“) zu unterwerfen. Die Weltbank versucht seit einigen Jahren, diesen Trend umzukehren, wobei dies hauptsächlich durch ein Anpassen von Instrumenten und Konditionalitäten geschieht, die die veränderten Bedürfnisse und Kapazitäten der MIC besser reflektieren sollen. Denn trotz des teilweise massiven wirtschaftlichen Erfolges vieler MIC benötigen diese weiterhin Unterstützung bei den Problemen, die gerade durch das erfolgreiche Wachstum verursacht wurden: Umwelt- und Ressourcenschutz, soziale Sicherung und die Bereitstellung öffentlicher Güter. Zudem darf trotz des beeindruckenden Erfolges einiger Schwellenländer nicht vergessen werden, dass die MIC eine **äußerst heterogene Gruppe** von Ländern darstellen, von denen nur rund 20 gegenwärtig einen Zugang zum Kapitalmarkt haben. Zudem leben – bei großzügiger Definition des Begriffs „Mitteleinkommensland“ – 80% der

Bevölkerung der Entwicklungsländer, und 70% der weltweit Armen (2 US-\$ oder weniger pro Kopf und Tag) in MIC.

Aus Sicht des BMZ ist ein fortgesetztes Engagement der Weltbank in den MIC gerechtfertigt, wenn die Weltbank dabei einen entwicklungspolitischen Mehrwert gegenüber privaten Banken einbringen kann. Dieser besteht vor allem in den folgenden Bereichen:

- einen Beitrag zur Lösung von Problemen, die trotz oder gerade aufgrund des erfolgreichen wirtschaftlichen Wachstums entstehen (soziale Ungleichheit, Umweltverschmutzung, etc).
- einen Beitrag zur Reduzierung der Anfälligkeit der Länder, insbesondere gegenüber externen Schocks. Dies bleibt, trotz des höheren Entwicklungsstandes der Länder, weiterhin ein zentrales Problem mit potentiell hohen Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft.
- einen Beitrag zur „Ankerland-Funktion“ für die jeweilige Region, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung von Globalen bzw. Regionalen Öffentlichen Gütern (Finanzmarktstabilität, Handel, Umwelt, Frieden, etc.).

Zu diesem Zweck muss die Weltbank aus Sicht des BMZ einerseits stärker ihr Engagement in MIC definieren und begründen, zum anderen die Instrumente besser auf die Bedürfnisse und Kapazitäten der Länder abstimmen. Grundsätzlich ist die Weltbank eine globale Institution und muss auch als solche arbeiten. Nur wenn sie in allen (kreditberechtigten) Mitgliedsländern aktiv ist, kann sie ihre Rolle als „*Knowledge Bank*“ und „*Transmission Belt*“ (Transmissionsriemen) für Erfahrungen der Entwicklungspolitik entfalten.

Die Weltbank hat 2004 einen Aktionsplan zur Zusammenarbeit mit den MIC präsentiert, und wird auf der Jahrestagung 2006 in Singapur dem Development Committee ein Strategiepapier zur Billigung vorlegen, welches die Arbeit der Weltbank mit den MIC neu konzipieren soll. Dabei geht es im Kern um ein verändertes Geschäftsmodell mit besser angepassten Instrumenten, die die veränderten Bedürfnisse der MIC ansprechen sollen. Dies sieht die Einführung von **drei Geschäftsfeldern** vor, nämlich

- (a) strategische Politikberatung,

- (b) Finanzdienstleistungen (u.a. das Kreditgeschäft) und
- (c) wissens-basierte Dienstleistungen (u.a. Beratung, TZ, Schulung).

Dabei soll es grundsätzlich möglich sein, die Beratungsleistungen und andere Angebote der Bank vom Kreditgeschäft zu trennen. Dies wäre insofern ein Novum, als dass die Bank ihre vielfältigen Leistungen bisher immer gebündelt mit einem Kredit vergeben hat.

Daneben versucht die Bank eine Reihe von neuen Finanzdienstleistungen anzubieten, die den Veränderungen in den MIC besser Rechnung tragen. Diese sind u.a.:

- **Kreditvergabe an sub-nationale Körperschaften (Sub-Sovereign Lending)**

Im Zuge von Dezentralisierungsbemühungen wurden in vielen Ländern administrative und fiskalische Verantwortlichkeiten und andere entwicklungspolitische Aufgaben von der Zentralregierung auf nachgeordnete Gebietskörperschaften (Bundesstaaten, Provinzen, Kommunen, etc.) übertragen. Der Spielraum dieser Gebietskörperschaften für die Finanzierung dieser Aufgaben über Kredite ist jedoch dadurch begrenzt, dass Geber und Weltbank i.d.R. auf eine Staatsgarantie der Zentralregierung bestehen, diese sich aber nicht mehr zuständig sieht. Gleichzeitig können lokale Finanzmärkte den Finanzierungsbedarf meist nicht decken. Die in den 90er Jahren weit verbreitete Annahme, dass der Privatsektor in großem Stil öffentliche Dienstleistungen (vor allem Infrastruktur) bereitstellt, hat sich zudem nicht bewahrheitet.

Angesichts der positiven Rolle von Dezentralisierungen sowie der großen Absorptionskapazität von lokalen Körperschaften begrüßt das BMZ die Kreditvergabe an sub-souveräne Körperschaften grundsätzlich. Dabei muss sichergestellt werden, dass sub-nationale Kredite im Sinne des Prinzips nationaler Ownership nicht gegen den expliziten Willen der nationalen Regierung vergeben werden, dass die Schuldentragfähigkeit des jeweiligen Landes beachtet wird und dass die finanzielle Solidität der Weltbank gewährleistet bleibt.

Da die *Articles of Agreement* von IBRD für die Gewährung von Darlehen an subnationale Einheiten eine Staatsgarantie zwingend vorsehen, wird die Vergabe derartiger Darlehen zunächst auf drei Jahre

befristet und auf ein Volumen von rund 800 Mio. US-\$ begrenzt durch die Weltbank-Tochter IFC erprobt, die keinen derartigen satzungsmäßigen Restriktionen unterliegt.

▪ **Lokalwährungskredite (Local Currency Lending)**

Durch die Vergabe von Krediten in Lokalwährung (*Local Currency Lending*) soll das mit einem Fremdwährungskredit verbundene Wechselkursrisiko für den Kreditnehmer vermieden werden. Gleichzeitig kann so ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des heimischen Kapitalmarkts geleistet werden, da die Weltbank die Mittel für solche Kredite in der Landeswährung z.B. durch Emission von Anleihen aufbringt. Besondere Bedeutung haben Lokalwährungskredite für subnationale Einheiten, die sich i.d.R. nicht in Fremdwährungen verschulden können. Gegenüber den Zentralregierungen hat die Weltbank hingegen i.d.R. keinen Kostenvorteil bei Krediten in lokaler Währung.

▪ **Mischfinanzierung („Blending“ und „Buy-Down“ Arrangements)**

Durch „Blending“-Arrangements werden Zuschüsse bilateraler Geber verwendet, um die Zinskonditionen von IBRD-Krediten (teilweise auch von IDA-Krediten) zu subventionieren. Das Ziel ist, diese Kredite für bestimmte Investitionen attraktiver zu machen. Dies können Investitionen sein, die aus globaler Sicht rational sind, aus nationaler Sicht jedoch nicht. Oder bei neuen, innovativen Ansätzen, für die bisher wenig Erfahrungen vorliegen. Dazu zählt auch die Bereitstellung von konzessionären Krediten für bestimmte Sektoren oder Regionen in Ländern die keinen Zugang mehr zu IDA haben, bzw. Länder, deren Mittelaufnahme durch die Schuldentragfähigkeit begrenzt ist. Für die Geber können dabei mehrere Ziele eine Rolle spielen:

- größere Hebelwirkung der eigenen Beiträge durch „Verlängerung“ dieser mit dem Weltbank-Kredit (vor allem in großen MIC, wo bilaterale Mittel häufig insignifikant gering sind);
- Beitrag zur „Additionality“/„Scaling Up“ (v.a. bei Sector Wide Approaches);
- Demonstration des „Return on Investment“ in sozialen Sektoren oder bei innovativen Lösungsansätzen;
- Förderung von Globalen/Regionalen Öffentlichen Gütern.

Grundsätzlich besteht beim „Blending“ die Gefahr, **falsche Anreize zu geben**. Die Investitionsentscheidungen der Länder müssen grundsätzlich „country-owned“ sein. MIC, die dazu in der Lage sind, müssen eigene Ressourcen für die Armutsbekämpfung bzw. MDG-Erreichung bereitstellen. Blending-Arrangements sollten daher nur auf der Basis von Länderprogrammen stattfinden und müssen klar definiert und begrenzt sein, um „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden.

2.2 Verschuldung, Entschuldung, das HIPC- Entschuldungsprogramm, die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) und ihre Auswirkungen auf IDA

Das HIPC Entschuldungsprogramm hat durch die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) im Geschäftsjahr 2006 eine **wesentliche Erweiterung** gefunden. Während der gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 2005 wurde der Vorschlag der G8, den erfolgreichen HIPC Ländern einen umfassenden, **100%igen multilateralen Schuldenerlass** zu gewähren, von den IDA-Gouverneuren angenommen. Dies bedeutet für die Länder, die das HIPC Programm erfolgreich abgeschlossen haben, einen zusätzlichen Schuldenerlass von insgesamt rund 40 Mrd. US-\$. Die inhaltliche und finanzpolitische Ausrichtung der Entwicklungsprogramme von IDA ist durch die HIPC-Initiative, die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) sowie das neu eingeführte Rahmenwerk zur Bestimmung der Schuldentragfähigkeit maßgeblich beeinflusst und verändert worden.

Die Kölner Entschuldungsinitiative (enhanced HIPC Initiative)

Auf dem G8-Gipfel in Köln im Juni 1999 wurde eine Entlastung hochverschuldeter armer Entwicklungsländer vereinbart, die über die 1996 von der Weltbank und dem IWF ins Leben gerufene **HIPC Initiative** (*Highly Indebted Poor Countries*) hinaus ging, indem sie weitere finanzielle Ressourcen für mehr förderungswürdige Länder unter flexibleren Entschuldungsvorgaben bereitstellte. Die „Kölner Schuldeninitiative“ ist deshalb auch als „**erweiterte**“ (**enhanced**) **HIPC Initiative** bekannt geworden.

Für den Prozess der Entschuldung der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) gibt es feste Regeln und Abläufe. Mit dem Ziel der Armutsbekämpfung vollzieht sich die Schuldenbefreiung auf zwei Ebenen: Zum einen wird die Entscheidung, ob ein Schuldenerlass durchgeführt wird, davon abhängig gemacht, dass das teilnehmende Entwicklungsland ein **Armutsbekämpfungsprogramm** (PRSP) erstellt hat und dieses nachweislich noch während des Entschuldungsprozesses umsetzt. Zum anderen ist Entschuldung an die Bedingung geknüpft, die frei werdenden finanziellen Mittel ausschließlich für die **Armutsbekämpfung** zu verwenden.

Im Schnitt werden den an der HIPC-Initiative teilnehmenden Ländern zwei Drittel ihrer Schulden erlassen – darin sind auch individuelle bilaterale Schuldenerlasse einzelner Gläubigerländer enthalten. Insgesamt beträgt das Volumen der Entschuldung durch die HIPC-Initiative rund 71 Mil. US-\$.

Die multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI)

Das HIPC Entschuldungsprogramm hat durch die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) eine **wesentliche Erweiterung** erfahren. Während der gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 2005 wurde der Vorschlag der G8 angenommen, denjenigen Ländern, die erfolgreich am HIPC Programm teilgenommen haben, einen umfassenden, 100%igen, multilateralen Schuldenerlasses (gegenüber IWF, Weltbank und AfDF) zu gewähren. Dies bedeutet für die Länder, die das HIPC Programm erfolgreich abgeschlossen haben, einen zusätzlichen Schuldenerlass von insgesamt rund 40 Mrd. US-\$. Einschließlich der HIPC-Länder, die noch nicht den HIPC Vollendungspunkt, den sog. „*completion point*“, erreicht haben, steigt der multilaterale Erlass insgesamt um **zusätzliche 56 Mrd. US-\$**.

Sobald die Partnerländer den „*completion point*“, also die Erfüllung aller Auflagen erreicht haben, erfolgt unwiderruflich der Schuldenerlass im Rahmen von MDRI. Grundgedanke ist, die bereits gezeigte „Performance“ in Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative zu würdigen und die Partnerländer rasch zu entschulden. Entsprechend wurde auf ein programmatisches Rahmenwerk zur Umsetzung verzichtet. Damit können die Partnerländer die durch den entfallenden Schul-

dendienst frei werdenden Gelder nach eigenem Ermessen verwenden. Die Implementierung der „Multilateral Debt Relief Initiative“ hat für IDA am 1.7.2006 begonnen. Möglicherweise werden sich zusätzlich zu den gegenwärtig 42 HIPC Ländern auch Eritrea, Haiti, Kirgistan, Nepal und Afghanistan nachträglich für HIPC und damit auch MDRI qualifizieren.

Auswirkung auf IDA

Um durch den Schuldenerlass die finanzielle Integrität von IDA nicht in Frage zu stellen, einigte sich die internationale Gemeinschaft darauf, sowohl die durch den Erlass ausfallenden Rückflüsse **in vollem Umfang zu erstatten**, als auch künftige Geberleistungen zusätzlich zu den Kompensationszahlungen für die MDRI bereitzustellen (Additionalität). Erklärtes Ziel ist, eine „Dollar für Dollar“ – Kompensation langfristig zu sichern.

Implementierung

Mit der vierzehnten Wiederauffüllung des „weichen Kreditfensters“ der Weltbank (IDA14) im Jahr 2005 wurde das von IWF und Weltbank neu erarbeitete **Debt Sustainability Framework** (DSF) in Kraft gesetzt. Während bisher bei der Bemessung der IDA Ressourcen stets die Reduzierung der gegenwärtigen Schulden eines Landes im Mittelpunkt der länderspezifischen Analysemechanismen stand, sollen sich die Evaluierungsmaßstäbe unter dem neuen Debt Sustainability Framework künftig **präventiv** an der Sicherung einer langfristige Schuldentragfähigkeit ausrichten (forward looking approach). Das DSF soll somit **künftige Schuldenkrisen verhindern**, indem es nicht nur Schuldenerleichterung unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht, sondern auch **Kriterien zur Vergabe neuer Kredite** und zum Verhältnis von Krediten und Zuschüssen bei der Mittelallokation durch IDA festlegt. Der Entscheidung über die Art der Neuvergabe finanzieller Mittel liegt eine sog. „**Schuldentragfähigkeitsanalyse**“ (DSA) zugrunde. Sie entscheidet darüber, in welcher Form finanzielle Mittel vergeben werden. Die DSA **ergänzt** dabei den bereits existierenden Bewertungsrahmen von IDA, das so genannte „**Country Performance and Institutional Assessment**“

(CPIA), das bisher der Mittelvergabe zugrunde lag. Das neue DSF dient also dazu, die DSA und CPIA in einer konsistenten Strategie zur Vergabe von Geldern zusammenzuführen. Beide Evaluierungsinstrumente werden nachfolgend erklärt.

Einschätzung der Leistungen und der Institutionen der Partnerländer – das CPIA Rating

Ausgehend von dem breit anerkannten **Prinzip, dass begrenzte Ressourcen dort den besten Entwicklungserfolg erzielen, wo Leistungen und Institution der Partnerländer angemessen sind**, ermittelt die Weltbank in einem weltweiten Vergleich ein Ranking der IDA – Partnerländer. Das „Country Performance and Institutional Assessment“ (CPIA) soll bewerten, was tatsächlich implementiert und nicht, was geplant wurde. So wird z.B. nicht die Verabschiedung eines Landreformgesetzes, sondern dessen Umsetzung gewürdigt. Kernfrage ist, ob die angewandten Politiken im **Verhältnis zum Entwicklungsstand** des jeweiligen Landes angemessen sind. Dies lässt trotz eines niedrigen Entwicklungsstandes eine hohe CPIA-Einstufung zu und ermöglicht ein länderspezifisches Vorgehen. Faktoren, die außerhalb der Einflussphäre der Partnerländer liegen, wie beispielsweise Naturkatastrophen, sollen dementsprechend ausgeblendet, und die Bewertung ausschließlich auf die Einflussmöglichkeiten des Landes abgestellt werden.

Die Auswahl der Kriterien des CPIA spiegelt das Mandat der Weltbank wider, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung zu fördern. Entsprechend werden das wirtschaftliche Management eines Landes, seine Struktur- und Sozialpolitiken sowie die Gestaltung seines öffentlichen Sektors beurteilt.

Bei der Bewertung der CPIA Kriterien gibt es für die Länderteams der Weltbank einen Ermessensspielraum. So wird beispielsweise bei der makroökonomischen Einschätzung die allgemein anerkannte Auffassung zu Grunde gelegt, dass ein unangemessenes Haushaltsdefizit der Entwicklung eines Landes abträglich ist. Es verbleibt jedoch bei der individuellen Einschätzung der Länderteams der Weltbank, ob die Haushaltspolitik eines Landes angemessen das Problem des Haushaltsdefizits adressiert.

Durch Anwendung der CPIA-Ergebnisse, kombiniert mit einem länderspezifischen „Governance-Faktor“, wird mit einer komplizierten Formel ein „Rating“ ermittelt. Dabei trägt mit rund 68% entscheidend die „**Güte der Regierungsführung**“ zum „IDA-Länder-Performance-Rating“ bei. Das CPIA Rating wird dann ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes und seinem Pro-Kopf-Nationaleinkommen gesetzt, um so die IDA-Länderallokation zu bestimmen.

Bemerkenswert ist, dass die gemäß CPIA aufwändig ermittelte Länderallokation für das Management der Weltbank letztlich nur eine Empfehlung darstellt. Das entsprechende Land hat keinen einklagbaren Rechtsanspruch auf die errechnete Allokation. Je nach Qualität der vorliegenden Projektvorschläge kann das Management der Weltbank auch abweichende Mittelvolumina zur Genehmigung vorlegen.

Schuldentragfähigkeitsanalyse (DSA)

Der Bestimmung der landespezifischen Kredit- und Zuschussverhältnisse ist eine **Schuldentragfähigkeitsanalyse**, die so genannten **Debt Sustainability Analysis** (DSA) vorangeschaltet. An den Ergebnissen der DSA sollen künftig auch die Länderstrategien (Country Assistance Strategie, CAS) der Bank ausgerichtet werden. Das Ergebnis der DSA entscheidet darüber, ob die länderspezifischen Mittel in Form nicht-rückzahlbarer Zuschüsse (grant) oder in Form von Krediten (credit) vergeben werden. Diese Entscheidung anhand der DSA Analyse ist mit einem **Ampelmechanismus** verbunden. Die Schuldentragfähigkeit, bzw. das Risiko einer künftigen Verschuldung wird in drei Gruppen eingeteilt: Gibt die DSA „grünes Licht“, so besteht nur ein geringes Risiko für eine künftige Überschuldung und das Land wird als 100% kreditfähig eingestuft. Springt die Ampel auf „Gelb“, so besteht ein mittleres Schuldenrisiko und die länderspezifischen Mittel werden zu 50 % in Form von Krediten und zu 50% in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse gewährt. Steht die Ampel auf „Rot“, besteht ein hohes Risiko für eine künftige Überschuldung. In diesem Fall werden dem Land ausschließlich Zuschüsse gewährt.

Nicht rückzahlbare Zuschüsse und Kredite unterscheiden sich aber nicht nur durch ihre Rückzahlungsmodalitäten, sondern auch anhand ihres **Finanzvolumens**. Das Finanzvolumen eines nicht rückzahlbaren

Zuschusses ist grundsätzlich um 20% geringer als das Finanzvolumen, das das jeweilige Land im Rahmen eines Kredites ausschöpfen könnte. Durch die Verringerung des Finanzvolumens bei nicht rückzahlbaren Zuschüssen ist ein Anreiz für die Empfängerländer gegeben, eine positive Länderbeurteilung zu erlangen und Reformen durchzuführen. Hierbei gilt es zu bedenken, dass IDA-Kredite einen Zuschussanteil von rund 60% aufweisen.

Die Mittelallokation mit Hilfe der vorgeschalteten DSA Analyse soll die Überschuldung von Kreditnehmerländern von Vorneherein verhindern und dabei gleichzeitig ihre Umsetzungsleistungen (performance) belohnen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer „*performance based allocation*“ (PBA), d.h. einer Bemessung der Mittelzuweisung gemäß eines Bewertungsschemas, bei dem „**Gute Regierungsführung**“ das zentrale Allokationskriterium darstellt.

Während die im Rahmen der HIPC-Initiative durchgeführte Prüfung der Schuldentragfähigkeit lediglich auf den jeweils aktuellen Schuldenstand der Länder ausgerichtet war, ist die Analyse der Schuldentragfähigkeit unter dem MDRI Programm **vorausschauend** auf die **Vermeidung einer möglichen künftigen Überschuldung** ausgerichtet.

„Trittbrettfahrer“ (*free rider*) Problematik

Bezogen auf die HIPC Entschuldungsinitiative und in nochmals verstärktem Maße bezogen auf MDRI wird unter dem Begriff „Trittbrettfahrerverhalten“ die Problematik erfasst, dass sowohl Schuldnerländer als auch Gläubiger ungerechtfertigte finanzielle Vorteile aus einer Entschuldung ziehen können. Dabei geht es vor allem darum, dass aufgrund der Existenz von HIPC und MDRI private Gläubiger einen **Anreiz erhalten, auch Ländern mit hohem Schuldenrisiko kommerzielle Kredite anzubieten**, da ihr individuelles Kreditrisiko eines Staatsbankrotts des jeweiligen Landes durch die Existenz von HIPC und MDRI gesenkt wird bzw. das jeweilige Land durch eine entsprechende Intervention vor dem Staatsbankrott bewahrt wird. Auf der anderen Seite könnten Partnerländer, die Entschuldung im Rahmen von HIPC oder MDRI genießen, den durch die Entschuldung entlasteten Staatshaushalt dazu verwenden, neue kommerzielle Kredite auf-

zunehmen, die keiner Konditionalität unterliegen und nicht für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden müssten. Zur Zeit werden von IDA und IMF Vorschläge ausgearbeitet, um die gegenwärtigen Anreizstrukturen zu verändern. Das Problem ist bisher jedoch noch nicht befriedigend gelöst, da in eine langfristige Lösung alle wesentlichen Kreditgeber einzubeziehen wären.

2.3 Erneuerbare Energien

Neues Rahmenwerk: Zur Weltbank-Jahrestagung 2006 in Singapur wird die Weltbank dem Entwicklungsausschuss (DC) ein neues Rahmenwerk „*Clean Energy Investment Framework*“ vorlegen. Darin soll die Energie- und Klima-Agenda umfassend angegangen werden, und zwar:

- der Zugang zu nachhaltiger Energie für die ärmsten Länder, die verstärkte Orientierung auf erneuerbare Energien für die Schwellenländer und
- die Bekämpfung des Klimawandels und die Adaption der betroffenen Länder an die bisherigen Auswirkungen des Klimawandels.

Mit der Vorlage des „*Clean Energy Investment Framework*“ folgt die Weltbank der Aufforderung durch die G8 (G8-Gipfel in Gleneagles 2005), ihre Ressourcen stärker in diesem Bereich einzusetzen und ein geeignetes Rahmenwerk zu entwickeln, welches die notwendigen Investitionen in diesem Sektor steuert.

Zusagen im Bereich erneuerbare Energien: Im Zuge der internationalen Konferenz zum Thema „*Renewable Energy and Energy Efficiency*“ 2004 in Bonn (www.renewables2004.de), die von der Bundesregierung veranstaltet wurde, hatte die Weltbank zugesagt, ihr Engagement in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz über einen Zeitraum von fünf Jahren um jährlich 20% zu erhöhen. Für die Umsetzung damit zusammenhängender Aktivitäten entwickelte die Weltbank einen „*Renewable Energy Action Plan*“.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr 2006 (Juni 2005–Juli 2006) hat die Weltbankgruppe insgesamt Neuzusagen in Höhe von 680 Mio. US-\$ für Projekte der regenerativen Energie und Energieeffizienz gemacht.

Dies entspricht einer Steigerung von fast 50 % gegenüber dem Vorjahr, und mehr als das Doppelte der 2004 in Bonn zugesagten Aufstockung. Dies umfasst die Zusagen der gesamten Weltbankgruppe, also IBRD/IDA, IFC, MIGA, aber auch „Carbon Finance Operations“ und Kofinanzierungen durch den GEF, und zwar im Einzelnen:

- 490 Mio. US-\$ für Vorhaben zur Verbesserung der Energieeffizienz,
- 190 Mio. US-\$ für erneuerbare Energien – Wind, Solar, Biomasse, Geothermische Energie (80 % der Neuzusagen), und Wasserkraft bis zu einer Kapazität von 10 Megawatt pro Anlage (20 %),
- Zudem Zusagen in Höhe von 192 Mio. US-\$ für Wasserkraftwerke mit einer Kapazität über 10 Megawatt pro Anlage.

Darüber hinaus leistet das „Energy Sector Management Assistance Programme (ESMAP)“ (www.esmap.org), einen wertvollen Beitrag bei der technischen Unterstützung der Entwicklungsländer, z.B. um entsprechende Sektorpolitiken zu verbessern und potentielle Investitionen in erneuerbaren Energien und Energieeffizienz identifizieren. ESMAP ist ein Treuhandfonds mehrerer Geber, der bei der Weltbank angesiedelt ist und von Deutschland mit 3,5 Mio. EU (2005–2008) gefördert wird.

Die Zusammenarbeit mit Deutschland wurde darüber hinaus auch durch die Entsendung eines deutschen Energie-Experten in die entsprechende Fachabteilung der Weltbank vertieft. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit dem von Deutschland unterstützten internationalen Fachverbund „*Renewable Energy Policy Network for the 21st Century*“ gefördert.

Steigender Ölpreis und Frage der Atomenergie: Wegen des steigenden Ölpreises, des unzureichenden Zugangs von ca. 2 Milliarden armer Menschen weltweit zu Energie und der Folgen des Klimawandels drängt Deutschland weiterhin auf den Einsatz ressourcenschonender, klimafreundlicher und kostengünstiger Technologien der Energieversorgung. Gleichzeitig muss die Weltbank gerade bei Großprojekten in diesem Sektor auf die Anwendung der Umwelt- und Sozialstandards (*Safeguards*) achten.

Auf das Problem der steigenden Energiepreise hat **Bundesministerin Wieczorek-Zeul** während der Weltbank-Frühjahrstagung 2006 deutlich hingewiesen. Die gestiegenen Ölpreise haben zum Teil dramatische

Auswirkungen auf die Energieversorgung und Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer. Die Mehrausgaben für erdölimportierende Entwicklungsländer konterkarieren die entwicklungspolitischen Anstrengungen und auch die Bemühungen um Schuldenerlass für arme Länder. Sie erschweren daher die Erreichung der globalen Entwicklungsziele (MDG).

Obwohl der Weltenergieverbrauch bis 2030 um 50% ansteigen wird, stellt die **Kernenergie** wegen der Fülle der ungelösten Probleme und verbundenen Risiken jedoch **keine Alternative** dar. Der Nutzen der Energieversorgung muss abgewogen werden gegenüber dem weiterhin ungelösten Problem der Entsorgung hochgiftiger Nuklearabfälle, der Risiken für potentiellen Missbrauch für nicht-friedliche Zwecke, sowie Unfällen oder kriegerischen bzw. terroristischen Angriffen. Deutschland sieht daher weiterhin keine aktive Rolle der Weltbankgruppe in diesem Bereich.

2.4 "Good Governance" und Korruptionsbekämpfung

Schon früh nach Amtsantritt des neuen Weltbank-Präsidenten Paul Wolfowitz wurde deutlich, dass der **Stärkung von guter Regierungsführung** (*good governance*) in Partnerländern und der Korruptionsbekämpfung sein Hauptaugenmerk gilt – in Weiterführung der von Jim Wolfensohn bereits ins Leben gerufenen Initiative in diesem Bereich.⁵ Wiederholt wies Paul Wolfowitz auf seine in Indonesien als amerikanischer Botschafter gemachten Erfahrungen hin, die ihm die Bedeutung von guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung für Entwicklungsprozesse eines Landes vor Augen geführt hätten. So war es nicht erstaunlich, dass er seine erste programmatische Rede „*Good Governance and Development: A Time for Action*“ im April 2006 in Jakarta hielt.

Governance wurde als herausgehobenes Thema im Rahmen der Behandlung des Global Monitoring Report 2006⁶ der Weltbank bei

⁵ Eine erste umfassende Strategie der Bank wurde im September 1997 vorgelegt „Helping Countries Combat Corruption: The Role of the Bank“ und im Jahr 2000 u.a. ergänzt durch „Reforming Public Institutions and Strengthening Governance: A World Bank Strategy“

⁶ Global Monitoring Report 2006: Strengthening Mutual Accountability – Aid, Trade and Governance

der Frühjahrstagung 2006 diskutiert. Um der entwicklungspolitisch außerordentlich wichtigen aber auch komplexen und politisch sensiblen Good Governance Agenda eine konkrete und umsetzbare Gestalt zu geben, forderten die Gouverneure anlässlich der Frühjahrstagung die Weltbank auf, ein **strategisches Rahmenwerk** zur Jahrestagung 2006 in Singapur vorzulegen.

Die Diskussionen im Exekutivdirektorium um das strategische Rahmenwerk der Bank zu guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung („Strengthening Bank Group Engagement on Governance and Anticorruption“) hat breiten Raum eingenommen. Die Diskussionen wurden durchaus **kontrovers geführt**, da viele Entwicklungsländer anfangs befürchteten, dass der Entwicklungsauftrag der Weltbank in den Hintergrund gerückt werden würde und die Weltbank sich nunmehr darauf konzentriere, bestimmte Formen der Regierungsführung durchzusetzen, was weder von ihrem Mandat gedeckt sei, noch mit der Souveränität von Staaten im Einklang stände.

Das Anliegen vieler Geberländer – einschließlich der Bundesregierung – war hingegen, sicherzustellen, dass ein konsistentes, auf Gleichbehandlung der Partnerländer beruhendes und mit transparenten und klaren Kriterien ausgestattetes Rahmenwerk erstellt wird, das auf den gewonnenen Erfahrungen der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit aufbaut.

Auf Drängen der Anteilseigner wurden dem Exekutivdirektorium schon die ersten Konzeptionen und Entwürfe des neuen Rahmenwerkes vorgelegt. Die Strategie der Weltbank soll danach entlang von drei Säulen entwickelt werden:

- **Aufbau leistungsfähiger und transparent agierender staatlicher Institutionen** durch bessere und konsistentere Verankerung von Governance und Korruptionsbekämpfung in den Länderstrategien (CAS) der Bank, unter anderem auf Grundlage vertiefter Analyse und Risikoeinstufung, breit angelegte Unterstützungsleistungen unter Einschluss von Parlament, Zivilgesellschaft, Medien und Privatsektor.
- Systematische **Bekämpfung der Korruption in weltbankfinanzierten Vorhaben** durch verbessertes Projektdesign, risikosensible Überwachung der Implementierung und bessere Verzahnung der Arbeiten operativer Einheiten mit dem „*Department of Institutional*

Integrity“ (eine direkt dem Präsidenten berichtende interne Überwachungsabteilung der Bank).

- Ausbau der **Partnerschaften** sowohl auf **Länderebene**, insbesondere bilateralen Gebern und Regionalbanken, als auch auf **globaler Ebene** mit Blick auf Geldwäschebekämpfung und Wiederbeschaffung veruntreuter Vermögenswerte oder Initiativen wie Extractive Industries Transparency Initiative, Global Integrity Alliance oder Global Organization of Parliamentarians Against Corruption.

Der offene und kontinuierliche, wenn auch kontroverse Meinungsaustausch zwischen Exekutivdirektorium und dem Management über die einzelnen Facetten des Rahmenwerkes sollte sicherstellen, dass die Anliegen des Exekutivdirektoriums und somit der Anteilseigner der Weltbank hinreichende Berücksichtigung finden und der von den Gouverneuren für die kommende Jahrestagung 2006 in Singapur erteilte Auftrag erfüllt wird. Hierbei konnte das deutsche Weltbankbüro gemeinsam mit den anderen europäischen Vertretern seine Forderungen nachhaltig zum Ausdruck bringen. **Anliegen der Bundesregierung ist der Ausbau der Zusammenarbeit der Weltbank mit den Partnerländern im Bereich guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.** Nachhaltige Entwicklung erfordert sowohl den Aufbau leistungsfähiger Staaten als auch Kontrolle staatlicher Gewalt, gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Leistungen und Teilhabe am Wirtschaftsleben. Mit Blick auf die Weltbank als multilaterale Finanzinstitution gilt es jedoch, in diesem Zusammenhang folgendes sicherzustellen:

- Grundsätzliches Bestreben nach kontinuierlichem und den spezifischen Länderbedingungen angepasstes **Engagement in allen Mitgliedsstaaten** auf Grundlage transparenter und klarer Kriterien.
- Einbettung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung in den allgemeinen **Auftrag der Armutsbekämpfung.**
- **Korruptionsbekämpfung** als einen wichtigen aber nicht ausschließlichen **Teil der komplexen Good Governance Agenda** voranzutreiben; Korruption ist kein Synonym für schlechte Regierungsführung, sondern deren Symptom.

- Berücksichtigung einschlägiger **internationaler Konventionen** wie der UN Convention Against Corruption oder der OECD Anti-Bribery Convention.
- Sicherung der „**ownership**“ der Partnerländer, unter anderem durch Heranziehung der ländereigenen Armutsbekämpfungsstrategien und Aufbau lokaler Kapazitäten.
- Fokussierung auf **Stärkung von Ländersystemen** und nicht nur Sicherung und Überwachung von einzelnen Operationen der Bank.
- **Keine Aushöhlung** des im Rahmen von IDA geschaffenen klaren und die Regierungsführung der einzelnen Länder berücksichtigenden **Systems für die Mittelallokation** („IDA Performance Based Allocation“).
- Einbindung des **Privatsektors** als Wachstumsmotor einerseits aber auch als potentieller Beteiligter an Korruption andererseits u.a. durch Förderung transparenter und wettbewerbsorientierter Rahmenbedingungen.
- Entwicklung innovativer **sektorspezifischer Initiativen** z.B. im Finanz-, Infrastruktur- und Gesundheitssektor zur Förderung von Transparenz ähnlich der „Extractive Industries Transparency Initiative“ oder dem „Forest Law Enforcement and Governance“ Prozess.
- Fokussierung auf die **komparativen Vorteile** der Weltbank bei gleichzeitiger **Koordinierung** mit Regionalbanken und **Kooperation** mit anderen Gebern wie EU und bilateralen Gebern, die in politisch geprägten Bereichen von Regierungsführung tätig werden können.
- Adäquater **Konsultationsprozess** mit dem Exekutivdirektorium bei Kürzung oder Suspendierung der finanziellen Zusammenarbeit aufgrund schlechter Regierungsführung einschließlich Korruptionsvorfällen.

Die Diskussion der überarbeiteten Strategie durch die Gouverneure auf der Jahrestagung im September 2006 in Singapur wird weitere Impulse für deren Weiterentwicklung in konzeptioneller wie operativer Hinsicht geben.

3

Grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2006

3.1 Africa Action Plan

Afrika südlich der Sahara stellt die Entwicklungszusammenarbeit allgemein, wie auch die der Weltbank, vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Erreichung der „Millennium Development Goals“ (MDG). Hauptinstrument der Weltbank in der Zusammenarbeit mit Sub-Sahara Afrika sind die von IDA zu Verfügung gestellten hoch konzessionären Kredite und nicht rückzahlbare Zuschüsse, die entsprechend der „**Performance**“ (*IDA Performance Based Allocation System, PSIA*) und der **Schuldentragfähigkeit** (*Debt Sustainability Framework*) der jeweiligen Partnerländer gewährt werden.

Das Exekutivdirektorium setzte sich erstmalig im Februar 2004 für zwei volle Tage zusammen, um die Entwicklungsanforderungen Sub-Sahara Afrikas zu diskutieren. Dort wurde neben der Bedeutung von sektoralen Themen wie Gesundheit und Infrastruktur die Notwendigkeit des Aufbaus von „leistungsfähigen Staaten“ durch Unterstützung von guter Regierungsführung, Verbesserung des Investitionsklimas und Aufbau von personellen wie institutionellen Strukturen erörtert. Die Weltbank wurde aufgefordert, die laufende Zusammenarbeit mit Ländern südlich der Sahara zu überprüfen und darzulegen, wie künftig den Entwicklungs Herausforderungen noch wirksamer begegnet werden könne.

Entsprechend dieser Aufforderung fand im Februar 2005 ein „Regional Briefing“ zu Afrika statt. Diese Diskussion nahm unter anderem der deutsche Exekutivdirektor zum Anlass, die Bank aufzufordern, genauer darzulegen, wie die Zusammenarbeit der Weltbank mit Afrika künftig

strategisch zu gestalten sei. Die Dringlichkeit der Erreichung von Entwicklungsfortschritten, insbesondere hinsichtlich der MDG, bewog die Gouverneure der Weltbank anlässlich der Frühjahrstagung 2005, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und im Communiqué der Frühjahrstagung die Erstellung eines ambitionösen Aktionsplans für Afrika zu verankern.

Gemäß der Aufforderung der Gouverneure hat die Weltbank zur Jahrestagung 2005 einen ehrgeizigen „Africa Action Plan“ (AAP) vorgelegt, der sicherstellen soll, dass ODA Mittel der internationalen Gemeinschaft effektiv genutzt werden. Er greift hierfür die wesentliche Aspekte auf, die derzeit international zur Afrikapolitik diskutiert werden und formuliert eine neue Initiative zur Stärkung der Entwicklungspartnerschaft mit Afrika. Der AAP der Weltbank konzentriert sich hierbei auf **fünf prioritäre Handlungsbereiche** sowie die Schaffung **eines zusätzlichen Instrumentes**:

- Verstärkte Ergebnisorientierung bei Partnern und Weltbank
- Aufbau leistungsfähiger Staaten und Stärkung der Regierungsführung
- Wachstumsförderung (Politikdialog, Förderung des Privatsektors, Exportförderung, Aufbau von Infrastruktur, Unterstützung der regionalen Integration, Landwirtschaft, Sekundar- und Tertiärbildung)
- Partizipation und Teilhabe am Wachstum durch „shared growth“ (Anbindung der Armen an Märkte durch ländliche Infrastruktur, Bekämpfung von Malaria und HIV/Aids, Primärbildung, Förderung der Erreichung des Gender-MDG)
- Stärkung der Partnerschaften auf Länderebene und Vorantreiben der Geberharmonisierung
- „Scaling-up“, d.h. Steigerung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit durch Schaffung eines neuen Finanzierungsmechanismus insbesondere für solche Maßnahmen und Institutionen, die eine positive Wirkung über nationale Grenzen hinaus entfalten.

Der AAP wurde auch **von der Bundesregierung begrüßt**, da die Weltbank damit ihrer Aufgabe gerecht wird, eine wesentliche Rolle bei

der Erreichung der MDG in Afrika zu spielen. Gleichzeitig hat sie jedoch betont, dass bei der Umsetzung des AAP die Einbeziehung der Partnerländer nicht vernachlässigt werden darf, um die „**ownership**“ der Partnerländer und somit auch den Erfolg des Aktionsplans sicherzustellen. So hat die deutsche Seite erfolgreich darauf gedrungen, dass bei der Umsetzung und dem Monitoring auch das Africa Partnership Forum einbezogen wird. Ferner hatte das deutsche Weltbankbüro schon im Vorfeld der Jahrestagung erreicht, dass den Aspekten „Governance“ und „Gender“ angemessene Aufmerksamkeit im Rahmen des AAP geschenkt wurde.

Die Gouverneure forderten bei der Jahrestagung die Bank auf, den im Rahmen von „Scaling-up“ vorgeschlagenen neuen Finanzierungsmechanismus stärker analytisch zu untermauern und konkreter auszugestalten, wobei Konsistenz mit dem bestehenden IDA Allokationssystem sicherzustellen sei.

Die Weltbank hat daraufhin den Vorschlag für die Einrichtung eines „**Africa Catalytic Growth Fund**“ (ACGF) vorgelegt, der vom Exekutivdirektorium im Februar 2006 gebilligt wurde. Angestrebt wird ein Volumen von 1 Mrd. US-\$. Großbritannien hatte hierzu bereits einen Beitrag in Höhe von 200 Mio. £ angekündigt. Der ACGF zielt entlang des ursprünglichen Vorschlages ab auf die Unterstützung von: 1. „high performing countries“ zur Überwindung von klar identifizierbaren Wachstumshemmnissen, 2.) „turn arounds“, d.h. Ländern die positive Transformationsprozesse aufweisen (makroökonomischer oder politischer Natur) und 3.) Förderung regionaler Integration durch regionale Initiativen. Der ACGF soll hierbei als **komplementäres Instrument zu IDA** eingesetzt werden.

Im Rahmen der neu belebten strategischen Überlegungen zu Afrika spielte von Beginn an der Aufbau von personellen und institutionellen Kapazitäten eine überragende Rolle. Um die sog. „**Capacity Building**“ Maßnahmen besser gestalten zu können, hat die Weltbank schon vor Erstellung des AAP im November 2004 eine Task Force zu „Capacity Building in Africa“ unter Leitung des ehemaligen Weltbank Vizepräsidenten für Afrika, Callisto Madavo, eingesetzt, deren Analyse und Ergebnisse in die Umsetzung des Afrika Aktionsplan einfließen sollen. Im September 2005 legte die Task Force ihren Bericht „Building

Effective States, Forging Engaged Societies“ vor, der konkrete Handlungsempfehlungen für die Weltbank enthält. So wurde empfohlen:

- Eingehende Analyse der ländereigenen Kapazitäten im Rahmen der Länderstrategien (CASs) und entsprechend maßgeschneiderte Unterstützungsleistungen zum Aufbau fehlender Kapazitäten.
- Anwendung von Ländersystemen („use of country systems“) zur Unterstützung der „ownership“, Vermeidung des Unterlaufens bestehender Kapazitäten durch parallele Strukturen.
- Verbesserte Ergebnisorientierung und Stärkung der Monitoring- und Evaluierungskapazitäten der Partnerländer.
- Stärkere Fokussierung auf Kapazitätsaufbau als Kernaktivität der Bank. Dies ist eine Forderung, die bereits in der im März 2005 erstellten Evaluierung der Independent Evaluation Group in ihrem Bericht „World Bank Support for Capacity Building in Africa“ formuliert wurde.
- Mehr und besser abgestimmte Unterstützungsleistungen für Aufbau von Kapazitäten (zusätzliche Ressourcen, Unterstützung regionaler Initiativen, bessere Harmonisierung der Geber).

Flankiert wurde der Bericht der Task Force durch eine weitere Analyse der Bank vom September 2005 „Capacity Enhancement through Knowledge Transfer – A Behavioral Framework for Reflection, Action and Results“, die sich auf Heranziehung und Ausbau lokalen Wissens zur effektiveren Gestaltung von *Capacity Building* Maßnahmen konzentriert.

Aufbauend auf diesen analytischen Arbeiten hat die Weltbank, auch auf Druck der Bundesregierung, die dem Aufbau von personellen und institutionellen Kapazitäten in der Entwicklungszusammenarbeit herausragende Bedeutung beimisst, einen Management Aktion Plan ausgearbeitet, der im September 2006 im Exekutivdirektorium diskutiert werden soll.

3.2 Weltentwicklungsbericht 2007

Der Weltentwicklungsbericht 2007 „*Development and the Next Generation*“ beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle den 1,2 Milliarden jungen Menschen zwischen 12 und 24 Jahren im weltweiten

Entwicklungsprozess zukommt. Der Bericht geht von der Erkenntnis aus, dass gegenwärtig in vielen Entwicklungsländern ein einmaliges **demographisches „window of opportunity“** existiert, da der etwa aus den Ländern Europas bekannte demographische Alterungsprozess in diesen Ländern noch nicht begonnen hat.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der hohe Bevölkerungsanteil junger Menschen auf der einen Seite **Risiken** birgt, auf der anderen Seite aber eine große **Chance** für Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung in den jeweiligen Ländern darstellt. Wenn die Erwartungen und Hoffnungen der Jugend nicht angemessen berücksichtigt und erfüllt werden, bestehe die Gefahr gesellschaftlicher Desintegration und sozialer Unruhe. Wird das Potenzial junger Menschen hingegen für den Entwicklungsprozess genutzt, so ergeben sich große Entwicklungschancen. Um diese Chancen zu nutzen, muss gezielt in Bildung, Gesundheit und die berufliche, soziale und politische Integration der jungen Menschen investiert werden.

Der Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenleben stellt individuell und, angesichts der demographischen Proportionen in Entwicklungsländern auch als kollektiver Prozess, eine Herausforderung dar. Der Bericht beschäftigt sich ausführlich mit den verschiedenen Aspekten dieses Übergangs (Übergang von der Schule auf den Arbeitsmarkt, Familiengründung, Übergang zum Staatsbürger, Wahl des individuellen Lebensstils . . .)

Der Weltentwicklungsbericht 2007 widmet sich mit der Gruppe der jungen Menschen einer gesellschaftlichen Zielgruppe, die für die globale Zukunft auf allen Kontinenten von großer Relevanz ist: Fast alle Millenniumsziele beziehen sich direkt oder indirekt auf Jugendliche. Die Bundesregierung misst diesem Thema ebenfalls große Bedeutung bei und hat die Erstellung des WDR 2007 durch verschiedene Beiträge unterstützt.

3.3 Weiterentwicklung der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2006

Die Weltbank-Gruppe hat für ihre Investitionsvorhaben hohe anerkannte **Umwelt – und Sozialstandards**, die so genannten „**Safeguards**“ entwickelt, die dem Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor negati-

ven Auswirkungen durch Vorhaben der Weltbank-Gruppe dienen. Sie regeln ferner Fragen von Konsultationen, Schlichtungsverfahren und Kompensationsleistungen. Letztlich sollen durch die Einhaltung der Standards die Qualität der Operationen im Sinne eines Beitrages zur nachhaltigen Entwicklung und somit die Effektivität („*aid effectiveness*“) verbessert und durch Partizipation der betroffenen Bevölkerung am Projektdesign die „ownership“ der lokalen Bevölkerung gestärkt werden.

Ersatz der IFC-Safeguards durch neue Performance Standards

Die IFC hat das eigene „Safeguards“ System, das vergleichbar mit dem von IBRD/IDA ist, in diesem Finanzjahr vollständig überarbeitet, um ihrem Tätigkeitsbereich – der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor – besser Rechnung tragen zu können. Anstoß hierfür gab vor allem das Büro des unabhängigen „*Compliance Advisor / Ombudsman*“ (CAO), der die Umsetzung und Wirkung der „Safeguards“ für IFC und MIGA überprüft.

Im Rahmen der Revision hat die IFC einen umfangreichen Konsultationsprozess durchgeführt, der u.a. regionale Konsultationen in Brasilien, Philippinen, Kenia und Türkei sowie themenspezifische Workshops umfasste. An den Konsultationen nahmen neben Regierungsvertretern, multi- und bilateralen Finanzinstitutionen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen auch Gewerkschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen und lokale Interessenvertreter wie z.B. Vertreter indigener Bevölkerungsgruppen teil.

Nach mehrfacher Befassung des Exekutivdirektoriums wurde die endgültige Fassung der „**IFC's Policy and Performance Standards on Social and Environmental Sustainability**“ im Februar 2006 gebilligt. Sie ist am 30. April in Kraft getreten⁷: Zielrichtung ist die **Abkehr vom reinen Auflagenansatz („do no harm“) hin zur Verankerung von Umwelt- und Sozialverträglichkeit („do good“)** als integralem und überprüfbarem Bestandteil eines von IFC geförderten Vorhabens. Dies soll zum einen weiterhin hohe Standards sichern und Unternehmen

⁷ Für weitere Informationen siehe: <http://www.ifc.org/ifcext/enviro.nsf/Content/EnvSocStandards>

stärker als zuvor in die Pflicht nehmen. Zum anderen soll die notwendige Flexibilität gewahrt werden, um die Umsetzung der Standards mit den jeweiligen Erfordernissen des Privatsektors sowie der Relevanz der möglichen Auswirkungen für Bevölkerung und Umwelt zu vereinbaren.

Die Bundesregierung hat die Zielrichtung unterstützt, positive Ergebnisse und Wirkungen („outcomes and impacts“) im Umwelt- und Sozialbereich als übergeordnete Ziele und Entwicklungsbeitrag zu verstehen, die die strategische Mittelallokation leiten und den komparativen Vorteil der IFC stärken sollen.

Die Revision der Standards brachte viele entscheidende Neuerungen. Die „**IFC Policy on Social and Environmental Sustainability**“ legt nunmehr explizit die jeweiligen Rollen und Verantwortlichkeiten von IFC und ihrer Kunden fest und regelt vordringlich die Sorgfaltspflichten von IFC. In den „**Performance Standards**“ hingegen werden die zuvor in den Weltbank-Standards enthaltenen Pflichten der Unternehmen aufgegriffen, die künftig für alle IFC-Projekte verbindlich gelten.

Die neue IFC Policy weist der IFC eine umfassende Überprüfungsrolle zu. Überprüft werden insbesondere: 1. die möglichen negativen Auswirkungen eines Vorhabens 2. die Kapazitäten des investitionsbereiten Unternehmens für ein umwelt- und sozialverträgliches Projektmanagement 3. seine bisherigen Leistungen 4. die Rolle Dritter in der Sicherung der Einhaltung der „Performance Standards“.

Die IFC entscheidet auf Grundlage dieser Kriterien, ob eine Zusammenarbeit mit dem betreffenden Unternehmen möglich ist. Zu ermitteln ist auch, ob mit Hilfe der IFC das Unternehmen zusätzliche Kapazitäten aufbauen muss, um die Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Projektes sicherzustellen. Diese Unterstützungsleistung soll einen aktiven Beitrag zu Förderung von „**Corporate Social Responsibility**“ leisten und trägt der geforderten stärkeren Entwicklungsorientierung von IFC Rechnung. Im Rahmen der Projektdurchführung überwacht IFC die Einhaltung der „Performance Standards“ entsprechend eines vom Projektträger festzulegenden Aktionsplans. Hervorzuheben ist weiterhin:

- Die Projekte werden nach der Schwere der möglichen negativen Auswirkungen eingestuft, so dass eine **Projekt-Kategorisierung** beibehalten wird.

- Entsprechend der von der Bundesregierung geforderten Umsetzung der „**Extractive Industries Review**“ verankert IFC das übergreifende **Prinzip der freien, rechtzeitigen und informierten Konsultationen** (*free, prior, informed consultations*, FPIC), das Grundlage für die geforderte **breite Unterstützung des jeweiligen Vorhabens** (*broad community support*) seitens der betroffenen Bevölkerung bildet.
- IFC misst dem **Rohstoffbereich** (*extractive industries*) – ebenso wie dem Bereich **Infrastruktur** – eine besondere Bedeutung bei und unterwirft diesen Sektor besonderen Anforderungen, die die Bundesregierung ausdrücklich begrüßt hat. So überprüft IFC zusätzlich das „Governance“ Risiko im betreffenden Partnerland und nimmt eine Kosten-Nutzen Analyse unter diesem Gesichtspunkt vor. IFC trägt damit zu Transparenz von Einkommensverwendung aus der Rohstoffindustrie bei und fordert, dass investitionsbereite Unternehmen ihre Zahlungen an die Regierung des Partnerlandes sowie Vereinbarungen, die im öffentlichen Interesse liegen, offen legen.
- Das neue interne Instrument der „**Environmental and Social Review Procedure**“ gibt dem IFC Personal Richtlinien zur Umsetzung des neues Rahmenwerkes vor, insbesondere für die Überwachung der Einhaltung der „Performance Standards“ seitens der Unternehmen.

Die von den Unternehmen zu beachtenden acht neuen „**Performance Standards**“⁸ (PS) sind von der Grundüberlegung getragen, dass IFC Kunden über effektive Management Systeme verfügen müssen, die es ihnen erlauben, sozialen und umweltbezogenen Risiken entgegenzuwirken. Sie sollen als ein integraler Bestandteil des „Business Model“ verstanden werden. Die PS regeln auch die speziellen Veröffentlichungspflichten der Unternehmen. Die einzelnen Performance Standards enthalten folgende hervorzuhebenden Neuerungen:

- Neben den durchgängig eingeführten bereits genannten Prinzipien der FPIC und der breiten Unterstützung der betroffenen Bevölkerung

⁸ PS 1: Social and Environmental Assessment and Management System, PS 2: Labor and Working Conditions, PS 3: Pollution Prevention and Abatement, PS 4: Community Health, Safety and Security, PS 5: Land Acquisition and Involuntary Resettlement, PS 6: Biodiversity Conservation and Sustainable Resource Management, PS 7: Indigenous Peoples, PS 8: Cultural Heritage

- wird die **Mitsprache von Anwohnern auch nach Projektbeginn** durch einzurichtende Beschwerdeausschüsse gesichert,
- IFC greift erstmalig, wie von der Bundesregierung mehrfach gefordert, **alle vier Kernarbeitsnormen** der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf. Bisher gab es nur IFC Politiken zu Zwangs- und Kinderarbeit, nicht aber zu Nicht-Diskriminierung und zur gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit sowie dem Recht auf Kollektivverhandlungen,
 - Erstmals werden die Unternehmen aufgefordert, Auswirkungen des Projektes auf Gesundheit und Sicherheit der **benachbarten**, nicht vom Projekt selbst **betroffenen Gemeinden** zu berücksichtigen,
 - Die Tätigkeit von **Sicherheits- und Wachdiensten** privater Projektbetreiber wird erstmals geregelt,
 - Im Rahmen der Vermeidung von schädlichen Umweltwirkungen werden IFC-Kunden gehalten, nicht nur **Emissionen zu vermeiden** oder zu verringern, sondern auch den mit dem Projekt verbundenen **Ausstoß von Treibhausgasen zu quantifizieren**,
 - Der Schutz von **Biodiversität** wird umfassend verstanden und reicht vom Schutz von „*Natural Habitat*“, Vermeidung der Invasion fremder Spezien, bis hin zur nachhaltiger Bewirtschaftung aller natürlicher Ressourcen einschließlich des Erfordernisses unabhängiger Zertifizierungen, z.B. im Waldsektor,
 - IFC hat zu den einzelnen „Performance Standards“ detaillierte Implementierungsrichtlinien, die sog. „**Guidance Notes**“ erstellt, die IFC Kunden und IFC Beschäftigten als eine Handreichung für die einheitliche und konsistente Umsetzung der „Performance Standards“ dienen,
 - Die **Richtlinien zu Umwelt, Gesundheit und Sicherheit** (*Environment, Health and Safety (EHS) Guidelines*), die technische Anleitungen in den genannten Bereichen geben sollen, wurden mit Unterstützung des Bundesentwicklungs- und des Bundesumweltministeriums überarbeitet, um sie den neuesten technischen Standards anzupassen. Ein erster Teil der EHS Guidelines ist vor kurzem ins Internet zur Kommentierung eingestellt worden.⁹ Ein zweiter Teil soll bald folgen, um die Revision bis Dezember 2006 abschließen zu können.

⁹ http://www.ifc.org/ifcext/policyreview.nsf/Content/EHSGuidelinesUpdate_Comments

Auf deutscher Seite gab es bezüglich der Revision der IFC Safeguards eine Reihe von Vorbehalten und Bedenken, die in den Diskussions- und Entscheidungsprozess in Washington eingeflossen sind. Die Bundesregierung und das deutsche Weltbankbüro haben sich in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Exekutivdirektoren erfolgreich dafür eingesetzt, dass mit der Überarbeitung **keine Absenkung der Standards erfolgt** und dass auf einschlägige **internationale Abkommen und Konventionen** explizit Bezug genommen wird. Darüber hinaus hat das BMZ der Neufassung der Performance Standards erst zugestimmt, nachdem **wichtige Punkte durchgesetzt** werden konnten:

- So müssen nun **vor** den Konsultationsrunden mit der betroffenen Bevölkerung die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsanalysen **veröffentlicht** werden. Auch das vom Unternehmen daraufhin zu erstellende Managementprogramm (Action Plan) unterliegt der Veröffentlichungspflicht.
- Nach 18 Monaten **wird das neue Rahmenwerk** insbesondere mit Blick auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsanalysen **evaluiert** werden. Hierbei wird die Angemessenheit der Kriterien und deren Anwendung überprüft werden.

Analog zu den früheren Safeguards haben die sog. „Äquator Banken“¹⁰ die neuen IFC Performance Standards im Juli 2006 freiwillig übernommen.

Die IFC hat im Rahmen ihrer Revision der Umwelt- und Sozialstandards gleichzeitig ein neues Konzept zu **Veröffentlichung von Informationen** („Policy on Disclosure of Information“) entworfen. Das neue Konzept legt die Veröffentlichungspflichten von IFC fest und sieht erstmalig die Veröffentlichung eines jährlichen Berichtes über die Leistungen der IFC als Entwicklungsorganisation („**Development Impact Reporting**“) vor. Ebenso übernimmt IFC einen Teil der bereits für die Weltbank im Rahmen der „*Disclosure Policy*“ vereinbarten

¹⁰ 40 private und öffentliche Finanzinstitutionen aus der gesamten Welt, die für 80% des Volumens für Projektfinanzierungen verantwortlich zeichnen

Veröffentlichungspflichten von gemeinsam erarbeiteten Länderstrategien und Protokollen des IFC Exekutivdirektoriums.

MIGA: Übernahme der IFC Performance Standards geplant

MIGA ist nunmehr gehalten, die verabschiedeten neuen „Policy and Performance Standards on Social and Environmental Responsibility“ der IFC auch für ihren Geschäftsbereich umzusetzen und hierfür dem Exekutivdirektorium ein Konzept vorzulegen.

Weiterentwicklung der IBRD / IDA – Safeguards

Die **Weltbank** hat für den Umwelt- und Sozialbereich bisher **10 sog. „Safeguards“**¹¹ entwickelt, die aufbauend auf der Satzung der Bank („Articles of Agreement) aus Verwaltungsvorschriften (Operational Policies, OP) und Verfahrensrichtlinien (Bank Procedures, BP) bestehen und regelmäßig weiterentwickelt und angepasst werden. Zuletzt wurde eine überarbeitete OP/BP zu „Physical Cultural Resources“ vom Exekutivdirektorium verabschiedet, die sicherstellen soll, dass nationale Kulturgüter durch Vorhaben der Weltbank nicht zerstört oder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Anders als beim „**Investment Lending**“, welches jeweils ein klar definiertes Investitionsprojekt zum Gegenstand hat, sind die „Safeguards“ auf das „**Development Policy Lending**“ (Anpassungskredite in Form von Budgethilfe, wie z.B. Poverty Reduction Support Credits, PRSC) nicht anwendbar, da die klare Zuordnung von Weltbankmitteln zu einzelnen Maßnahmen nicht möglich ist. Um im Rahmen des „Development Policy Lending“ jedoch einen den „Safeguards“ gleich-

¹¹ Umwelt („Environmental Assessment“ OP/BP 4.01 von 1999), Natürliche Lebensräume („Natural Habitats“ OP/BP 4.04 von 2001), Wald („Forests“ OP/BP 4.36 von 2002), Pflanzenschutz („Pest Management“ OP/BP 4.09 von 1998), kulturelles Eigentum („Cultural Property“ OP/BP 4.11 von 2006), unfreiwillige Umsiedlung („Involuntary Resettlement“ OP/BP 4.12 von 2002), Indigene Bevölkerung („Indigenous Peoples“ OP/BP 4.10 von 2005), Sicherheit von Dämmen („Safety of Dams“ OP/BP 4.37 von 2001), Umstrittene Gebiete („Disputed Areas“ OP/BP 7.60 von 2001), Internationale Wasserwege („International Waterways“ OP/BP 7.50 von 2001)

wertigen Schutz zu bewirken, wurden verschiedene Analyseinstrumente angepasst bzw. weiterentwickelt, die jeweils das gesamte Land bzw. einen Sektor betrachten.

Bei diesem Ansatz soll der Schutz dadurch gewährleistet werden, dass die Weltbank auf Grundlage von **länder- bzw. sektorspezifischen Analysen** die möglichen Auswirkungen der von ihr unterstützten Reformpolitiken untersucht – im sozialen Bereich z.B. durch eine *Poverty and Social Impact Analysis* (PSIA) und im Umweltbereich z.B. durch Country Environmental Analysis (CEA) und Strategic Environmental Assessment (SEA). Dort, wo signifikante, unerwünschte Effekte erkennbar sind, wird bewertet, ob die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen geeignet sind, den negativen Folgen zu begegnen bzw. positive Effekte zu erzielen. Ist dies nicht der Fall, ist die Weltbank gehalten, die einzelnen Programme entsprechend zu modifizieren.

Das von der Weltbank 1993 geschaffene „**Inspection Panel**“ überwacht als unabhängiges Gremium die Einhaltung der *Safeguards* durch die Bank selbst. Die „*Independent Evaluation Group*“ (IEG) evaluiert die Performance der Empfängerländer bei der Umsetzung der Weltbankvorhaben sowie den Beitrag der Bank zur Entwicklung dieser Länder und spricht Empfehlungen aus, auch hinsichtlich der „Safeguards“.

Kernarbeitsnormen

Im Gegensatz zur IFC verfügt die Weltbank aufgrund der Komplexität der Weltbankaktivitäten noch nicht über einen einheitlichen Standard zu **Kernarbeitsnormen** (KAN).¹² Die Beachtung der KAN kommt jedoch in mehrfacher Hinsicht zum Tragen:

- Die **Weltbank** erkennt die Bedeutung der **vier KAN** im Hinblick auf ihr Mandat der Armutsbekämpfung und Förderung der sozio-

¹² Die von der internationalen Arbeitskonferenz 1998 angenommene „ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work“ legt die sog. **Kernarbeitsnormen** fest, zu denen die **Vereinigungsfreiheit** und Recht zur **Kollektivverhandlungen**, **Verbot der Zwangsarbeit**, Unterbindung der schlimmsten Form der **Kinderarbeit** und **Nicht-diskriminierung** am Arbeitsplatz gehören und die in insgesamt acht Konventionen kodifiziert sind.

- ökonomischen Entwicklung an. Deutlicher als früher hat die Weltbank nunmehr erkannt, dass die Einhaltung der KAN die wirtschaftliche Produktivität erhöhen kann. Seit IDA 12 enthalten die **Länderstrategien** der Bank (CAS) eine Analyse des Arbeitsmarktes und der KAN. Die Länderallokation der IDA Mittel erfolgt zu einem großen Teil aufgrund einer Bewertung der Ländersysteme (*Country Performance and Institutional Assessment*, CPIA), die die Einhaltung der KAN als positives Element wertet. Die Weltbank hat einen „Werkzeugkasten“ (*Toolkit*) entworfen, der die Analyse von KAN im Rahmen der Erstellung der Länderstrategien der Bank leiten soll.
- Im Berichtszeitraum hat die Weltbank die Überarbeitung der Bestimmungen für **Auftragsvergabe** zur Beschaffung von Leistungen (Procurement of Works) im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben abgeschlossen. Im neuen Regelwerk sind nunmehr, wie vom deutschen Exekutivbüro wiederholt gefordert, Bestimmungen zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie zum Vereinigungsrecht und Recht auf Kollektivverhandlungen verankert.
 - In der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich die Weltbank im Übrigen auf drei der vier KAN (Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Diskriminierung). So wird in der Gender Strategie der Bank explizit auf **Anti-Diskriminierungsmaßnahmen** hingewiesen. Die Bank unterstützt aktiv in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) den **Kampf gegen Kinderarbeit**.
 - Auf Länderebene **konsultiert** die Weltbank Gewerkschaften im Rahmen des PRSP und CAS Prozesses und baut die Zusammenarbeit mit der ILO zunehmend aus. Ferner pflegt die Weltbank einen regelmäßigen Dialog mit den Gewerkschaften auf internationaler wie nationaler Ebene.

Insgesamt findet das Thema **Beschäftigungsförderung** und **Kernarbeitsnormen** trotz seiner Bedeutung im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung bisher noch nicht ausreichende Berücksichtigung in den Entwicklungsstrategien der Weltbank. Produktive Beschäftigung ist eine grundlegende Voraussetzung für armutsorientiertes Wachstum. Die Beachtung von Kernarbeitsnormen (KAN) betrifft die qualitative

Dimension von Beschäftigung, wobei oft eine Wechselwirkung mit der quantitativen Dimension besteht: Zusätzliche Arbeitsplätze schaffen z.B. Einkommensmöglichkeiten für Erwachsene und erleichtern die Abschaffung von Kinderarbeit. Das Verbot der Zwangsarbeit wie auch das Gebot der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz beinhalten neben menschenrechtlichen Grundsätzen den Aspekt der gleichen Verteilung und Teilhabe am Entwicklungsprozess. Das Recht auf Kollektivvereinbarungen und gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit ist ein Instrument zur wirkungsvollen Partizipation und Sicherung von Arbeitnehmerrechten, die die Qualität des Entwicklungsprozesses mitgestalten.

Insbesondere die Förderung der Einhaltung der KAN durch Beschäftigungsförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist Bestandteil der **Zielsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**, menschenwürdige Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern herzustellen und die Menschenrechte als Beitrag zur Armutsminderung zu fördern. Der Bereich **Beschäftigungsförderung** gewinnt im Tätigkeitsbereich der Weltbank zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen der neuen **Kreditvergabepolitik** für „Development Policy Lending“ (vormals „Adjustment Lending“) ist vorgesehen, dass die den Bankoperationen zugrunde zu legenden **Länderanalysen** auch die Politiken und Institutionen zur Beschäftigungsförderung bewerten.

Die **Bundesregierung** hat sich dafür eingesetzt, dass Fragen des Arbeitsmarktes und Beschäftigungsförderung einschließlich KAN stärker in die Arbeit der Weltbankgruppe, insbesondere die Länderstrategien, integriert wird, und die Zusammenarbeit mit der deutschen EZ und der ILO verbessert wird.

- So wurde mit der Weltbank ein **Treuhandvorhaben** vereinbart, das dem Ziel dient, eine Analyse der **Beschäftigungssituation** vorzunehmen sowie ausgewählte konkrete Maßnahmen der Förderung von Beschäftigung und KAN **in afrikanischen Ländern** mit niedrigem Einkommen unter Einbeziehung der Sozialpartner durchzuführen. Die Weltbank ist zwar für die Durchführung des Treuhandvorhabens verantwortlich, die ILO und das BMZ sind jedoch Partner der

Weltbank während der Laufzeit des Projektes und intensiv in dessen Steuerung eingebunden. Eine abschließende Konferenz hierzu soll in Deutschland im Herbst 2006 unter Beteiligung von Weltbank, ILO, Vertretern aus Entwicklungsländern, Gewerkschaften, Nicht-regierungsorganisationen und internationalen Experten ausgerichtet werden.

- Ein weiteres **Treuhandvorhaben** des BMZ beim Netzwerk für **Jugendbeschäftigung** („Youth Employment Network“) unterstützt ILO, Weltbank und das Sekretariat der Vereinten Nationen in ihren gemeinsamen Anstrengungen, Entwicklungsländer bei der Erstellung ihrer Jugendbeschäftigungsstrategien zu unterstützen und Kapazitäten der Jugendorganisation zur Sicherung einer effektiven Partizipation aufzubauen.
- Bundesministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul hat im Rahmen der von Weltbank und dem Bonner **Institut zur Zukunft der Arbeit**¹³ in Deutschland ausgerichteten Konferenz im Juni 2006 deutlich gemacht, dass die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen eine grundlegende Bedingung für Entwicklung, Frieden und Wohlfahrt sei. Ohne **Schaffung von Arbeitsplätzen und besseren Beschäftigungsbedingungen** sei die Erreichung der MDG, insbesondere die Halbierung der Zahl der Menschen, die in Armut leben, nicht denkbar.
- Der deutsche Exekutivdirektor hat anlässlich der alljährlich stattfindenden Konferenz des Weltbank-Netzwerkes PREM (Poverty Reduction and Economic Management) als Vorsitzender der Veranstaltung „Is African Growth Creating Jobs?“ erneut die Berücksichtigung der **Verteilungsaspekte von Wachstum** angemahnt und die Bedeutung von Beschäftigungsförderung und Einhaltung von KAN für eine nachhaltige Entwicklung unterstrichen.

3.4 IDA 14 Wiederauffüllungsverhandlungen

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist die für die ärmsten Entwicklungsländer zuständige Einrichtung der Weltbankgruppe.

¹³ Im Internet: www.iza.org

Sie gewährt derzeit 81 Ländern mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter US-\$ 895 langfristige, hoch-konzessionäre Kredite sowie Zuschüsse. IDA war im Schnitt der letzten fünf Jahre mit rund 35 Prozent an den multilateralen Gesamtausgaben beteiligt und nimmt damit als größte und einflussreichste multilaterale Entwicklungsinstitution eine entscheidende Rolle bei der angestrebten Erreichung der Millennium Development Goals (MDG) ein. Aufgrund des konzessionären Anteils der IDA-Mittel muss IDA in der Regel alle drei Jahre von den Geberländern wiederaufgefüllt werden.

Die Verhandlungen zur 14. Wiederauffüllung des „weichen“ Kreditfensters der Weltbank – IDA 14 – wurden im Februar 2005 in Washington, D.C. abgeschlossen. Im November 2006 steht eine Revision der für IDA 14 beschlossenen IDA-Politiken an. Im Februar 2007 werden die Verhandlungen für IDA 15 auf Basis der Revision aufgenommen. Daher ist die Darstellung der Verhandlungsergebnisse von IDA 14 von besonderer Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtungen von Monterrey und des gemeinsamen Ziels der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele definierten die Teilnehmer – basiert auf landesspezifischen Bedarfsanalysen – ein gemeinsames Auffüllungsziel mit einer Steigerung des Mittelvolumens von IDA 14 um 30 % gegenüber IDA 13.

Zusammen mit internen IDA-Mitteln aus Rückflüssen und Übertragungen von Gewinnen der IBRD ermöglicht dies einen Finanzierungsrahmen von rd. US-\$ 32,7 Mrd. für den Zeitraum der Finanzjahre 2006 bis 2008.

Größter Geber für IDA 14 bleiben, wie bei vorhergehenden Wiederauffüllungsrunden, die USA mit 13,8 %, gefolgt von Großbritannien (13,2%), Japan (12,2%) und Deutschland mit 8,23%.

Durch die aktive Beteiligung der Bundesregierung an den Auffüllungsverhandlungen konnte die weitere Ausgestaltung und Ausrichtung von IDA maßgeblich mitbestimmt und das weltweit wichtigste Instrument der Entwicklungszusammenarbeit auf die Erreichung der gemeinsam verfolgten Millenniums Entwicklungsziele ausgerichtet werden. Beschlüsse wurden herbeigeführt, die in vielen Fällen auch für andere multilaterale Organisationen sowie für die bilaterale Zusammenarbeit richtungweisende Funktion einnehmen.

Die strategische Ausrichtung von IDA zielt auf zwei Bereiche ab:

1. Unterstützung der Partnerländer bei der **Schaffung eines wachstumsfreundlichen Investitionsklimas** unter Einbeziehung armer Bevölkerungskreise;
2. Unterstützung bei der Armutsbekämpfung durch **Investitionen im Bereich der sozialen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung.**

Darüber hinaus wurden insbesondere folgende Themen **vertieft behandelt**:

- **Ausrichtung** der EZ auf die in den **Armutsstrategien der Partnerländer** angestrebten Ergebnisse,
- **Zusammenarbeit zwischen IDA und anderen Gebern,**
- **Unterstützung von Wachstumspolitiken** im Rahmen von IDA.

Als besondere Querschnittsthemen für alle IDA-Aktivitäten wurden von den Gebern die Bereiche **Gender, Umwelt und gute Regierungsführung** definiert.

Der partnerschaftliche Ansatz von IDA, der sich in der konsequenten Ausrichtung auf die Armutsbekämpfungsprogramme der Entwicklungsländer (PRSP) ausdrückt, sowie eine „*performance based allocation*“, d.h. die Bemessung der **Mittelzuweisung gemäß eines Bewertungsschemas**, welches im Rahmen eines umfassenden „**Country Performance and Institutional Assessment**“ (CPIA) insbesondere „gute Regierungsführung“ berücksichtigt, sind Kernprinzipien der IDA-Programme. Bemerkenswert ist, dass IDA – einvernehmlich zwischen Gebern und Kreditnehmern beschlossen – im Juni 2006 die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen ihrer Mittelallokation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Damit entspricht IDA der Forderung nach **mehr Transparenz** der multilateralen Organisationen.

Ausführlich wurde die Frage der **Zugangskriterien und des Gesamtanteils der Zuschüsse** erörtert. Bei IDA 13 wurde erstmals eine umfangreichere Vergabe von Zuschüssen durch IDA vorgesehen. Bei IDA 14 wurden die Zugangskriterien für Zuschüsse neu definiert, und es wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass lediglich die Schuldenfähigkeit eines Landes, die im Rahmen einer **Verschuldungsanalyse**

(„Debt Sustainability Analysis“) ermittelt wird, für die Entscheidung der Zuschussvergabe maßgeblich sein soll. Der resultierende Gesamtzuschussanteil für IDA 14 soll 30 % nicht übersteigen.

3.5 Krisen- und Konfliktländer, Post-Konflikt-Länder und LICUS Strategie

Im November 2001 startete die Weltbank eine Initiative für Niedrigeinkommensländer mit schlechter Performance (**Low Income Countries under Stress, LICUS**) und gründete hierfür eine LICUS Task Force. Der LICUS Initiative liegt einerseits die Überzeugung zugrunde, dass sich die Gebergemeinschaft und insbesondere die Weltbank als Teil des UN – Systems auch aus Ländern mit schwierigen politischen Rahmenbedingungen **nicht vollständig zurückziehen sollten**. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Erreichung der MDG und der Bedeutung der Länder für die Stabilität in der jeweiligen Region. Andererseits sollte ein neuer strategischer Ansatz in der Zusammenarbeit entwickelt werden, da traditionelle Konzepte in LICUS Ländern häufig nicht den erwarteten Erfolg erzielten.

Länder, die als LICUS eingestuft werden, zeichnen sich durch sehr schwache Governance und Institutionen aus und befinden sich daher auf dem unteren Teil der Skala des Country Policy and Institutional Assessments (CPIA). Gemeinsam sind ihnen auch schlechte sozio-ökonomische Indikatoren, wie z.B. sehr niedriges Pro-Kopf Einkommen, hohe Kindersterblichkeitsrate, schlechter Zugang zu sauberem Trinkwasser, etc. Ziel der LICUS Initiative ist es auch, die Unterstützung für die Länder zu verbessern, aus denen sich viele Geber zurückgezogen haben (generell oder aufgrund virulenter Konfliktsituationen). Die LICUS Initiative soll es der Bank ermöglichen, sich (wieder) in Ländern¹⁴ wie z.B. Angola, Haiti, Somalia, Sudan, Simbabwe oder Liberia zu engagieren.

¹⁴ Strategien zu LICUS Ländern: Angola Transitional Support Strategy (März 2003), Tadschikistan CAS (Februar 2003), Haiti Country Brief (Januar 2003), Somalia Country Re-Engagement Note (März 2003), Sudan Country Re-Engagement Note (Juli 2003), Liberia Country Re-Engagement Note (März 2004), Komoren Transitional Support Strategy (Mai 2004), Haiti Briefing Note (Juli 2004), Central African Republic Country Re-Engagement Note (Juli 2004), Togo Country Re-Engagement Note (Dezember 2004), Simbabwe Interim Strategy Note (März 2005), Papua New Guinea Interim Strategy Note (April 2005)

Einen Schwerpunkt im Rahmen der LICUS Initiative bildet die Zusammenarbeit mit bi- und multilateralen Gebern, da diese gerade bei schwierigen politischen Rahmenbedingungen unerlässlich für den Erfolg der Maßnahmen sind. Zu diesem Zweck wurde unter dem Dach des OECD/DAC die „**Fragile States Group**“ eingerichtet der neben Weltbank, IWF, UN-Organisationen, der Europäischen Kommission und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes auch bilaterale Geber, wie die Bundesregierung, angehören. Im Januar 2005 hat die Weltbank gemeinsam mit OECD-DAC, UNDP und der Europäischen Kommission ein „Senior-Level Forum on Development Effectiveness in Fragile States“ ausgerichtet, wo die Erarbeitung der 12 „**Principles for Good International Engagement in Fragile States**“ beschlossen wurde. Auf dem OECD/DAC High Level Meeting im März 2005 wurde daraufhin vereinbart, diese Richtlinien in einer Pilotphase in der Entwicklungszusammenarbeit mit einzelnen Partnerländern¹⁵ zu testen und die so gewonnenen Erfahrungen für eine Revision der Richtlinien zu nutzen.

Die LICUS Initiative sollte zudem die seit längerem bestehende Zusammenarbeit der Weltbank mit der sog. Gruppe der **Post-Konflikt Länder** ergänzen, wobei sich beide Ländergruppen überschneiden können. Post-Konflikt Länder zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie von internen oder externen kriegerischen Konflikten betroffen waren. Die Weltbank verfügt für diese Länder über einen programmatischen Rahmen zur Krisen- und Konfliktbewältigung sowie zum Wiederaufbau.¹⁶ Ebenso soll das „Conflict Analysis Framework“ sicherstellen, dass mögliche Konfliktursachen hinreichend analysiert werden und das Potential von Maßnahmen zur Konfliktprävention ausgeschöpft wird.

Auf **Länderebene** arbeitet die Weltbank eng mit IWF, bilateralen Gebern und den UN-Organisationen in kofinanzierten Programmen oder im Rahmen von Multi-Donor Treuhandfonds zusammen, z.B. im

¹⁵ Solomon Inseln, DR Kongo, Haiti, Sudan, Guinea-Bissau, Nepal, Somalia, Yemen, palästinensische Gebiete, Zimbabwe.

¹⁶ Operational Policy/Bank Procedures OP 2.30 Development and Conflict, Operational Policy/Bank Procedures 8.50 Emergency Recovery Assistance

Rahmen von Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen oder bei Maßnahmen zum Aufbau sozialer Grunddienstleistungen und Infrastruktur. Auch sucht sie die internationale Partnerschaft durch Beteiligung am OECD/DAC „Network on Conflict, Peace and Development“, das der Erarbeitung von „Best Practices“ und dem Erfahrungsaustausch dient. Ferner ist sie aktives Mitglied des „Conflict Prevention and Post-Conflict Reconstruction Network“, das sich als informelles Netzwerk mit der konkreten Umsetzung von Strategien zur Konfliktprävention und -bewältigung befasst.

Die Länderstrategien der Bank für LICUS (vormals sog. „Country Re-engagement Notes“) und Post-Konflikt Länder (vormals sog. „Transitional Support Strategy“) sind nunmehr einheitlich in „**Interim Strategy Notes**“ umbenannt worden. Um den Erfolg von Unterstützungsmassnahmen in LICUS/Post Konflikt Ländern zu messen und so u.a. die Gerberharmonisierung zu erleichtern, hat die Weltbank gemeinsam mit den Vereinten Nationen und anderen Gebern die „Transitional Results Matrices“ entwickelt. Diese soll den Partnerländern als Leitfaden helfen (ähnlich dem PRSP) ihre Entwicklungsprioritäten für die Übergangsphase und messbare Zielsetzungen für deren Erreichung festzulegen.

Der Weltbank stehen verschiedene **Finanzierungsmöglichkeiten** für LICUS und Post Konflikt Länder zur Verfügung.

- Beide Ländergruppen haben grundsätzlich Zugang zu **IDA Mitteln**, sofern sie sich nicht im Zahlungsrückstand befinden. Für Post-Konflikt Länder wurde jedoch ein besonderes Instrument geschaffen: Die Mittelallokation bei Post-Konflikt Ländern (die gleichzeitig LICUS Länder sein können) wird von „*Post-Conflict Progress Indicators*“ geleitet, die somit für eine begrenzte Übergangsphase das CPIA Rating ersetzen. So sollen für eine begrenzte Übergangszeit der besonderen Situation und den Bedürfnissen dieser Länder besser Rechnung getragen und der Friedens- und Wiederaufbauprozess soll beschleunigt werden. Zudem stehen in Ausnahmefällen IDA Zuschüsse in Form der sog. „*pre-arrears clearance grants*“ auch bei Zahlungsrückständen zur Verfügung, sofern das betreffende Land hohe Zahlungsrückstände hat und sich deren Regelung langwierig gestaltet.

- Seit 1997 besteht der über die „Development Grant Facility“ (DGF) der Weltbank gespeiste **Post Conflict Fund** für Planung und Analyse modellhafter Aktivitäten im Bereich Krisenbewältigung und Wiederaufbau in Zusammenarbeit mit Regierungen und Partnerorganisationen. Über den PCF werden auch Aktivitäten von internationalen NROs (wie Save the Children, Care, Internationales Komitee des Roten Kreuzes) sowie lokaler NROs finanziert.
- Im Jahr 2004 wurde der aus den Gewinnen von IBRD gespeiste **LICUS Trust Fund** eingerichtet, der insbesondere für LICUS Länder zu Verfügung steht, die sich im Zahlungsrückstand gegenüber der Weltbank befinden und somit keinen Zugang zu IDA Mitteln haben (z.B. Liberia, Zentralafrikanische Republik, Somalia, Sudan, Togo, Zimbabwe). So kann sichergestellt werden, dass sich die Weltbank in diesen Ländern engagieren kann, sobald sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Chance positiver politischer Reformen ergibt.
- Insbesondere für LICUS Länder steht der „**Institutional Development Fund**“ der Weltbank zu Verfügung, um strategische Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich guter Regierungsführung („Good Governance“) und Bereitstellung von sozialen Grunddienstleistungen zu finanzieren.
- In besonders dringenden Fällen (z.B. Liberia) kann das Weltbank Management das Exekutivdirektorium bitten, der Verwendung von Mitteln aus dem **Überschuss von IBRD** für solche Länder, die sich im Zahlungsrückstand befinden, zuzustimmen.

Die konzeptionellen Arbeiten zu beiden Ländergruppen wurde auch im Berichtszeitraum in der Bank weiter fortgeführt. So hat die Weltbank in der nunmehr als „**Fragiles States**“ bezeichneten Agenda einen überarbeiteten Ansatz entwickelt, wonach folgende Schwerpunkte, da sie aufgrund der besonderen Herausforderungen allen „**Fragiles States**“ gemein sind, in der Zusammenarbeit besonders zum Tragen kommen müssen:

- **Aufbau leistungsfähiger und rechenschaftspflichtiger Staaten** (*building state capacity and accountability*) einschließlich Zurverfügungstellung grundlegender staatlicher Leistungen unter Verbesserung der

Rechenschaftslegung und Beteiligung ziviler Akteure zur Erreichung sichtbarer und spürbarer Entwicklungserfolge.

- Berücksichtigung des Nexus von **Frieden und Entwicklung** durch Unterstützungsleistungen, die die politischen und konfliktentfachtenden Dynamiken in den jeweiligen Ländern analysieren und ihnen bei der operativen Ausgestaltung Rechnung tragen („*conflict sensitive*“).
- Intensive **Geberharmonisierung** und Vereinfachung von Planungs- und Überwachungsverfahren entsprechend der vorhandenen Kapazitäten.
- Schaffung **flexibler Möglichkeiten** der Zusammenarbeit seitens der Bank (z.B. ausreichende Präsenz vor Ort, schnelle Anpassung an sich ändernde Bedingungen, Bereitstellung von Experten).

Entsprechend des neuen Ansatzes sollen diese Schwerpunkte nicht in allen Ländern in gleicher Weise verfolgt werden, sondern müssen sich an den jeweiligen Länderbedingungen orientieren. Diese werde in **vier Ländergruppen** nunmehr aufgefächert:

- Länder mit **anhaltenden politischen Krisen** („*prolonged crisis or impasse*“)
- Länder in **Post-Konflikt- oder politischen Transitionsphasen** („*post conflict or political transition*“)
- Länder mit einer rapiden **Verschlechterung** der Regierungsführung und/oder aufkeimenden Konflikten („*deterioration*“)
- Länder mit schrittweisen, **positiven Reformprozessen** („*gradual improvers*“)

Die **Bundesregierung** misst, wie bisher¹⁷, dem Thema der Krisen- und Konfliktsituation besondere Bedeutung bei. Der kontinuierlichen

¹⁷ Bereits im Jahr 2004 wurde der von der GTZ im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Weltbank und mit Kofinanzierung des BMZ erstellte „Practical Guide to Multilateral Needs Assessments in Post-Conflict Situations“ vorgelegt. Er enthält Richtlinien für Abläufe und Methoden, anhand derer in Post-Konfliktsituationen sog. „Needs Assessments“ durchgeführt werden sollen. Die systematische und standardisierte Vorgehensweise soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure effizienter gestalten und schnelleres und abgestimmtes Handeln in Konfliktländern ermöglichen. Dieses Rahmenwerk konnte bereits in der Erarbeitungsphase im Irak und Liberia und dann ebenso erfolgreich in Sudan und Haiti angewandt werden.

Forderung nach schrittweiser Stärkung staatlicher personeller und institutioneller Kapazitäten, der Konfliktsensitivität im Rahmen von Weltbankoperationen und der ex ante Analyse von politischen Prozessen und Konfliktursachen wurde durch den neuen Ansatz Rechnung getragen. Auch die Einbeziehung aller sozialen Kräfte bei der Konzeption von Bankvorhaben zur Unterstützung des staatlichen Wiederaufbaus wurde von deutscher Seite aktiv begleitet. So konnte eine mit BMZ-Finanzierung in Auftrag gegebene Studie zur Rolle der Zivilgesellschaft in Konfliktländern („*Civil Society and Peacebuilding*“) in diesem Jahr erstellt werden.

Der jüngst von der internen Evaluierungsgruppe der Weltbank (*Independent Evaluation Group*, IEG) vorgelegte Bericht bescheinigte der LICUS Initiative, die Aufmerksamkeit gegenüber Entwicklungs-herausforderungen in fragilen Staaten und der Notwendigkeit des Aufbaus leistungsfähiger Staaten weiter geschärft zu haben. Die Evaluierung bestätigt jedoch auch rückblickend frühere Defizite bei der Analyse und Berücksichtigung von Konfliktursachen in der Länderzusammenarbeit.

Künftig gilt es, unserer steten Forderung nach Abstimmung und Koordinierung mit anderen Gebern auf strategischer und operationeller Ebene – wie auch von IEG gefordert – weiter Nachdruck zu verleihen. Fragile Staaten und Post-Konflikt-Länder benötigen kohärente Geberleistungen. Dies bedingt auch eine Einbeziehung von den so genannten neuen Geberstaaten (z.B. VR China), die aufgrund ihrer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung mit der Entwicklungszusammenarbeit begonnen haben.

3.6 Jahrestagung 2005 und Frühjahrstagung 2006 von IWF und Weltbank

Jahrestagung 2005

Die gemeinsame Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds fand am 25. September 2005 in Washington D.C. statt. Vor dem Hintergrund der Vereinbarungen des vorangegangenen G8-Gipfels in Gleneagles diskutierten die Vertreter der 184 Mitgliedsländer vorrangig den aktuellen **Stand und Probleme der Erreichung der**

globalen Entwicklungsziele (MDG), sowie Empfehlungen zur Verbesserung der Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit. Ferner diskutierten sie den **Afrika-Aktionsplan** und die **Entschuldung** besonders hoch verschuldeter Entwicklungsländer. Handelsfragen und Aspekte aus den Bereichen Infrastruktur und Klimawandel, die Konditionalitätenpolitik der Bank sowie verbesserte Mitbestimmungsmöglichkeiten von Entwicklungsländern bei internen Entscheidungsprozessen wurden ebenfalls erörtert.

Der südafrikanische Finanzminister **Trevor Manuel** hob in seinem Beitrag die auf dem G8-Gipfel in Gleneagles vereinbarten Arbeitsthemen „Schuldenerlass“ und „Klimawandel“ hervor und erinnerte an die Verpflichtung der Industrieländer, 0,7% ihres Bruttonationalprodukts für Entwicklungsaufgaben bereit zu stellen.

In seiner Funktion als neuer Weltbankpräsident nahm **Paul Wolfowitz** erstmals an der Jahrestagung und den Beratungen des Development Committee teil. In seinen Ausführungen unterstrich er die Notwendigkeit der **Fortsetzung der Armutsbekämpfung**, insbesondere in Afrika, wozu länderbezogene Ansätze, eine intensivere Verknüpfung zwischen Entwicklungsbeiträgen und nationalen Politiken und mehr Eigenverantwortung der Partner („ownership“) beitragen sollten. Diese Prozesse müssten durch erhöhte ODA-Beiträge und durch größeres Wirtschaftswachstum in den Partnerländern abgesichert werden. Für die Weltbank bedeute dies, dass sie ihre Arbeitsstrukturen **ergebnisorientierter** gestalten und ihren Ressourceneinsatz weiter straffen müsse. Prioritäten für die Arbeit der Bank sah der neue Präsident in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Landwirtschaft sowie bei der Entwicklung von Finanzsystemen und der Absicherung sozialer Grundversorgungen. Das Engagement der Weltbank in **Ländern mit mittleren Einkommen** sollte gestärkt und die Finanzkraft der International Development Association gesichert werden. Zudem unterstrich Präsident Wolfowitz die Bedeutung von **politischen Transformationsprozessen** für erfolgreiche Entwicklung. Zu den erfolgsversprechenden Bedingungsfaktoren gehörten transparente rechtliche Rahmenbedingungen, eine regelmäßige Rechenschaftslegung und die Bekämpfung von Korruption

ebenso wie die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an staatlichen Entscheidungsprozessen.

Chefökonom **Francois Bourguignon** verwies in seinem Beitrag auf die bislang längste Wachstumsperiode in afrikanischen Ländern, wobei positive politische Entwicklungen und größere Infrastrukturinvestitionen in einzelnen Ländern wesentlich zum Wirtschaftswachstum und zur Chancengleichheit der dort lebenden Menschen beigetragen hätten. Allerdings würden Fortschritte in sozialen Bereichen nur langsam erzielt, wobei der Weltentwicklungsbericht 2006 zum Thema „Equity and Development“ zeige, dass und wie die Entwicklung armer Menschen insbesondere durch Infrastrukturmängel nachteilig beeinträchtigt werde. Entsprechende Infrastrukturinvestitionen seien in diesen, aber auch in Ländern mit mittleren Einkommen erforderlich, um die Entwicklungschancen armer Menschen zu verbessern.

Die Notwendigkeit höherer und qualitativ verbesserter öffentlicher Entwicklungsleistungen (ODA) hob **Rodrigo Rato** als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds hervor. Mit Blick auf die bislang unbefriedigende Umsetzung der globalen Entwicklungsziele (MDG), insbesondere in Subsahara-Afrika, forderte er zu größeren Anstrengungen und zu einer zügigen Umsetzung des Afrika-Aktionsplans¹⁸ auf. Dazu könnten innovative Finanzierungsinstrumente und ein intelligenterer Einsatz von Ressourcen und Entwicklungsleistungen auf Seiten der Geber ebenso beitragen, wie die Vermeidung neuer bzw. zusätzlicher Schulden, und eine bessere Regierungsführung in den Entwicklungsländern.

Die nachfolgende Diskussion konzentrierte sich auf die Umsetzung des **Schuldenerlasses** und auf den **Afrika-Aktionsplan**, die beide in diesem Bericht in eigenen Abschnitten ausführlich dargestellt sind.

Wie üblich, wurden die Ergebnisse der Beratungen in einem **Schlusscommuniqué**¹⁹ zusammengefasst.

¹⁸ www.bmz.de/de/themen/G8_afrika/dokumente/index.html

¹⁹ www.imf.org/external/np/cm/2005/092505.htm

Frühjahrstagung 2006

Die **Frühjahrstagung** von IWF und Weltbank im April 2006 in Washington D.C. konzentrierte sich im Wesentlichen auf das Thema „**Clean Energy**“ und den „**Global Monitoring Report**“.

Mit einem Anteil von rund 1 Milliarde armer Menschen seien die Mitteleinkommensländer bedeutsam für die Erreichung der globalen Entwicklungsziele (MDG), wertete Weltbank-Chefökonom **Francois Bourguignon**. Deutlich bessere Wirtschaftsindikatoren würden die Armutsreduzierung unterstützen, wenngleich die wirtschaftliche Dynamik unterschiedlich ausgeprägt sei und noch wesentlich verbessert werden könnte. Neben einer stärkeren Wirkungsorientierung und Effizienzsteigerung in der Entwicklungszusammenarbeit sollten Reformen der Partnerländer, insbesondere im Bereich der Regierungsführung, seitens der Bank nachhaltiger unterstützt und Armutsbekämpfungsmaßnahmen intensiviert werden.

„Clean Energy“

Zur Diskussion über das erste der beiden Hauptthemen hatte die Weltbank ein Dokument mit dem Titel: „*Clean Energy for Development: Towards an Investment Framework*“ vorbereitet, das sich aus entwicklungspolitischer Sicht mit der Bedeutung des Energiezugangs als Beitrag zur Armutsbekämpfung, mit den Folgen des Klimawandels und der Rolle der erneuerbaren Energien für Entwicklungsländer auseinandersetzte. Zwar bejahten die Gouverneure die Grundüberlegungen mehrheitlich, gingen aber auf Einzelaspekte unterschiedlich ein. Einige verwiesen auf die rund 1,6 – 2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu Energie und sahen in der Verbesserung des Energiezugangs eine zentrale Herausforderung für die Weltbankarbeit. Andere berichteten von enormen Einsparungen, die sich aus der Nutzung von Bio-Treibstoffen ergäben. Durch die Gewinnung von Ethanol aus Zuckerrohr habe Brasilien z.B. Milliardenbeiträge bei seinen Energieimporten einsparen können. Mehrere Gouverneure unterstrichen deshalb die große Bedeutung von **erneuerbaren Energien**, insbesondere für Entwicklungsländer, und lobten in diesem Zusammenhang die am Vortag gemeinsam von

Deutschland und der Weltbank durchgeführte Veranstaltung zum Einfluss steigender Energiepreise auf die Umsetzung der globalen Entwicklungsziele. Sprecher aus ölexportierenden Ländern mahnten hingegen, dass Entwicklungsländer ein Recht auf verhältnismäßig preiswerte und sichere Energieversorgung hätten und Mehrkosten für die Nutzung komplexer Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht aufbringen könnten. Industrieländer seien die Hauptverursacher der **Klimaveränderung** und dürften damit verbundene Probleme nicht auf Entwicklungsländer abwälzen oder diesen Mehrkosten für die Nutzung regenerativer Energien aufbürden. Andere hoben die Nutzung von **Kernenergie** als weitere Energieversorgungsoption hervor, die in der Diskussion nicht ausgeschlossen werden dürfe.

In ihrer Erklärung zur Frühjahrstagung der Gouverneure bekräftigte Bundesentwicklungsministerin **Wieczorek-Zeul** hingegen die ökonomischen Gründe, die für eine stärkere Nutzung **erneuerbarer Energien** in Entwicklungsländern sprächen. Traditionelle Energiequellen seien aufgrund der Preisfluktuation, Versorgungsunsicherheit und anderer, schwer kalkulierbarer Faktoren mit hohen Risiken verknüpft, die oft nicht ausreichend untersucht und auch nicht in der zugrunde liegenden Weltbankstudie berücksichtigt worden seien. Unkalkulierbare Risiken und eine Vielzahl anderer Probleme wären mit der Nutzung von **Atomenergie** verknüpft, weshalb Deutschland keine Rolle der Bank in diesem Bereich sähe. Zudem habe sich die Weltbank bei früheren Anlässen, insbesondere bei der von Deutschland im Jahr 2004 organisierten Konferenz zum Thema „Renewables“ (www.renewables2004.de) verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energien in ihrem Aufgabenportfolio schrittweise auszubauen. Der nun von der Bank vorgeschlagene Investitionsrahmen zur umfassenderen Nutzung regenerativer Energien in Entwicklungsländern enthalte dafür wichtige Handlungsoptionen. Deutschland erwarte von der Bank konkrete Vorschläge, auf welche Weise die Themen „saubere Energie“ und „Klimawandel“ in den Länderstrategien der Bank verankert werden könnten.²⁰

²⁰ Die Rede von Bundesministerin Wieczorek-Zeul ist im Internet verfügbar unter: www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede_200604221.html

Global Monitoring Report 2006

Die Diskussion des „**Global Monitoring Report 2006**“ konzentrierte sich unter dem Titel „*Strengthening Mutual Accountability – Aid, Trade and Governance*“ im Wesentlichen auf die Einhaltung der öffentlich zugesagten Unterstützungsleistungen seitens der Geber, auf die Umsetzung der multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI), auf eine stärkere Beachtung der Kriterien guter Regierungsführung in Partnerländern sowie auf stärkere Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung.

In seiner Einführung verwies Weltbankpräsident Wolfowitz auf die aus der **gemeinsamen Verantwortung von Geber- und Entwicklungsländer** sowie internationalen Institutionen resultierenden Verpflichtungen zur Umsetzung der Entwicklungsagenda von Monterrey. Trotz des Wachstums und des Rückgangs der Armut in einigen Entwicklungsländern liefen die gemeinsamen Entwicklungsanstrengungen Gefahr, die Umsetzung der globalen Entwicklungsziele zu verfehlen. Auch die Qualität der Zusammenarbeit müsse entsprechend internationaler Vereinbarungen über **Effektivität und Ergebnisorientierung** anlässlich der „Results“-Konferenz von Paris ebenso verbessert werden, wie die **Zuverlässigkeit bei der Bereitstellung zugesagter Unterstützungsleistungen** und ihre effiziente Einbindung in die Entwicklungsanstrengungen der Partnerländer und in die Länderstrategien der Bank. Die Bank wolle gemeinsam mit anderen Arbeitspartnern bis zur Herbsttagung 2006 ein Grundlagenpapier zum Thema „**Governance**“ vorlegen, das auf allen Arbeitsebenen und unter Nutzung aller Bankinstrumente eine langfristige und systematische Strategie der Korruptionsbekämpfung erläutere, bekräftigte Präsident Wolfowitz.

Die Mehrheit der nachfolgenden Redner unterstützten die empfohlenen Schwerpunktsetzungen, wenngleich manche, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsbereich „governance“ und Korruptionsbekämpfung, **das Engagement der Bank unterschiedlich werteten**. China verwies in diesem Zusammenhang auf das unpolitische Mandat der Weltbank, das diese zum uneingeschränkten Respekt vor der Souveränität der Mitgliedsländer verpflichte. Gouverneure aus mehreren Entwicklungsländern lehnten zudem aggregierte Indikatoren zur Evaluierung der Qualität von Regierungshandeln und eine entsprechende Bewertung der Länder durch Ranglisten ab. Unter Anspielung auf vorangegan-

gene, plötzliche Suspendierungen von Bankauszahlungen wegen Korruptionsverdachts ermahnten einige europäische Länder die Weltbank hingegen, ihren Kampf gegen Korruption nicht zum Ersatz für entwicklungspolitisches Handeln zu machen. Maßnahmen der Bank sollten sich in erster Linie entwicklungsorientiert und nicht an Sanktionen ausrichten.

Das **gemeinsame Kommuniqué**²¹ der Gouverneure von Weltbank und IWF fasst wesentliche Themen und Ergebnisse der Frühjahrstagung zusammen und geht auf zusätzliche Aspekte der Beratungen zusammenfassend ein.

3.7 Development Gateway Foundation

Die Development Gateway Foundation (DGF) wurde im Dezember 2001 durch die Weltbank gegründet. Sie ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation, die auf einer Reihe von Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und Regierungen basiert. Ziel der Development Gateway Foundation ist es, durch die **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien** die weltweite Armut zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Stiftung bietet mit ihrem interaktiven Portal (“The Development Gateway”) eine Drehscheibe für Informationen zu den Themen nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Armut sowie Informationen zum Einsatz moderner Informationstechnik in der Entwicklungszusammenarbeit und eine Übersicht über dementsprechende Projekte.

Die Bundesrepublik Deutschland trat als Gründungsmitglied der Gateway Stiftung bei und engagiert sich dort derzeit mit 5,4 Millionen Euro. Darüber hinaus unterstützen auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern, wie auch die Deutsche Telekom die DGF. Dr. Michael Hofmann, Abteilungsleiter im BMZ, ist zum Präsidenten des Exekutivkomitees der DGF berufen worden und hat dieses Amt seit 2004 inne.

Informations- und Kommunikationstechnologien sind wichtige Instrumente für die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusam-

²¹ www.imf.org/external/np/cm/2006/042206.htm

menarbeit. Beispiele für praktische Anwendungen ist z.B. die Organisation öffentlicher Ausschreibungen, das Management finanzieller Unterstützungsleistungen, Koordinierung von Projekt- und Programmtätigkeiten, Veröffentlichung von Mittelverwendungs- und Fortschrittsberichten, sowie der zeitnahe Austausch von Erfahrungen und „Best Practices“.

Eine kürzlich durchgeführte Evaluierung der DGF ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die DGF einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit leistet. Nach vollzogener operationeller Trennung von der Weltbank im Jahre 2004 ist die DGF in eine **Konsolidierungsphase** eingetreten, die neben einer Fokussierung der Aktivitäten auch ein Wirkungsmonitoring vorsieht, um den Gebern die Effektivität der Produkte der DGF darzulegen. Die Weltbank hat angekündigt, ihr Engagement fortzusetzen, soweit die DGF ihren Konsolidierungskurs beibehält.

3.8 Deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbankgruppe

Der Anteil der Deutschen, die als internationale Mitarbeiter in der Weltbank beschäftigt sind, ist im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum (2,7 %) deutlich **auf 3,1 % angestiegen**. Damit konnte der bisher höchste deutsche Personalanteil in der Bank erreicht werden. Dieses Ergebnis ist auch auf die Bemühungen des deutschen Büros um individuelle Bewerbungen, die intensive Betreuung der deutschen Personalförderprogramme sowie die Aktivitäten des Auswärtigen Amtes zurückzuführen. Letztlich liegt dieser Wert jedoch immer noch klar unter dem als Referenzgröße dienenden deutschen Kapitalanteil an der IBRD von 4,49 %. Auch in der Zukunft wird daher die Förderung deutschen Personals zu den wesentlichen Aufgaben des Büros zählen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2006 wurden in der **Weltbankgruppe 10.876 Mitarbeiter**²² gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Gesamtzahl der Mitarbeiter um 131 leicht angestiegen (+1,2 %).

²² Hierzu zählen reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (Short-Term-Consultants).

Die WB unterscheidet **zwischen internationalen²³ und nationalen Mitarbeitern.**²⁴ In der Zentrale in Washington wurden zum Ende des Geschäftsjahrs 2006 **4424** (2005: 4410) **internationale Mitarbeiter** gezählt. Die Daten bestätigen im vierten konsekutiven Jahr einen leichten **Personalanstieg** bei den internationalen Mitarbeitern nach dem einschneidenden Stellenabbau im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Jahre 2001.

3421 Mitarbeiter wurden **lokal** für die Zentrale in **Washington rekrutiert**. In den **Länderbüros** der Bank arbeiteten insgesamt **3.031** Mitarbeiter.

Wenn man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes ansieht, dominieren die US-Amerikaner weiterhin in der WB mit 1098 Mitarbeitern im Geschäftsjahr 2006 (24,8%), obwohl die USA nur einen IBRD-Kapitalanteil von 16,9% haben, der meist als Orientierungsgröße für den jeweiligen nationalen Personalanteil herangezogen wird.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite – im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren im Board und im Personalausschuss – immer wieder eine größere **Diversifizierung** („*diversity*“) des Personals der Weltbankgruppe gefordert. Unter Diversifizierung ist dabei nicht nur der ausgeglichene Nationalitätenmix gemeint. Sie umfasst vor allem auch die Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen) und den Einsatz vielfältiger Berufsprofile, um den breiteren Anforderungen gewachsen zu sein. Diversifizierung beinhaltet aber auch Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium eng überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge. Dies liegt auch an der weitgehenden Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die es der Personalabteilung schwer macht, übergreifende Anforderungsprofile durchzusetzen. Mit der Einrichtung einer Direktorenstelle für „Diversity“ sowie von der Personalabteilung

²³ Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen für bspw. Umzug und Neuansiedlung

²⁴ Nationale Mitarbeiter sind in der Zentrale i.d.R. „support staff“ bis Grad D/E; vor Ort stellen sie gut 80% der Mitarbeiter

vergebener Überbrückungsfinanzierungen (und damit erzielter Mitspracherechte über Bewerberauswahl) soll dem entgegengewirkt werden.

Hinsichtlich des **Frauenanteils** an den international angeworbenen Mitarbeitern, ist lediglich ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Trotz vielerlei verbaler Änderungsbestrebungen lag die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter im GJ 2006 annähernd unverändert bei 34,4% (2005: 34,1).

Tabelle Internationale Mitarbeiter in der Weltbankgruppe in Washington nach Nationalitäten

	Anzahl Higher Level Staff			Personalanteil in %		
	2005	2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	2005	2006	IBRD-Kapitalanteil
Gesamt	4410	4424	+ 0,3%	100,0	100,0	100,00
USA	1110	1098	- 1%	24,8	25,2	16,86
Japan	88	94	+ 6,8%	2,0	2,1	7,87
Deutschland	121	136	+ 12,4%	2,7	3,1	4,49
UK	253	245	- 2 %	5,7	5,5	4,31
Frankreich	224	221	- 1,3%	5,1	5,0	4,31
Kanada	168	170	+ 1,2%	3,8	3,8	2,79
Italien	98	104	+ 6,1%	2,2	2,4	2,79

Im Geschäftsjahr 2006 haben 50 deutsche Mitarbeiter die WB verlassen.

Die Zahl der **Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt sind, hat sich im Geschäftsjahr 2006 deutlich von 121 auf 136 Mitarbeiter und von 2,7% auf **3,1%** erhöht.

Zur Zahl der internationalen Mitarbeiter müssen 28 nationale, als lokale Arbeitnehmer angeworbene Mitarbeiter hinzugezählt werden. Somit **arbeiten insgesamt 164 Deutsche in der Weltbank.**

Der Anteil der Deutschen in der WB konnte im **letzten Geschäftsjahr, relativ gesehen, um 12,4 % gesteigert werden**, und liegt mit 3,1 % auf seinem bisher höchsten Stand. Nach mehreren Jahren der Stagnation scheinen nun die Anstrengungen des Auswärtigen Amtes sowie des Deutschen Büros zu wirken. Letztlich sind Deutsche in der Bank angesichts des deutschen

Kapitalanteils von 4,49 % jedoch weiterhin unterrepräsentiert. Es gilt nun, diesen erfreulichen Trend zu verfestigen. Unser Ziel für die nächsten Jahre wird daher bleiben, zum einen mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten), vor allem aber auch mit gezielten Informationsveranstaltungen, organisiert durch die Bundesregierung sowie der Unterstützung individueller Bewerbungen, den deutschen Personalanteil in der WB prozentual wie auch absolut zu steigern.

Um das Interesse in Deutschland für eine Tätigkeit bei der Weltbank zu erhöhen, wurde auch im Geschäftsjahr 2006, wie in der Vergangenheit ein „**Worldbank Recruitment Workshop**“ unter Beteiligung der Weltbank, des Auswärtigen Amtes und des deutschen Exekutivdirektors in Frankfurt durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden interessierte deutsche Nachwuchskräfte sowie die Gruppe der „*mid-career*“ Personen über Einstellungsverfahren und –voraussetzungen sowie Karrieremöglichkeiten in der Weltbank informiert. Das deutsche Büro wird darauf drängen, dass diese erfolgreiche Veranstaltung auch zukünftig jährlich organisiert und durchgeführt wird. Darüber hinaus lädt das deutsche Büro deutsche Mitarbeiter der Weltbankgruppe zu Veranstaltungen ein, die u.a. Forum zum „Networking“ bieten. Ein Beispiel hierfür ist das Treffen der Beigeordneten Sachverständigen (JPO), die in Weltbank und Organisationen der Vereinten Nationen in New York tätig sind. Ziele des Treffens waren das gegenseitige Kennen lernen der Teilnehmer am deutschen Programm sowie die Förderung des Kontaktaustauschs über die Institutionengrenzen hinweg. Auch zukünftig wird es diese Kontaktmöglichkeit und ein Diskussionsforum zu bestimmten aktuellen Themenkomplexen geben.

Daneben wird die Problematik der deutschen Unterrepräsentanz vom deutschen Büro regelmäßig an geeigneter Stelle und gemeinsam mit anderen ebenfalls deutlich unterrepräsentierten Ländern wie Japan in die Sitzungen des Exekutivdirektoriums und des Personalausschusses sowie in die Diskussion mit dem Management eingebracht.

Michael Klein ist als einer der Vizepräsidenten der Weltbankgruppe und Chefvolkswirt in der IFC zur Zeit ranghöchster Deutscher im Management der Weltbankgruppe. Somit ist, wie in den Vorjahren, lediglich ein Deutscher in einer **Spitzenposition** des Weltbank-Managements vertreten. Im mittleren und höheren

Management ist Deutschland – mit 3 zusätzlichen Mitarbeitern im Vergleich zum Vorjahr – mit 50 Mitarbeitern oder 3,0% vertreten.

Von 2,4% im Vorjahr deutlich auf **4,3%** angestiegen ist im Geschäftsjahr 2006 der Anteil der deutscher **Short-Term Consultants**, also der temporär, meist als ‚Professionals‘ Beschäftigten. Insgesamt waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 5156 solcher Short Term Consultants mit unterschiedlicher Vertragsdauer in der Zentrale der Weltbank beschäftigt, hierunter 224 Deutsche. Die Überrepräsentanz der USA ist hier auch aufgrund des ‚Heimvorteils‘ mit 2410 Mitarbeitern (rd. 47%) noch größer als bei den regulären Bediensteten.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind – neben einer zielgerichteten Informationspolitik in Deutschland – insbesondere für qualifizierte Mitarbeiter mit einschlägiger Berufserfahrung – die **Nachwuchs- und Personalprogramme**. Die Teilnahme am höchst kompetitiven **Young Professional Program** (YP) der Weltbank ist eine vielgesuchte Eintrittspforte in die Bank.

Im Geschäftsjahr gelang es **5** Deutschen (von insgesamt 47 Young Professional) – dies entspricht einer Quote von 10,6% – sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Teilnehmer der YP Programme typischerweise später eine Aufgabe im Management übernehmen.

Die im Folgenden dargestellten **vier mit der WB vereinbarten Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils** erfreuen sich weiterhin großer Nachfrage:

Beigeordnete Sachverständige oder **Junior Professional Program** (JPO): Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 auf die WB ausgedehnt worden. Im Geschäftsjahr 2006 wurden 3 junge Mitarbeiter in für das BMZ strategisch interessanten Positionen finanziert. So können junge Berufstätige bis zu 32 Jahren für zwei bis drei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der WB auf Kosten der Bundesregierung eingesetzt werden und erhalten so eine gute Startposition für die Verhandlung eines Anschlussvertrages. Das ‚Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen‘ (BFIO) in Bonn ist auf der deutschen Seite für die organisatorische und tech-

nische Betreuung des Programms zuständig. Die endgültige Kandidatenauswahl liegt bei der Weltbank, wobei eine Vorauswahl der Kandidaten unter Beteiligung des BMZ, des BFIO sowie des DIE stattfindet. Darüber hinaus wird von den angenommenen Bewerbern erwartet, einen Kurzeinsatz in der jeweils relevanten Abteilung/Einheit des BMZ sowie GTZ und KfW innerhalb des ersten JPO-Jahres zu absolvieren, um so die Kontakte in die deutsche EZ Struktur sicherzustellen. Stärker noch als bisher soll auf diesem Wege der Kontakt zu den Mitarbeitern aufgebaut und erhalten bleiben. Weitere Informationen zum Programm sowie Hinweise zum Bewerbungsschluss finden sich auf www.arbeitsamt.de

Nationales Expertenprogramm:

Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte Programm wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die KfW, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute erweitert. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die WB übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Bis Ende des GJ 2006 waren 3 Deutsche zur Weltbank entsandt.

Austauschprogramm mit der Wirtschaft und Internationalen Institutionen: Es beteiligten sich drei deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, Bayerisches Wirtschaftsministerium) an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm. Im GJ 2006 wurden insgesamt 7 Mitarbeiter von diesen Unternehmen in die Weltbank sowie ein Weltbankmitarbeiter in eine deutsche Firma entsandt.

Das **Junior Professional Associates Program (JPA)** der WB ist ein Ende des GJ 2001 initiiertes neues Förderungsprogramm der Bank. Es wendet sich primär an Studienabgänger, die nicht älter als 29 Jahre sind

und mindestens das Äquivalent eines „bachelor degrees“ besitzen bei gleichzeitigem Nachweis relevanter praktischer Erfahrungen. De facto finden sich allerdings vermehrt Masterabsolventen unter den JPAs. Die Anstellung ist streng auf zwei Jahre befristet, mit der Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im GJ 2006 wurde lediglich ein deutscher JPA eingestellt.

3.9 Arbeitsbeziehungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Weltbank

Die **KfW Entwicklungsbank** ist einer der großen bilateralen **Kofinanzierer** der Weltbank. Neben der gemeinsamen Finanzierung von Investitionsvorhaben sowie in zunehmendem Maß der Kofinanzierung von *Poverty Reduction Support Credits* (PRSC), besteht eine enge fachliche Zusammenarbeit auf vielen Gebieten. Mit zunehmender Präsenz der KfW in Schwellen- und Entwicklungsländern hat sich die **Geberkoordinierung vor Ort** deutlich intensiviert. Insbesondere in Afrika und Lateinamerika haben die zahlreichen Kofinanzierungen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt. Zunehmend werden **internationale Arbeitsteilung** praktiziert und wechselseitig Zuarbeiten und Federführung übernommen.

Eine intensive Zusammenarbeit pflegt die KfW Entwicklungsbank mit der **IFC** bei der Entwicklung des Finanzsektors. Der Schwerpunkt liegt hier bei strukturierten Finanzierungen über Fonds und Verbriefungen sowie der gemeinsamen Gründung von Mikrofinanzinstitutionen.

Die zur KfW Bankengruppe gehörige **DEG** – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH – pflegt aufgrund des vergleichbaren Aufgabengebiets eine intensive Zusammenarbeit mit der **IFC**. Bei den rund 90 gemeinsam finanzierten Vorhaben liegen die Schwerpunkte auf der Entwicklung des Finanzsektors sowie auf Investitionsfinanzierungen in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungsbereich. Regionaler Fokus der Kooperationen ist der asiatische Raum.

Weitere enge Arbeitskontakte bestehen zwischen der „**Carbon Finance Business Unit**“ der Weltbank und der KfW, die einen eigenen Klimaschutzfonds gestartet hat. Um von den Erfahrungen der Weltbank in diesem Feld profitieren zu können und die Zusammenarbeit weiter

zu verstärken, hat die KfW einen Mitarbeiter zur Weltbank entsandt. Die KfW ist auch mit einem Betrag von 2,5 Mio. US-\$ am *Community Development Carbon Fund* (CDCF) der Weltbank beteiligt.

Die Zusammenarbeit zwischen der **Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)** und der Weltbank ist gerichtet auf den konzeptionellen Austausch insbesondere in Verbindung mit praktischen Implementierungserfahrungen, Zusammenarbeit in Vorhaben und in Harmonisierungsgruppen vor Ort, über die International Services sowie durch institutionellen Austausch auf Führungsebene.

Im **konzeptionellen Bereich** arbeiten GTZ und Weltbank eng zusammen. Dies gilt insbesondere für Sektoren wie erneuerbare Energien, Transport und Wasser. Auch im Bereich „Jugend und Beschäftigungsförderung“ wird die GTZ als kompetenter Partner gesehen. Die GTZ ist ferner beteiligt am Austausch zu übergreifenden Themen. Dazu gehören zum einen das Thema Capacity Development in der internationalen Diskussion, zusammen mit dem Worldbank Institute (WBI). Die GTZ unterstützt die Kernanliegen des BMZ zur Weltbank, u.a. durch Kooperationen im Bereich Armutsbekämpfung und PRSP; ferner Initiativen wie „Operationalize Pro Poor Growth“ (OPPG) und „Poverty and Social Impact Analysis“ (PSIA). Ferner wirkt die GTZ an der PEFA-Initiative mit (Public Expenditure and Financial Accountability).

Aufträge der Weltbank an GTZ International Services²⁵ beliefen sich in den letzten beiden Jahren auf jeweils rund 7–8% des gesamten International Services Portfolios. Einen Schwerpunkt bildet die wirtschaftliche Entwicklung. Für die Unterstützung des „National Solidarity Programme“ (NSP), des größten ländlichen Entwicklungsprojektes in der Geschichte Afghanistans, sprach die Weltbank der GTZ hohes Lob aus.

Auf **institutioneller Ebene** werden in Konsultationen zwischen Führungskräften und Besuchern aus beiden Organisationen regelmäßig Informationen über Konzepte, Strategien und Neuentwicklungen ausgetauscht. Derzeit sind vier langfristig entsandte und drei beur-

²⁵ GTZ-IS ist ein Geschäftsbereich der GTZ, der Leistungen der Technischen Zusammenarbeit gegen Entgelt für internationale Organisationen, Regierungen verschiedener Partnerländer und andere Organisationen erbringt.

laubte GTZ Mitarbeiter/innen in der Zentrale der Weltbank eingesetzt. Zusätzlich gab es im Berichtszeitraum verschiedene Kurzzeiteinsätze entsandter GTZ-Mitarbeiter nach Washington, z.B. zur Mitwirkung an der Erstellung des Weltentwicklungsberichtes.

Die jahrelang gepflegten Kontakte zwischen Internationale Weiterbildung und Entwicklung (**InWEnt**) und der Weltbank, insbesondere dem World Bank Institute (WBI), führten zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) zwischen WBI und InWEnt im Jahre 2003. Im Rahmen dieses MoU wurde eine enge Kooperation mit dem WBI in den folgenden Bereichen vereinbart:

1. Gemeinsame fachlich ausgerichtete Projekte und Veranstaltungen mit dem WBI
2. Austausch zum Thema *Capacity Building*
3. Entwicklungspolitische Dialoge (EF) mit der Weltbank, d.h. Teilnahme von Weltbank-Mitarbeitern an zahlreichen hochrangigen internationalen Politikdialogen des Entwicklungspolitischen Forums von InWEnt. So wurde z.B. das internationale Dialogforum zum Thema „*Business and the MDG*“ im September 2005 in New York zusammen mit dem WBI durchgeführt.
4. Präsentation wichtiger Weltbankberichte in Deutschland: Seit vielen Jahren führt InWEnt in Kooperation mit dem Chefökonom der Weltbank und dem Autorenteam des World Development Report (WDR) den zentralen Vorbereitungsworkshop durch. Daneben organisiert InWEnt gemeinsam mit dem BMZ Diskussionsveranstaltungen zur Präsentation wichtiger Weltbank-Berichte (WDR, *Global Economic Prospects Report*, *Global Development Finance Report*).

Der **Deutsche Entwicklungsdienst (DED)** kooperiert auf zwei Ebenen mit der Weltbank: Zum einen ist eine entsandte Mitarbeiterin des DED in einer Abteilung des Afrika-Bereichs tätig, die sich mit der Qualitätssicherung von IDA-finanzierten Projekten im Rahmen des gesamten Projektzyklus beschäftigt. Ihre Kenntnisse aus der partizipativen und nachfrageorientierten Zusammenarbeit des DED mit seinen Partnern vor Ort bringt sie in die konkrete Beratung von Projekt-Teams ein, insbesondere zu Fragen der Wirkungsorientierung, der in-

stitutionellen Umsetzungsarrangements und der Einhaltung von Effizienzkriterien zum Projekt- und Länderportfolio-Management.

Zum anderen arbeitet der DED in einzelnen Partnerländern mit der Weltbank bzw. im Auftrag von Regierungsstellen mit von der Bank finanzierten Projekten zusammen. Der DED erprobt in diesem Zusammenhang unterschiedliche Modelle: So sind z.B. in einem Projekt zur Stärkung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Äthiopien insgesamt 8 Fachkräfte des DED tätig, um dazu beizutragen, an lokalen Standorten entsprechende Kenntnisse und technische Infrastruktur aufzubauen. In einem Gesundheitsprojekt im Tschad kamen bis vor kurzem bis zu vier Fachkräfte des DED für die Beratung von verschiedenen Abteilungen des Regionalkrankenhauses der Provinz Moyo-Chari zum Einsatz. Mit dem bevorstehenden Abschluss des Projekts wird auch deren Tätigkeit im Wesentlichen zum Jahresende 2006 enden. Derzeit sind Überlegungen zu einer über den Projektverlauf hinausgehenden punktuellen Beratung durch den DED im Gange. Eine andere Art der Zusammenarbeit wird derzeit für den Bereich ländliche Entwicklung in Malawi und Kenia sowie Südafrika vorbereitet: Dort werden Fachkräfte des DED in Kürze vom Weltbank-Büro aus Weltbank-finanzierte Vorhaben gezielt zu Bewässerungslandwirtschaft und Ressourcenschutz beraten.

3.10 „Corporate Governance“ der Weltbank

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 beschäftigte sich das Exekutivdirektorium intensiv mit Fragen einer angemessenen Unternehmensführung und -kontrolle sowie der Organisationsstruktur der Weltbank, hier insbesondere dem Aspekt einer stärkeren Mitsprache der Partnerländer.

Unter Vorsitz des deutschen Exekutivdirektors konnte der Ausschuss des Exekutivdirektoriums „Committee on Governance and Administrative Matters“ (COGAM) die Arbeiten zur **Verbesserung der Arbeitsabläufe des Exekutivdirektoriums** („*Board Effectiveness*“) einen entscheidenden Schritt voranbringen.

So wurden Vorschläge durch das Exekutivdirektorium gebilligt, die eine **stärkere strategische Ausrichtung des Exekutivdirektoriums** unterstützen und ihm mehr Mitsprache bei der Bestimmung der Agenda

sichern, eine bessere Kontrolle mit Blick auf Umsetzung der Empfehlungen und Beschlüsse des Exekutivdirektoriums durch das Management der Bank ermöglichen und Verfahrensabläufe verbessern. In Vorbereitung befindet sich eine Neufassung der Richtlinien für die Zusammensetzung und Arbeitsweise der fünf ständigen Ausschüsse des Exekutivdirektoriums.²⁶ Abgeschlossen werden soll die „Board Effectiveness Agenda“ mit der Entwicklung von Verfahren zur **Evaluierung der Arbeit des Exekutivdirektoriums**. Erste Vorschläge hierzu liegen vor.

Wichtige Fragen der Organisationsstruktur, darunter der Aspekt der Mitsprache der Partnerländer, die „**Voice Agenda**“, wurden durch COGAM weiter vorangetrieben. Diese Initiative fußt auf der Erklärung von Monterrey (Monterrey Consensus 2002), in der die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) aufgefordert²⁷ wurden, die **Partizipation der Entwicklungs- und Transformationsländer** an der Entscheidungsfindung dieser Institutionen zu verbessern. Ziel ist es, den internationalen Dialog zu stärken und die Sichtweisen der Entwicklungs- und Transformationsländer stärker in die Entwicklungszusammenarbeit der Bretton Woods Institutionen einfließen zu lassen.

Zur Jahrestagung im September 2005 war ein Fortschrittsbericht vorgelegt worden, der die bisherigen Maßnahmen darlegte, die der Verbesserung der Partizipation der Entwicklungs- und Transformationsländer und der Stärkung der „ownership“ dienen (u.a. PRSP Prozess, Dezentralisierung der Weltbank, Harmonisierung von Geberverfahren). Komplementär hierzu erfolgt die **Unterstützung der Büros von Exekutivdirektoren der Entwicklungsländer** durch Fortbildungsprogramme, technische Unterstützung zur besseren Kommunikation mit den Hauptstädten sowie einen Treuhandfonds für afrikanische Forschungsaufträge. Im Geschäftsjahr 2006 wurde das in diesem Rahmen ins Leben gerufene „*Voice Secondment Program*“ fortgeführt, das es Mitarbeitern von Regierungen aus Entwicklungsländern ermög-

²⁶ Audit Committee, Budget Committee, Committee on Governance and Administrative Matters, Committee on Development Effectiveness, Personnel Committee

²⁷ Monterrey Consensus Punkt 63

licht, im Rahmen eines sechsmonatigen Aufenthalts bei der Weltbank deren Arbeitsweise und Verfahren besser kennen zu lernen. Die zweite Teilnehmergruppe hat das Erfahrungslernen im Juli 2006 abgeschlossen, und eine dritte Gruppe wird derzeit zusammengestellt.

Zu den Vorschlägen zur **Reform der Entscheidungs- und Kapitalstrukturen** (z.B. Erhöhung der Basisstimmrechte für Entwicklungs- und Transformationsländer, Änderung im Abstimmungsverfahren, Erhöhung bzw. Absenkung von Kapitalanteilen, Erhöhung der Anzahl der afrikanischen Sitze im Exekutivdirektorium) konnte aufgrund der Komplexität der einzelnen Vorschläge und der unterschiedlichen Interessenslagen weiterhin kein Konsens erzielt werden. Vielmehr wurde beschlossen, den Ausgang der Diskussion beim IWF zu einer ad hoc Erhöhung der Quoten einzelner Schwellenländer, Anhebung der Basisstimmrechte und Sicherung der Repräsentanz der ärmsten Entwicklungsländer abzuwarten. Der IWF wurde von den Gouverneuren aufgefordert, hierzu Vorschläge für die Jahrestagung 2006 in Singapur vorzulegen. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen etwaige Reformen beim IWF auf die Weltbank haben werden. Ein Automatismus hinsichtlich der Übernahme der Reformen besteht aufgrund unterschiedlicher institutioneller Ausgestaltung nicht notwendigerweise. So bestimmt z.B. die Höhe des Kapitalanteils bei der Weltbank – im Unterschied zur IMF-Quote – nicht über das mögliche Ausleihevolumen.

3.11 Deutsches Weltbank-Forum 2006 in Hamburg

Am 1./2. Juni 2006 fand das achte Deutsche Weltbankforum in Hamburg statt. Schwerpunkt des Forums waren in diesem Jahr die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Europas mit der Region des Nahen und Mittleren Ostens (MENA-Region). Das Deutsche Weltbankforum findet ca. alle 1 ½ Jahre statt und hat sich zu einer wichtigen Schnittstelle zwischen Weltbank, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland entwickelt. Rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und dem Nahen Osten haben zwei Tage lang wirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragen der Region erörtert. Wie üblich hat auch in diesem Jahr der amtierende Weltbankpräsident

teilgenommen, genauso wie die zuständige Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul. Bundesministerin Wieczorek-Zeul betonte, dass die MENA-Region auch für Deutschland von großer Bedeutung sei: „Ihre Entwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Wohlstand auch bei uns.“ Eine Verknüpfung vieler wechselseitiger Interessen sei vorhanden. Deutsche Firmen hätten ein hohes Maß an regionalspezifischem Know-how und eine lange Verbindung in die Region, und könnten so einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme der Region leisten. Weltbankpräsident Wolfowitz stellte in seinem Beitrag v.a. die Fragen von Regierungsführung („Good Governance“) in den Mittelpunkt. Nach seinem „Antrittsbesuch“ im Januar 2006 in Berlin (wo er u.a. mit Bundespräsident Köhler, BM Steinmeier, BM Glos und dem BDI-Präsidenten zusammentraf) war dies bereits sein zweiter offizieller Besuch in Deutschland.

4

Aussenbeziehungen des Deutschen Weltbankbüros

4.1 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Auftragsvergaben an deutsche Firmen im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben

Im Unterschied zu früheren Jahren führt die Weltbank keine umfassende Statistik über die Herkunftsländer von Lieferungen und Leistungen im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben mehr. Lediglich für rd. 4500 größere Aufträge, die aber nur weniger als ein Viertel des gesamten IBRD/IDA-Finanzierungsvolumens ausmachen, liegen Informationen über Herkunftsländer vor.

Basierend auf dieser nicht-repräsentativen Stichprobe schätzen wir, dass deutsche Unternehmen im Rahmen Weltbank-finanzierter Vorhaben im Jahr 2006 **Aufträge in einer Größenordnung von ca. 400–500 Mio. US-\$** erhalten haben. Soweit erkennbar, lagen deutsche Unternehmen aufgrund ihrer Exportorientierung und bekannt hohen Wettbewerbsfähigkeit auch im Jahr 2006 an erster Stelle unter den OECD-Ländern, gefolgt von französischen und spanischen Unternehmen. Insgesamt hat die Weltbank für die Finanzierung deutscher Exporte angesichts der begrenzten Finanzierungsvolumina in Relation zum gesamten deutschen Export in einer Größenordnung von über 900 Mrd. US-\$ p.a. keine relevante Rolle. Auch die Bedeutung Weltbank-finanzierter Vorhaben für die Erschließung neuer Märkte hat sich deutlich reduziert. Für einzelne international agierende und konkurrenzfähige deutsche Unternehmen bleibt die Weltbank allerdings ein relevanter Partner.

IBRD und IDA wurden gegründet zu einer Zeit fester Wechselkurse und extensiver Devisenkontrollen. Der Zugang zu Devisen und damit

zu Importen wurde in den 50er, 60er und 70er Jahren als entscheidend für wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich seit dieser Zeit grundlegend geändert. Einerseits haben viele Entwicklungsländer heute anderweitigen Zugang zu Devisen, sei es durch Exporte oder Zugang zum Kapitalmarkt. Andererseits haben sich in vielen Ländern **wettbewerbsfähige heimische Industrien** entwickelt. Daher ist es wenig überraschend, dass heute ca. **drei Viertel der Weltbank-Finanzierungen** (also rund 17 von insgesamt 23 Mrd. US-\$ pro Jahr) auf Lieferungen und Leistungen aus Entwicklungsländern entfallen und nur noch ein Viertel auf Lieferungen aus Industrieländern. Größte Lieferländer sind China, Indien und Brasilien, wobei gerade chinesische und indische Firmen nicht nur bei Projekten im eigenen Land erfolgreich sind, sondern zunehmend auch auf anderen Märkten und zunehmend auch in Hi-tech Branchen wie Telekommunikation und Energieversorgung.

Rolle des deutschen Büros

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**. Eine Informationsbroschüre (das sog. „Vademecum“) mit Hinweisen zur Kontaktaufnahme mit der Weltbank kann im Sekretariat angefordert werden. Zahlreiche Entscheidungen, die in der Weltbank getroffen werden, beeinflussen die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft in unmittelbarer Weise, daher sehen wir in der frühzeitigen Information über neue Entwicklungen eine unserer Aufgaben.

Um einen besseren und systematischen Austausch mit Wirtschaftsvertretern zu erreichen, wurde Anfang des Jahres 2003 ein **Wirtschaftsarbeitskreis** gegründet. Hierbei handelt es sich um einen informellen Kreis von in Washington vertretenen Verbands-, Consulting- und Industrievertretern. Ziel der regelmäßig stattfindenden Treffen dieses Arbeitskreises ist es, den **Informationsfluss in beide Richtungen zu verbessern**. Zum einen informiert das deutsche Büro über aktuelle Entwicklungen in der Weltbank und zum anderen ergibt sich die Möglichkeit, **Erfahrungen von Wirtschaftsvertretern** mit der Weltbank zu erhalten. Ein wichtiges Thema im abgelaufenen Geschäftsjahr war

die Diskussion über die Anwendung **ländereigener Systeme bei den Ausschreibungsverfahren** und die Konsequenzen die sich daraus für die Unternehmen ergeben. Das Thema bleibt auch im laufenden Geschäftsjahr 2007 auf der Agenda der Weltbank und des deutschen Büros.

Auch im Geschäftsjahr haben zahlreiche Wirtschaftsvertreter aus verschiedenen Bundesländern individuell oder in Gruppen die Weltbank besucht, um sich vor Ort über Geschäftsmöglichkeiten zu informieren.

Ansprechpartner für die deutsche Wirtschaft

Die folgenden Ansprechpartner sind für die deutsche Wirtschaft von besonderem Interesse:

- Herr Wilfried Maus von der **Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai)** fungiert als Kontaktstelle für die deutsche Wirtschaft in Weltbankfragen. Er ist zu erreichen unter: German Office for Foreign Trade, Agrippastrasse 87–93, 50676 Köln, Telefon: 0221-2057-339, Fax: 0221-2057-212, Email: maus@bfai.com.
- Zusätzlich unterhaelt die **bfai** seit Ende 2003 eine Korrespondentestelle und ein Verbindungsbüro zur Weltbank in Washington D.C. . Der bfai-Korrespondent Günter Maier informiert speziell über Geschäftsmöglichkeiten mit der Weltbank. Thematische Schwerpunkte sind die aktuellen Entwicklungen bei Beschaffungsfragen, Antrags- und Auftragsvergabeverfahren, Consultingleistungen und Themen der Projektentwicklung. Darüber hinaus unterstützt er vor Ort deutsche Unternehmen bei der Anbahnung von Geschäften mit der Weltbank Gruppe. Die **bfai** bietet auf ihrer Homepage (www.bfai.de) seit Frühjahr 2004 strukturierte Informationen zum Themenbereich „**Weltbank-Projekte**“ an. Die Kontaktanschrift lautet: Günter Maier, German Office for Foreign Trade (bfai), Washington Liaison Office, Suite 412, 529 14th Street, NW, Washington, D.C. 20045, USA, Tel.: +1-202-662-7415, Fax: +1-202-662-7419, E-Mail: maier@bfai.de.
- Das **Verbindungsbüro der bayerischen Wirtschaft in Washington** stellte fünf Jahre lang eine Anlauf- und Beratungsstelle für bayerische

Unternehmen dar, wird aber nach Auslaufen der Finanzierung Ende 2006 geschlossen werden. Die Kontaktanschrift lautet: State of Bavaria Liaison Office, 1627 I-Street, NW, Suite 550, Washington DC, 20006, USA, Telefon: +1-202-659-6823, Fax: +1-202-659-4779, Email: psalminger@bavariaindc.org.

- Das **gemeinsame Büro von BDI und DIHK Büro in Washington** fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Bernhard Welsche geleitet, die Kontaktanschrift lautet: Representative of German Industry and Trade, 1627 I Street, NW, Suite 550, Washington DC, 20006, Telefon: +1-202-659-4777, Fax: +1-202-659-4779, Internet: www.rgit-usa.com.
- Das **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland** hat seinen Standort in Frankfurt/Main und fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Oltmann Siemens geleitet, die Kontaktanschrift lautet: Bockenheimer Landstrasse 109, 60325 Frankfurt/Main, Tel.: 069-743-48230, Fax: 069-743-48239, Email: osiemens@ifc.org.

4.2 Austausch mit den Vereinten Nationen

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen stand im vergangenen Geschäftsjahr erneut das **“Special High Level Meeting”** des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) in New York, zu dem ECOSOC seit 1998 ein mal jährlich mit den Bretton Woods Institutionen zusammentrifft. An dem Treffen beteiligten sich Vertreter/innen der Vereinten Nationen, der Bretton Woods Institutionen, der Welthandelsorganisation sowie Sprecher aus dem Privatsektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Themen der vier Schwerpunktdiskussionen reflektierten den Stand der gemeinsamen Arbeit seit der Konferenz von Monterrey und dem **“World Summit”** von 2005.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, eröffnete die Konferenz und lobte die Fortschritte bei den entwicklungspolitischen Vereinbarungen der internationalen Staatengemeinschaft, besonders im Bereich der Entwicklungsfinanzierung. Großen Handlungsbedarf

mahnte er allerdings bei der Umsetzung dieser Beschlüsse an, insbesondere im handelspolitischen Bereich. Die Schuldenlasten hochverschuldeter Entwicklungsländer sollten weiter verringert und innovative Finanzierungsinstrumente, wie Abgaben auf Flugtickets, weiter entwickelt werden.

Der erste der anschließenden parallelen “Round Tables” befasste sich mit der **Unterstützung nationaler Entwicklungsstrategien** in Partnerländern und dem Implementierungsstand der globalen Entwicklungsziele. In seinem Eingangsreferat forderte der Leiter des Millenniums-Projekts der Vereinten Nationen²⁸, Prof. Jeffrey Sachs, den Internationalen Währungsfond dazu auf, gemeinsam mit den Finanzministern aus Entwicklungsländern zur Schließung von Finanzierungslücken beizutragen, die eine Umsetzung nationaler Entwicklungsziele behindern. Die Diskussion ergab Übereinstimmung, dass dafür die Implementierung transparenter und leistungsfähiger Finanzsysteme erforderlich sei. Ebenso sollten private Finanzressourcen, z.B. Auslandsüberweisungen von Arbeitsmigranten oder auch das Engagement privater Stiftungen stärker genutzt werden. Für Entwicklungsfortschritte sei die “ownership” der Partnerländer ebenso unverzichtbar, wie die Mehrjahreszusagen von Gebern, die zu größerer Planungssicherheit beitragen.

Mit der **Bedeutung des Handels für die Entwicklung** von Partnerländern befasste sich die zweite Arbeitsgruppe, die vom deutschen Exekutivdirektor in der Weltbank und dem Vorsitzenden des “Trade and Development Board” der “United Nations Commission for Trade and Development“ (UNCTAD) geleitet wurde.²⁹ Zahlreiche Diskussionsteilnehmer unterstrichen die Bedeutung von “**Aid for Trade**”³⁰ insbesondere dort, wo entsprechende Maßnahmen integrale Bestandteile der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien von Partnerländern seien. Besonders Entwicklungsländer betonten, dass “Aid for Trade” nicht Ersatz, sondern Ergänzung für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA) sein müsse und auch nicht der geforderten Öffnung

²⁸ www.unmillenniumproject.org

²⁹ www.unctad.org

³⁰ www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/041205b.htm

von Marktzugängen im Wege stehen dürfe. Sprecher aus Industrieländern betonten die besondere Bedeutung der Privatwirtschaft für den Ausbau des Handels. Hoffnungen wurden mit den angestrebten Verbesserungen regionaler Kooperationen, mit Freihandelsprojekten, der Ausdehnung des Süd-Süd-Handels und weitergehenden Handelsliberalisierungen verknüpft sowie mit der Freistellung von Zöllen, durch die man den Handel mit den am wenigsten entwickelten Länder fördern könne. Die Einrichtung eines globalen Fonds für "Aid for Trade" -Maßnahmen wurde jedoch von mehreren Sprechern abgelehnt. Einig waren sich hingegen mehrere Sprecher/innen darin, dass Lösungen für die in dieser Runde nur angesprochenen Fragen nicht von einzelnen, sondern nur durch gemeinsame Anstrengungen internationaler Organisationen entwickelt werden könnten, wobei dabei den Vereinten Nationen, den Bretton Woods – Institutionen und der UNCTAD eine besondere Bedeutung zukomme.

Mit der Umsetzung aktueller Initiativen zur nachhaltigen **Entschuldung** im Rahmen der "Multilateral Debt Relief Initiative" (MDRI) befasste sich die dritte Arbeitsgruppe. Zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe sieht die 2005 vereinbarte Initiative vor, dass Weltbank, IWF, IDA, die Afrikanische Entwicklungsbank und der Afrikanische Entwicklungsfonds weitere Schulden zugunsten hochverschuldeter Entwicklungsländer erlassen, die den "HIPC completion point" erreicht haben. Vertreter/innen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verwiesen darauf, dass der Entschuldungsprozess von den begünstigten Partnerländern selbst durch Maßnahmen guter Regierungsführung, durch die Umsetzung von Wirtschaftsreformen, der Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen und durch Zurückhaltung bei der Aufnahme neuer Kredite unterstützt werden müsse.

Möglichkeiten zur Unterstützung von Entwicklungsprozessen in **Ländern mit mittleren Einkommen**, so genannten "Middle Income Countries" (MICs) erörterte die vierte Arbeitsgruppe auf der Basis der Ergebnisse des "2005 World Summit". Aufgrund ihrer großen Population leben in MICs mehr Menschen unterhalb der Armutsgrenze, als in Ländern mit geringen Einkommen. Einig waren sich die Teilnehmer, dass MICs für die Erreichung der angestrebten Entwicklungsziele umfassende

Infrastrukturmaßnahmen, vor allem zur Armutsreduzierung, benötigen. Ferner seien die Schaffung günstiger Investitions- und anderer Rahmenbedingungen sowie Maßnahmen zur Privatsektorentwicklung für das weitere Wirtschaftswachstum unerlässlich. Das vom BMZ in der Arbeitsgruppe vorgestellte **“Ankerländerkonzept”**³¹ der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit MICs fand auch aufgrund der erläuterten Schwerpunkte “soziale Kohäsion”, “Schutz globaler Umweltgüter”, “gute Regierungsführung und regionale Sicherheit” starke Beachtung. Die Vertreterin des BMZ unterstrich die aus deutscher Sicht unerlässliche Bereitstellung zusätzlicher qualitativer Unterstützungsleistungen für MICs, wie sie z.B. durch verstärkte Beratungsangebote erbracht werden könnten. Aktivitäten der Vereinten Nationen sollten sich deshalb nicht allein auf die Förderung von gering entwickelten Ländern, so genannten LDC, konzentrieren, sondern weiterhin auch die Entwicklungspartnerschaften mit MIC ausbauen. Dies diene auch dem besseren Schutz von globalen öffentlichen Gütern und trage zu einer größeren regionalen Stabilität bei.

Im Nachgang zum “High-Level Meeting of ECOSOC” trafen auch in diesem Jahr Vertreter/innen aus den Büros der Exekutivdirektoren in der Weltbankgruppe mit denjenigen aus den Ländervertretungen bei den Vereinten Nationen zusammen. Die zwei Mal jährlich abwechselnd in New York und in Washington DC tagende Arbeitsgruppe wird nach dem Ort ihres Gründungstreffens **“Philadelphia Group”** genannt. Die Gruppe tauscht sich über bedeutsame Themen, Positionen und für Weltbank und Vereinte Nationen gleichermaßen interessante Entwicklungen aus.

Diskutiert wurden insbesondere die Notwendigkeit einer intensivierten Kooperation zwischen den Bretton Woods Institutionen und den Vereinten Nationen bei der **Korruptionsbekämpfung**.

Ferner erfolgte ein Austausch über die jeweiligen **Reformprozesse und die Frage der Repräsentation und Mitsprachemöglichkeiten der Entwicklungsländer** bei den Bretton Woods Institutionen einerseits und den Vereinten Nationen andererseits.

³¹ www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial116/spezial116_90.pdf

4.3 Zusammenarbeit des deutschen Büros mit und innerhalb der EU

Zwischen den Exekutivdirektoren der EU-Mitgliedsländer in der Weltbank gibt es eine informelle, aber zugleich **enge, regelmäßige und effektive Zusammenarbeit**.

Alle 25 Mitgliederländer der EU sind auch Mitglieder der Weltbank und somit entweder durch eigene Exekutivdirektoren oder in gemischten Vertretungsgruppen im Exekutivdirektorium vertreten. Einmal wöchentlich findet ein Abstimmungstreffen zu strategischen Themen statt. Hinzu kommen anlassbezogen weitere Treffen, in denen gemeinsame Positionen und Stellungnahmen zu einzelnen Projekten oder Dokumenten formuliert werden. An den wöchentlichen Abstimmungstreffen der „EU-Gruppe“ nimmt regelmäßig auch eine Vertreterin der Delegation der Europäischen Kommission in Washington teil. Im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft wird im Geschäftsjahr 2007 der deutsche Exekutivdirektor für sechs Monate den **Vorsitz der EU-Koordinierungsgruppe** übernehmen.

Besonders bereichert wird die EU-Abstimmung durch die Vertreter der zehn Länder, die 2004 der EU beitraten. Die Vertreter etwa Polens oder der baltischen Länder kennen die Weltbank aus Kundenperspektive und können bestimmte Stärken und Schwächen der Weltbank aus anderer Sicht beurteilen, als die Vertreter der etablierten Geberländer.

Gemeinsame Stellungnahmen mehrerer oder aller EU-Exekutivdirektoren zu zentralen Themen haben im Board der Weltbank eine deutliche Signalwirkung und ermöglichen es, europäische Positionen zu verankern.

Reise der europäischen Exekutivdirektoren nach Brüssel

Wie schon in den beiden vergangenen Jahren, reisten die Exekutivdirektoren bzw. ihre Vertreter/innen aus Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) im Geschäftsjahr 2006 zu Gesprächen mit EU-Kommissaren nach Brüssel. Die gemeinsam mit der Delegation der Europäischen Vertretung in Washington vorbereiteten Beratungen beabsichtigten in erster Linie, die **Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und der EU-Koordinationsgruppe** in der Weltbank zu vertiefen und die von der EU im Dezember 2005 unter dem Titel

„**European Development Consensus**“ beschlossene gemeinsame EU-Entwicklungspolitik zu erörtern. Weitere Schwerpunkte der Diskussion galten künftigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EU und der Weltbankgruppe bei der Implementierung der **Afrika-Strategie** der EU. Zum Programm gehörte ferner die Erörterung der **EU-Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik** und ihre Auswirkungen auf die Politiken und Programme der Weltbankgruppe und die Rolle der Bank als Implementierungspartner der EU.

Seitens der Europäischen Kommission (EC) beteiligten sich die Kommissare Louis Michel (Development and Humanitarian Assistance), Joaquin Almunia (Economics and Finance), Peter Mandelson (Trade), Franco Frattini (Justice, Security and Home Affairs), die Generaldirektoren Stefano Manservigi (Development), Eneko Landaburu (RELEX), Koos Richelle (AIDCO), Michael Leigh (ENLARG) und zahlreiche ihrer Mitarbeiter/innen an dem zweitägigen Austausch. Intensive Gespräche führte die Weltbank-Delegation auch mit dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Philippe Meystadt und mit Sprechern/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus europäischen Mitgliedsländern.

Seit dem letzten gemeinsamen Besuch europäischer Exekutivdirektoren in Brüssel im März 2005 hatte die EU den **Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik** verabschiedet, eine wesentliche Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit beschlossen und sich im Rahmen einer umfassenden Strategie zur künftigen Zusammenarbeit mit Afrika besonders der Entwicklung dieses Kontinents verpflichtet.

Für Irritationen auf Seiten der Weltbankgruppe hatte der Beschluss der EU gesorgt, einen eigenen umfassenden **Finanzierungsfonds für Infrastrukturmaßnahmen** in Afrika einzurichten. Die Weltbank sah darin die Gefahr einer Doppelung ihres „Africa Catalytic Growth Fund“. Mit Verweis auf die bis 2010 angestrebte erhebliche Steigerung der EU-Entwicklungshilfe entkräfteten Entwicklungskommissar Michel und EIB-Präsident Maystadt diese Befürchtungen jedoch. Der neue EU-Fonds entspräche der neuen Afrikastrategie, wonach die erheblichen zusätzlichen Finanzmittel auch für den Ausbau der Infrastruktur in Afrika Verwendung finden sollten. Ferner wolle die Kommission ihre Partnerschaften mit afrikanischen Institutionen, z.B.

mit der „New Partnership for Africa’s Development“ intensivieren. Um der möglichen Entwicklung etwaiger Parallelstrukturen in der Arbeit von EU und Weltbank vorzugreifen, wurde von beiden Seiten ein enger Abstimmungsprozess hinsichtlich der Implementierung beider Fonds vereinbart.

Wichtige Elemente des im März 2006 von der Europäischen Kommission beschlossenen „**Aid Effectiveness Package**“ erläuterten die für Entwicklung und Kooperation zuständigen Generaldirektoren Manservigi und Richelle. Unter dem Motto „delivering more, faster and better“ ziele das Paket auf höhere Entwicklungsvolumina, auf höhere Effektivität und auf schnellere Implementierung von Entwicklungsmaßnahmen.

Die Bedeutung des **Handels** als zentraler Bestandteil der Entwicklungsagenda unterstrich der für Handel zuständige EU-Kommissar Peter Mandelson. Er befürwortete ein größeres Engagement der Weltbank bei der Förderung von Handelskapazitäten. Unabhängig von bestehenden Meinungsunterschieden in der Gruppe der europäischen Exekutivdirektoren über Aspekte der „Doha Development Agenda“, über die Bedeutung der Handelsliberalisierung sowie über die generelle Rolle der Bank in der Handelsdiskussion, stimmten die Exekutivdirektoren mit Mandelson hinsichtlich der Bedeutung handelsbezogener Hilfen („Aid for Trade“) überein.

Die Vermeidung von Parallelstrukturen und der Vorschlag zur Erarbeitung grundlegender Prinzipien der Zusammenarbeit unter Wahrung der ökonomischen und sozialen Standards der EU bestimmten die Inhalte des Gesprächs mit dem Präsidenten der **Europäischen Entwicklungsbank** (EIB)³², Philippe Maystadt. Mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und EIB in Südosteuropa verwies dieser auf positive Kooperationsbeispiele, unterstrich jedoch hinsichtlich des weiteren Engagements für Afrika die Notwendigkeit neuer Kooperationsformen und zusätzlicher Kofinanzierungen von Projekten.

Wie schon in den beiden voran gegangenen Jahren, traf die Weltbankdelegation auch in diesem Jahr mit Sprechern/innen von **Nichtregierungsorganisationen** aus verschiedenen EU-Mitgliedsländern

³² www.eib.org

zusammen. Zu den ausführlich diskutierten Themen gehörten die mit der Ölpipeline Tschad-Kamerun verbundenen Konflikte und die Aufforderung der NRO, dass sich die Weltbank künftig nicht mehr an risiko- bzw. konfliktreichen Projekten dieser Art zu beteiligen solle. Ferner solle sich die Bank intensiver um die mit solchen Projekten verknüpften sozialen und Umweltprobleme kümmern und in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen im jeweiligen Partnerland ausreichende Rechts- und Monitoringinstrumente bereitstellen. Im Kontext der Multilateral Debt Relief Initiative kritisierten die NRO die von der Bank beschlossene Qualifizierungsfrist für Partnerländer bis Ende März 2006. Ferner erwarten die NRO eine erweiterte Anwendung des „*Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries*“ für die 66 ärmsten Staaten der Welt sowie eine offene Diskussion über illegitime Schulden im Kontext der Arbeit der Weltbankgruppe.

Abkürzungsverzeichnis

AFD	Agence Française de Développement (Durchführungsorganisation der französischen Entwicklungszusammenarbeit)
ARTF	Afghanistan Reconstruction Trust Fund (von der Weltbank verwalteter Treuhandfonds für den Wiederaufbau Afghanistans)
AwZ	Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (des deutschen Bundestages)
BP	Bank Procedures (interne Verfahrensrichtlinien der Weltbank)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BWI	Bretton Woods Institutionen (d.h. Weltbank und IWF)
CAO	Compliance Advisor/Ombudsman
CAS	Country Assistance Strategy (mittelfristige Länderstrategie der Weltbank)
CDF	Comprehensive Development Framework
CEA	Country Environmental Analysis
COGAM	Committee on Governance and Executive Directors' Administrative Matters (eines der 5 Komitees des Exekutivdirektoriums der Weltbankgruppe)
CPAR	Country Procurement Assessment Review (Analyse des öffentlichen Beschaffungswesens eines Mitgliedslandes)
CPIA	Country Performance and Institutional Assessment (Bewertungsrahmen, der der Mittelvergabe durch IDA zu Grunde liegt)
DC	Development Committee (gemeinsamer Entwicklungsausschuss von Weltbank und IWF)

D.C.	District of Columbia
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungs- Gesellschaft
DfID	Department for international Development (britische Entwicklungsagentur)
DGF	Development Grant Facility (Zuschussfonds der Weltbank für Kleinprojekte)
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DSA	Debt Sustainability Analysis (Schuldentragfähigkeitsanalyse)
DSF	Debt Sustainability Framework (Rahmenwerk zur Sicherstellung der langfristigen Schuldentragfähigkeit der IDA-Mitgliedsländer)
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
ED	Exekutivdirektor
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EIR	Extractive Industries Review
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FPIC	Free Prior Informed Consultations
GEF	Global Environment Facility
GFATM	Global Fund for Aids, Tuberculosis and Malaria
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
G-7	Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada)
GJ	Geschäftsjahr / Fiskaljahr (das Geschäftsjahr der Weltbank beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juni des Folgejahres)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development

IDA	International Development Association
IEG	Independent Evaluation Group (Evaluierungsabteilung der Weltbank)
IFC	International Finance Corporation
IFF	International Finance Facility
IFI	International Finance Institutions (Sammelbegriff für Weltbank, Weltwährungsfonds sowie regionale Entwicklungsbanken)
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation der UN)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAN	Kernarbeitsnormen
LICUS	Low Income Countries Under Stress
LIC	Low Income Countries
MIC	Middle Income Countries, Länder mittleren Einkommens
MDG	Millennium Development Goals
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
MAP	Multi-country HIV/AIDS Program
ODA	Official Development Aid
OED	Operation Evaluation Department (frühere Bezeichnung der Evaluierungsabteilung der Weltbank, neuerdings: IEG)
OD	Operational Directive
OP	Operational Policy (interne Verwaltungsvorschrift der Weltbank)
PA	Poverty Assessment
PER	Public Expenditure Review
PRSC	Poverty Reduction Support Credit
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
PSIA	Poverty and Social Impact Analysis

QAG	Quality Assurance Group
SZR	Sonderziehungsrechte (1969 vom IWF eingeführte fiktive Währungseinheit, die durch einen Korb verschiedener Weltwährungen definiert ist)
UNAIDS	The Joint United Nations Program on HIV/AIDS
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
Utstein Gruppe	Informeller Zusammenschluss der Entwicklungsministerinnen und Entwicklungsminister Kanadas, Deutschlands, der Niederlande, Norwegens, Schwedens, Großbritanniens
VN	Vereinte Nationen
WCD	World Commission on Dams
WDR	World Development Report
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
YPP	Young Professional Program

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des deutschen Weltbankbüros



Dr. habil. Eckhard Deutscher
Exekutive direktor
Tel. 202.458.1183
edeutscher@worldbank.org



Walter E. Hermann
Stellv. Exekutivdirektor
Tel. 202.458.1190
whermann@worldbank.org



Susanne Dorasil, LLM
Senior Advisor
Tel. 202.458.8014
sdorasil@worldbank.org



Martin Dorschel
Advisor
Tel. 202.458.1742
mdorschel@worldbank.org



Qays Hamad
Advisor
Tel. 202.458.1181
qhamad@worldbank.org



Uwe Wolff
Advisor
Tel. 202.458.1182
uwolff@worldbank.org



Brigitte Haghghi
Sekretariat
Tel. 202.458.1628
bhaghghi@worldbank.org

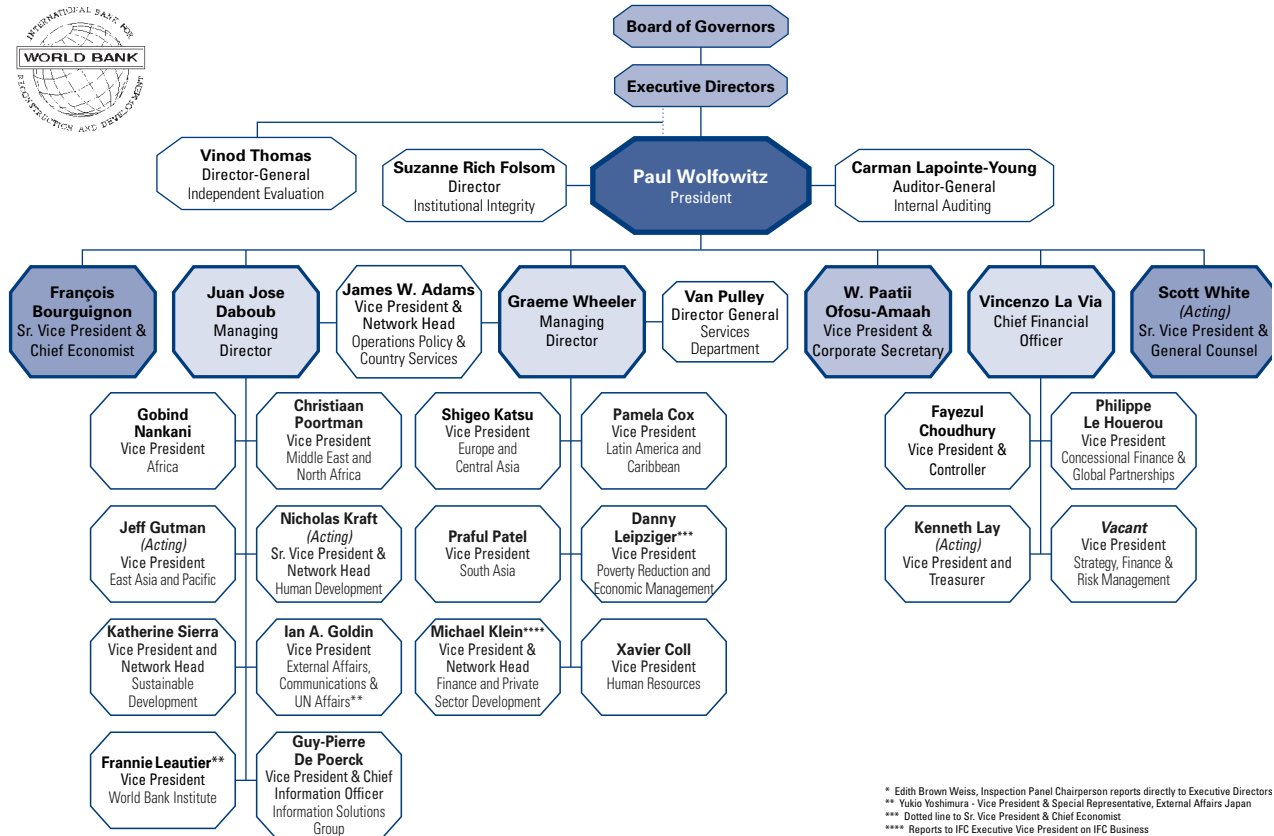


Daniela Sperco
Sekretariat
Tel. 202.458.1186
dsperco@worldbank.org



Jessica Venema
Sekretariat
Tel. 202.458.1188
jvenema2@worldbank.org

Organization Chart of the World Bank - July 2006



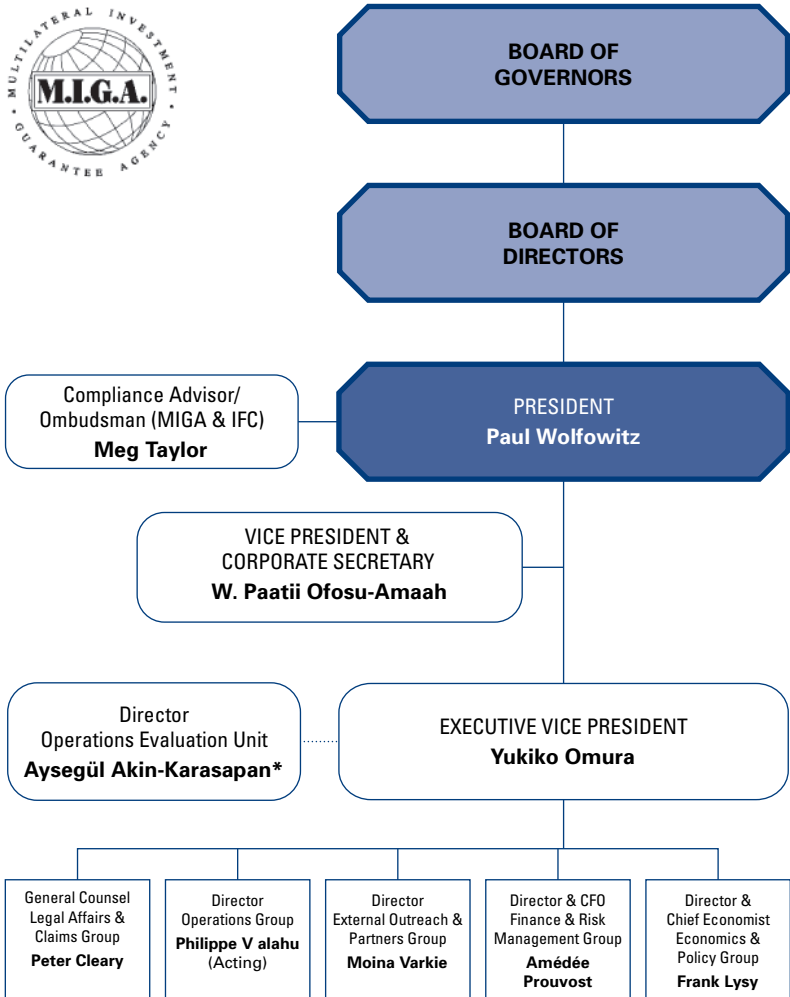
* Edith Brown Weiss, Inspection Panel Chairperson reports directly to Executive Directors

** Yukio Yoshimura - Vice President & Special Representative, External Affairs Japan

*** Dotted line to Sr. Vice President & Chief Economist

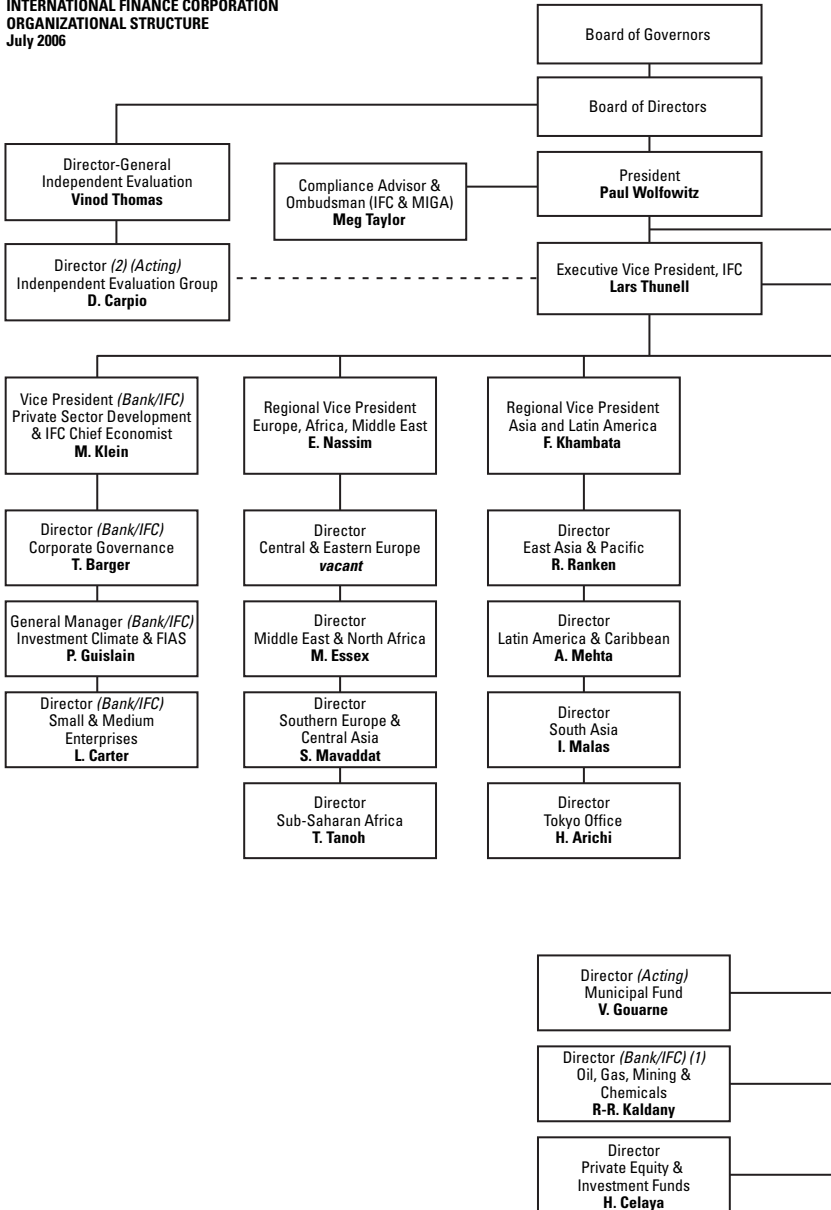
**** Reports to IFC Executive Vice President on IFC Business

Organization Chart Of The Multilateral Investment Guarantee Agency January 2006



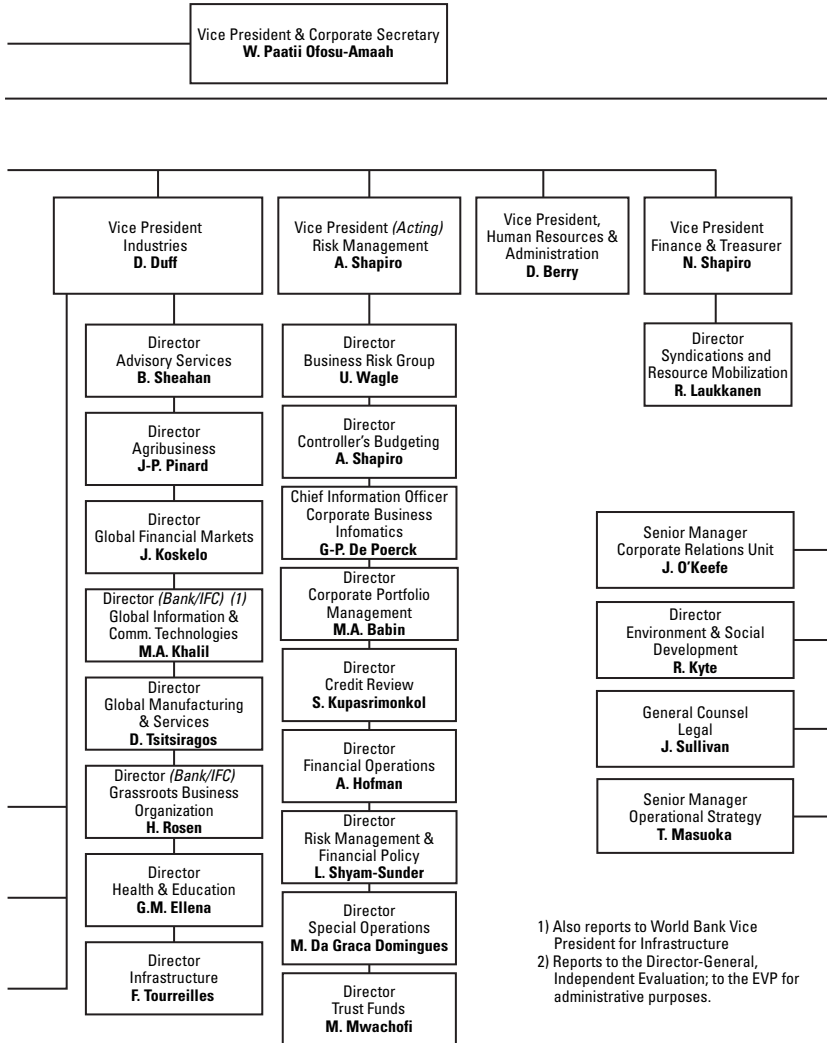
* Reports operationally to Operations Evaluation (DGO) and administratively to EVP

**INTERNATIONAL FINANCE CORPORATION
ORGANIZATIONAL STRUCTURE
July 2006**





INTERNATIONAL FINANCE CORPORATION
World Bank Group





THE WORLD BANK GROUP



Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

World Bank Group

1818 H Street, N.W.

Washington, D.C. 20433

U. S. A.